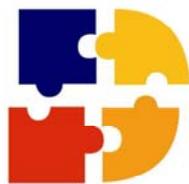

**DIENSTSTELLE
FÜR PERSONEN MIT BEHINDERUNG
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

JAHRESBERICHT 2007



DG

DIENSTSTELLE FÜR
PERSONEN MIT BEHINDERUNG
DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT BELGIENS

**AACHENER STRASSE 69-71
B – 4780 ST. VITH
TEL.: 080/22 91 11
FAX: 080/22 90 98
E-MAIL: info@dpb.be
INTERNET: www.dpb.be**

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-----------|
| VORWORT | 3 |
| Übersicht der Ereignisse und Themen | 4 |
| 1. EINLEITUNG | 5 |
| 2. ORGANISATION DER DIENSTSTELLE | 11 |
| 2.1. Das Konzept der Dienststelle | 11 |
| 2.2. Das Organigramm der Dienststelle | 13 |
| 2.3. Die Verwaltung | 14 |
| 2.4. Der Aufsichtsminister | 14 |
| 2.5. Der Verwaltungsrat | 15 |
| 2.6. Der Hohe Rat | 15 |
| 2.7. Die Leiterkonferenz (LK) | 15 |
| 2.8. Der Prüfungsausschuss (PA) | 15 |
| 2.9. Das multidisziplinäre Team (MDT) | 16 |
| 2.10. Die Vollversammlung und das Kleine Forum | 16 |
| 2.11. Die Stiftung „Miteinander unterwegs“ | 17 |
| 3. AUFGABEN DER DIENSTSTELLE | 18 |
| 3.1. Information, Beratung und Sensibilisierung | 18 |
| 3.2. Förderung | 22 |
| 3.3. Wohnen, Familie und Freizeit | 27 |
| 3.4. Ausbildung und Beschäftigung | 45 |
| 3.5. Materielle und soziale Hilfen | 67 |
| 3.6. Mobilität und Zugänglichkeit | 73 |
| 3.7. Aus- und Weiterbildung | 76 |
| 3.8. Zusammenarbeit mit außenstehenden Einrichtungen und Dienstleistungsanbietern | 78 |
| 3.9. Internationale Zusammenarbeit | 81 |



| | | |
|-----------|-------------------------------|-----------|
| 4. | FINANZEN | 83 |
| 5. | LEGISLATIVE GRUNDLAGEN | 84 |
| 6. | ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS | 85 |

Bemerkungen:

Zur leichteren Lesbarkeit des Jahresberichtes wird jeweils nur eine Geschlechtsform benutzt. Selbstverständlich sind gleichermaßen Frauen und Männer gemeint.

Die auf diesen Seiten verwendeten Bildsymbole bzw. Piktogramme (PCS) sind urheberrechtlich geschützt © by Mayer-Johnson Co.



VORWORT

Bei der Lektüre des vorliegenden Jahresberichtes werden Sie feststellen: Er ist weniger umfangreich als in den Vorjahren. Wir haben die Beschreibungen unserer Dienstleistungen gekürzt, um den Blick auf die wesentlichen Realisierungen des abgelaufenen Jahres zu ermöglichen.

Sie sind zu einem festen Bestandteil des Vereinslebens in der DG geworden: Die Rollstuhlbasketballer Roller Bulls ziehen bei ihren Heimspielen mehrere hundert Zuschauer im Sport- und Freizeitzentrum St.Vith in ihren Bann. Nirgendwo sonst als beim gemeinsamen Sporterlebnis fallen mögliche Hemmnisse gegenüber Menschen mit einer Behinderung. Man geht zu den Roller Bulls, um großartigen Sport zu erleben – und nicht, um behinderte Menschen zu sehen. Dies war Grund genug für die DPB, die Roller Bulls bei der Organisation des internationalen Turniers „Vergauwen Cup“ vom 9.-13.März 2007 in logistischer Hinsicht mit angepassten Transporten der Teilnehmer zu unterstützen.

Doch nicht nur das Vorantreiben der menschlichen Akzeptanz ist Gegenstand der täglichen Arbeit der DPB: die Ausarbeitungen am neuen Zugänglichkeitserlass konnten zu einem fruchtbaren Ergebnis geführt werden. Der „Erlass der Regierung vom 12. Juli 2007 zur Festlegung der Bestimmungen zur behindertengerechten Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen“ trat am 2. Dezember in Kraft. Somit können endlich Bau- und Umbauprojekte auf ihre Zugänglichkeit überprüft werden. Alle bezuschussten Projekte in der DG müssen nunmehr diese Bestimmungen beinhalten, wahrlich eine nachhaltige Verbesserung.

Die DPB nutzte die 50. Jubiläumsausgabe der Aktion 48/ CAP 48, um mit dem BRF eine Spendenhotline einzurichten. In erster Linie wurde der Tag genutzt, um in mehreren Radio- und Fernsehsendungen für die Belange von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren.

Da die Gemeinden erste Anlaufstelle für Bürger sind, hat die DPB erneut eine „Runde durch die Gemeinden“ durchgeführt: Mit Schöffen, Bürgermeistern und ÖSHZ-Mitarbeitern wurden Schnittpunkte diskutiert und Wege der Zusammenarbeit erörtert. Um das umfangreiche Dienstleistungsangebot im Behindertenbereich der DG verständlich zu machen, hat die DPB zum Welttag der Menschen mit Behinderung (03.12.) ein Informationsheft namens „INFOplus“ herausgegeben. Es illustriert die vielfältigen Aufgaben der DPB und ist somit eine wichtige Ergänzung des Jahresberichtes. Die „INFOplus“ trägt der jüngsten Umfrage bezüglich des Angebots der Sozialdienste in der DG Rechnung, nach der Betroffene mehr Informationen wünschen. Sie ist gratis bei der DPB erhältlich.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.



Renate Delhey
Verwaltungsratspräsidentin



Helmut Heinen
Geschäftsführender Direktor



Übersicht der Ereignisse und Themen in 2007

- DPB Partner des internationalen Turniers „Vergauwen Cup“ der Rollstuhl-Basketballer Roller Bulls in St.Vith (09.-11.03.)
- Fertigstellung der Ausarbeitungen am neuen Zugänglichkeitserlass der DG („Erlass der Regierung vom 12. Juli 2007 zur Festlegung der Bestimmungen zur behindertengerechten Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen“), Inkrafttreten am 02.12.2007
- Das grenzüberschreitende Projekt „Euregio for all“ hat alle Schulungen und Seminare in den 7 Partnerregionen abgeschlossen und einen Wettbewerb gestartet: 64 Einschreibungen gibt es zu vermelden.
- Eine Praktikantin hat bei der Arbeitsplatzassistenz als Bindeglied zwischen der Sonderschule IDGS, DPB und Betrieben fungiert
- Teilnahme am 3. Tag der offenen Tür der Betriebe und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung (23.09.)
- Bei der 50. Auflage der Aktion 48/ CAP 48 (05.-14.10) hat die DPB erneut die Koordination in der DG übernommen. Es wurde in Zusammenarbeit mit dem BRF ein Sensibilisierungstag (12.10.) durchgeführt, bei dem viele Sendungen das Thema Behinderung behandelten. Während des gesamten Tages war eine Spendenhotline zugunsten der Aktion 48 geschaltet.
- Im Herbst startete eine Neuauflage der „Runde durch die Gemeinden“, bei der die DPB die neuen Bürgermeister- und Schöffenkollegien in der DG besuchten, um Schnittpunkte zu besprechen.
- Ein Informationsabend zum Thema „Erhöhte Kinderzulagen“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Föderalen Öffentlichen Dienst – Soziale Sicherheit durchgeführt (20.11.)
- Zum Welttag der Menschen mit Behinderung (03.12.) wurde ein Rundtischgespräch mit Regierung, Ministerium und Vertretern von anerkannten Vereinigungen durchgeführt. Ebenso wurde mit der INFOplus eine Informationsbroschüre mit allen Dienstleistungsangeboten im Behindertenbereich der DG herausgegeben.



1. EINLEITUNG

Die Dienststelle wurde durch das Dekret vom 19. Juni 1990 ins Leben gerufen. Sie übernimmt somit die Aufgaben des 1963 geschaffenen **Nationalfonds** (auch **Fonds Maron** genannt) für die soziale Wiedereingliederung von behinderten Menschen. Zu den Aufgaben des Fonds Maron gehörte die berufliche Integration behinderter Menschen. Am 1. Januar 1992 übernahm die Dienststelle die Aufgaben des 1967 geschaffenen **Fonds 81** zur medizinischen, sozialen und pädagogischen Betreuung der behinderten Menschen in den Einrichtungen für Personen mit Behinderung (Tagesstätten und Wohnheime).

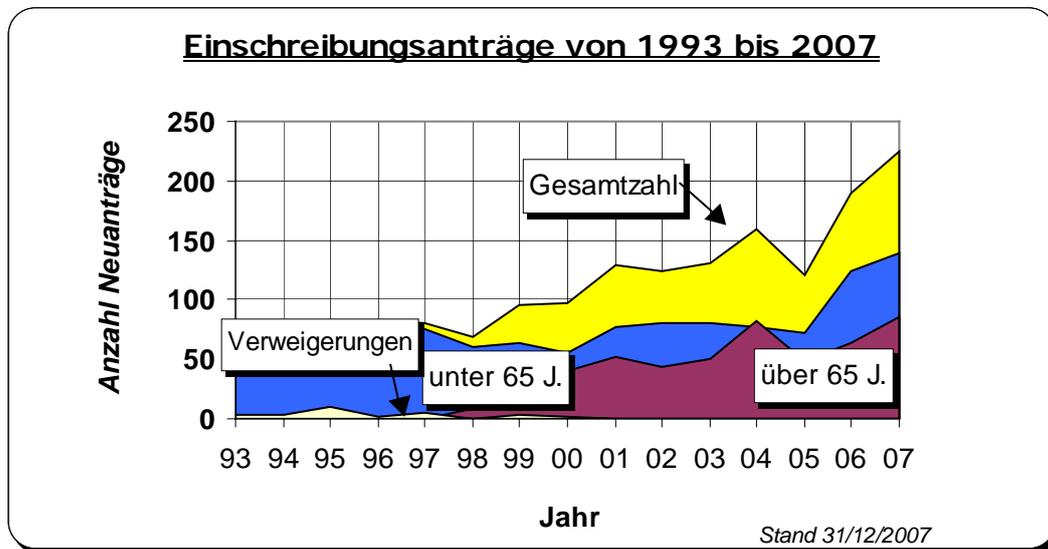
Das **Programmdekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. Juni 1998** hat das Dekret vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge dahingehend abgeändert, dass:

- die **besondere soziale Fürsorge** nicht mehr zum Kompetenzbereich der Dienststelle zählt und die offizielle Bezeichnung der Dienststelle nun „Dienststelle für Personen mit Behinderung“ ist.
- die **Altersbegrenzung für die Einschreibung bei der Dienststelle aufgehoben** worden ist. Damit wollte der Gesetzgeber den Aufgabenbereich der Dienststelle erweitern und auf die Förderung der Selbstständigkeit und Mobilität für Personen über 65 Jahre ausdehnen.

| Neuanträge | | | | | | | | | | |
|--|-----------|-----------|-----------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Jahr | 98 | 99 | 00 | 01 | 02 | 03 | 04 | 05 | 06 | 07 |
| unter 65 J. | 60 | 64 | 56 | 78 | 80 | 81 | 77 | 72 | 125 | 140 |
| <i>Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr:</i> | -27% | 6% | -14% | 28% | 3% | 1% | -5% | -7% | 42% | 11% |
| über 65 J. | 9 | 28 | 40 | 52 | 44 | 50 | 83 | 49 | 64 | 85 |
| <i>Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr:</i> | - | 68% | 30% | 23% | -18% | 12% | 40% | -69% | 23% | 25% |
| Verweigerungen | - | 4 | 2 | - |
| Gesamtzahl | 69 | 96 | 98 | 130 | 124 | 131 | 160 | 121 | 189 | 225 |
| <i>Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr:</i> | -15% | 39% | 2% | 33% | -5% | 6% | 22% | -24% | 56% | 19% |
| Prozentuale Verteilung der Neuanträge | | | | | | | | | | |
| über 65 J. | 13% | 29% | 41% | 40% | 35% | 38% | 52% | 40% | 34% | 38% |
| unter 65 J. | 87% | 67% | 57% | 60% | 65% | 62% | 48% | 60% | 66% | 62% |
| Stand 31/12/2007 | | | | | | | | | | |



Unter Einbezug dieser gesetzlichen Änderungen gestaltet sich die Statistik der **Einschreibungsanträge in der Dienststelle** wie folgt:



Die Dienststelle verwaltet zurzeit 5.087 Akten; seit fünf Jahren kommen durchschnittlich etwa 145 Akten jährlich hinzu.

Was ist eine Behinderung?

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Behinderung in der ICF („International Classification of Functioning, Disability and Health“) und berücksichtigt dabei folgende Aspekte:

Körperfunktionen: sind die physiologischen Funktionen von Körpersystemen (einschließlich psychologische Funktionen).

Körperstrukturen: sind anatomische Teile des Körpers, wie Organe, Gliedmaßen und ihre Bestandteile.

Schädigungen: sind Beeinträchtigungen einer Körperfunktion oder -struktur im Sinn einer wesentlichen Abweichung oder eines Verlustes
Eine **Aktivität:** bezeichnet die Durchführung einer Aufgabe oder Handlung (Aktion) durch einen Menschen.

Partizipation [Teilhabe]: ist das Einbezogenensein in eine Lebenssituation.

Beeinträchtigungen der Aktivität: sind Schwierigkeiten, die ein Mensch bei der Durchführung einer Aktivität haben kann.

Beeinträchtigungen der Partizipation [Teilhabe]: sind Probleme, die ein Mensch beim Einbezogenensein in eine Lebenssituation erlebt.



Umweltfaktoren: bilden die materielle, soziale und einstellungsbezogene Umwelt ab, in der Menschen leben und ihr Dasein entfalten.

Beispielhaft für eine erweiterte Begriffsdefinition unter Einbeziehung der Umwelt ist die Formulierung Alfred Sanders: „*Behinderung liegt vor, wenn ein Mensch mit einer Schädigung oder Leistungsminderung ungenügend in sein vielschichtiges Mensch-Umfeld-System integriert ist*“ (Eberwein, H.; Knauer, S.; Handbuch der Integrationspädagogik, Beltz 2002). Er führt Behinderung also nicht nur auf eine Schädigung oder Leistungsminderung eines einzelnen Menschen zurück, sondern auf die Unfähigkeit des Umfelds des betreffenden Menschen, diesen zu integrieren.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Behinderung als soziale Beeinträchtigung. Beeinträchtigt ist zum Beispiel der, dem ein öffentliches Gebäude nicht zugänglich ist, weil er in einem Rollstuhl sitzt und die Treppenstufen am Eingang nicht überwinden kann. Bemerkenswert an dieser Definition: Beeinträchtigt ist in diesem Verständnis auch eine Mutter, die mit ihrem Kinderwagen an denselben Stufen scheitert. Die WHO liefert weitere Beispiele für soziale Beeinträchtigung, so z.B. die beeinträchtigte Selbstständigkeit im Alltag, fehlende individuell angepasste Hilfsmittel oder der erschwerte Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Ursachen für diese soziale Beeinträchtigung sind laut WHO-Definition eingeschränkte körperliche, sensorische oder geistige Fähigkeiten. Sie können entstehen durch eine Schädigung wie die unfallbedingte Querschnittlähmung, durch eine Krankheit wie die schwere Diabetes und durch Defizite im kognitiven Bereich (z.B. geistige Behinderung oder Hörschädigung). Auch dies sind nur einige von vielen denkbaren Beispielen.

Die Weltgesundheitsorganisation und die Europäische Union schätzen, dass etwa jeder zehnte Mensch weltweit mit einer Behinderung lebt. Die genaue Anzahl der behinderten Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist nicht bekannt. Eine vollständige Erfassung dieser Menschen würde ein ethisches Problem aufwerfen, da genau definiert werden müsste, wer als behindert gelten muss. Eine Behinderung hängt weitgehend von dem gesellschaftlichen Umfeld ab, d.h. inwiefern behindert man die betreffende Person im Alltag, im Beruf, im Zugang zu Gebäuden, in ihrer Teilnahme an Freizeitaktivitäten usw. Darüber hinaus gibt es Menschen mit Beeinträchtigungen, die trotz widriger Umstände versuchen, mit ihrem Umfeld klar zu kommen und nicht als „behindert“ erfasst werden wollen. „*Behindert ist man nicht, behindert wird man!*“, lautet eine Aussage der „Aktion Mensch“.



Auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft liefert die Anzahl der bei der Dienststelle eingeschriebenen Personen mit Behinderung einen Anhaltspunkt. Die **Dienststelle** verwaltet **ca. 5.000 Akten** (d.h. **7% der Bevölkerung**); seit einigen Jahren kommen nun durchschnittlich etwa 110 Akten jährlich hinzu. Erfahrungsgemäß sind jedoch nicht alle behinderten Bürger eingeschrieben, meist aus Angst vor Stigmatisierung. Auf Ebene der Europäischen Union und von Seiten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird die Zahl der behinderten Menschen auf **7-10% der Bevölkerung** geschätzt.

7% der Bevölkerung umfassen etwa **jeden 14. Bürger**. Um sich bildlich vorstellen zu können, inwieweit die Gesellschaft im Grunde von Behinderung betroffen ist - auch wenn viele Menschen dies nicht wahrhaben wollen -, nehme man eine **durchschnittliche Großfamilie** (20 Personen), die sich gegebenenfalls aus 2 Kindern, ihren Eltern (2) und Großeltern (4), ihren Paten (4), Tanten und Onkeln (4) sowie Kusinen und Vettern (4) zusammensetzt.

Wer weder direkt noch in seinem Umfeld mit behinderten Menschen in Kontakt kommt, könnte meinen, dass es ja im Grunde kaum Betroffene gibt. Die Zahlen jedoch zeigen das Gegenteil:

Die Anzahl behinderter Menschen nimmt nicht ab - unter anderem als Folge der Bevölkerungsentwicklung sowie trotz oder gerade wegen medizinischer Fortschritte. Obwohl die medizinische Vorbeugung und Versorgung dazu geführt haben, dass die **Rate der Behinderungen bei der Geburt abnimmt**, ist die Zuwachsrate der Menschen mit Behinderung insgesamt gleichbleibend. Gründe dafür sind vermehrt die technisch-medizinischen Entwicklungen bei Frühgeburten, die bessere medizinische Versorgung nach Unfällen, Gehirntraumata, psychische Krankheiten oder neue Schädigungsformen.

Es gilt, sich den Herausforderungen von morgen zu stellen, deren erste Anzeichen bereits heute zu verspüren sind:

Einerseits werden die Menschen mit zum Teil komplexeren Beeinträchtigungen konfrontiert. Hierzu gehört beispielsweise ein Rückgang der Geburten mit bekannten Behinderungsbildern wie Down-Syndrom, Spina-Bifida, Hemiplegie, ... sowie die Zunahme von bisher weniger bekannten Mehrfachbehinderungen, starken Entwicklungsverzögerungen und ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten, ...

Die speziellen Bedürfnisse müssen individuell ermittelt und angemessen beantwortet werden. Dabei sind ganz besonders die Einrichtungen und Dienste gefordert, ihre Angebote entsprechend anzupassen und zu gestalten.

Andererseits ist bereits jetzt deutlich erkennbar, dass die zunehmende Lebenserwartung mit Veralterung der Gesellschaft künftig mehr Mittel erfordert, um diesen Menschen durch angemessene Mobilitäts- und Selbststän-



digkeitshilfen so lange wie möglich ein Leben in ihrem gewohnten Umfeld erhalten zu können.

Im Durchschnitt

- sind bei ca. **8% der Neugeborenen Entwicklungsverzögerungen** zu verzeichnen,
bei etwa 2,5% von ihnen bleibt eine Behinderung;
- stellen **Treppen und Bordsteine für 3 bis 4% der Bevölkerung ein Hindernis** dar (Mütter mit Kinderwagen nicht einberechnet);
0,25% sind für ihre Fortbewegung auf einen **Rollstuhl** angewiesen.
- haben **2,6%** eine **geistige Behinderung**.
- sind **0,13%** der Menschen **erblindet**, **davon 16%** unter 16 Jahren,
25% zwischen 18 und 60 Jahren (vorwiegend auf Unfälle zurückzuführen) und **60-65%** über 65 Jahre.
- sind **0,1%** der Bevölkerung **hörgeschädigt**, **davon 75% stark hör-**
geschädigt.
- sind **0,15%** der Menschen an **Multiple Sklerose** erkrankt.
- leiden etwa **0,1%** der Bevölkerung an der **Huntington'schen Krank-**
heit.
- weisen **0,5%** der Menschen eine **autistische Behinderung** auf
(davon 4/5 Jungen und 1/5 Mädchen).
- benötigen etwa **0,5%** der Bevölkerung aufgrund einer **psychischen**
Behinderung einen angepassten Arbeitsplatz.
- leiden **3%** der Bevölkerung an **Aphasie** (ein durch Schädigung des
Gehirns entstandener vollständiger oder teilweiser Verlust der Fähigkeit,
mündlich oder schriftlich mit anderen zu kommunizieren).
- liegen **jährlich** aufs Neue **0,5%** der Bevölkerung **1 bis 2 Wochen**,
0,2% der Bevölkerung **3 bis 4 Wochen** und **0,06%** der Bevölkerung
ein halbes Jahr und länger im Koma.
- werden **jährlich 0,03%** der Menschen durch einen Unfall **quer-**
schnittsgelähmt.
- leiden **2,4%** der Menschen an **Diabetes**.



- leiden **0,6%** der Bevölkerung an **Epilepsie** (inklusive einmalige Anfälle).
- **Dialyse-Patienten** gibt es schätzungsweise **150.000 in Europa**.
- **0,95‰** der Bevölkerung sind **rückenmarksgeschädigt**. Die Steigerung liegt bei 0,03‰ pro Jahr. In der DG wären somit rund 70 Menschen betroffen mit einer Zunahme von etwa 2 Personen pro Jahr.

(Quellen: WHO, UNO, EU-Kommission, INBEL – Belgisches Institut für Statistiken, Behindertenorganisationen, ABEO u.a.)



2. ORGANISATION DER DIENSTSTELLE

2.1. DAS KONZEPT DER DIENSTSTELLE

Die Dienststelle kann den Menschen nicht die Behinderung abnehmen. Sie kann jedoch Rahmenbedingungen und Hilfsmaßnahmen schaffen, damit die behinderten Menschen eine Chance bekommen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

In diesem Zusammenhang hat sich die Dienststelle folgenden Grundsatz zu eigen gemacht: **So normal wie möglich, und nur dann besonders, wenn nötig!**

Entsprechend ist die Dienststelle darum bemüht, Angebote und Dienstleistungen so zu gestalten, dass Menschen mit Behinderung vollwertig ihren Platz im Gesellschaftsleben finden und daran teilhaben können. Im Sinne einer **gesamtgemeinschaftlichen Integration** sollen Lebensbedingungen normalisiert und die soziale Rolle aufgewertet werden.

Die Belange des Menschen mit Behinderung sollen in allen Tätigkeiten im Rahmen des Möglichen angemessen berücksichtigt werden. Auch Familienangehörige der Person mit Behinderung werden in der Aufstellung des Lebensprojektes angehört und einbezogen. Mögliche Ressourcen im Umfeld werden genutzt.

Jede Form der "Versorgung" gehört nach Auffassung der Dienststelle der Vergangenheit an. Der besondere Bedarf von behinderten Menschen liegt heute vielmehr in der Förderung, Ausbildung, Beratung und Begleitung zu einem **selbstständigen und selbstbestimmten Leben**.



Der Inklusionsgedanke: Das Konzept der Inklusion soll dahingehend durchgeführt werden, dass auch die Öffentlichkeit und die ihr innewohnenden gesellschaftlichen Kräfte einbezogen werden.

Dabei kommt es vor allen Dingen darauf an:

- das bestehende Netzwerk an Dienstleistungen (ÖSHZ, SPZ, Familien- und Jugendhilfsdienste,...) optimal zu nutzen und es durch Sensibilisierung, Information und Fortbildung dazu zu befähigen, auch für Menschen mit Behinderung verfügbar zu sein.
- eine langfristige und kohärente Strategie der Sensibilisierungsarbeit zu schaffen.



- Betroffene und Angehörige kompetent fachlich zu beraten und effiziente Hilfen anzubieten.
- innerhalb einer kohärenten Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik flexible/effiziente Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen anzubieten und zu fördern.
- Fachkräften aus den bestehenden Einrichtungen und Diensten sowie den Mitarbeitern der Dienststelle die Möglichkeit zur ständigen Weiterbildung zu garantieren.

Alle im Behindertenbereich tätigen Mitarbeiter sollten im Rahmen eines kohärenten Konzeptes arbeiten, wobei aufeinander abgestimmte Vorgehensweisen angestrebt werden. Nur so können die gesteckten Ziele erreicht werden.

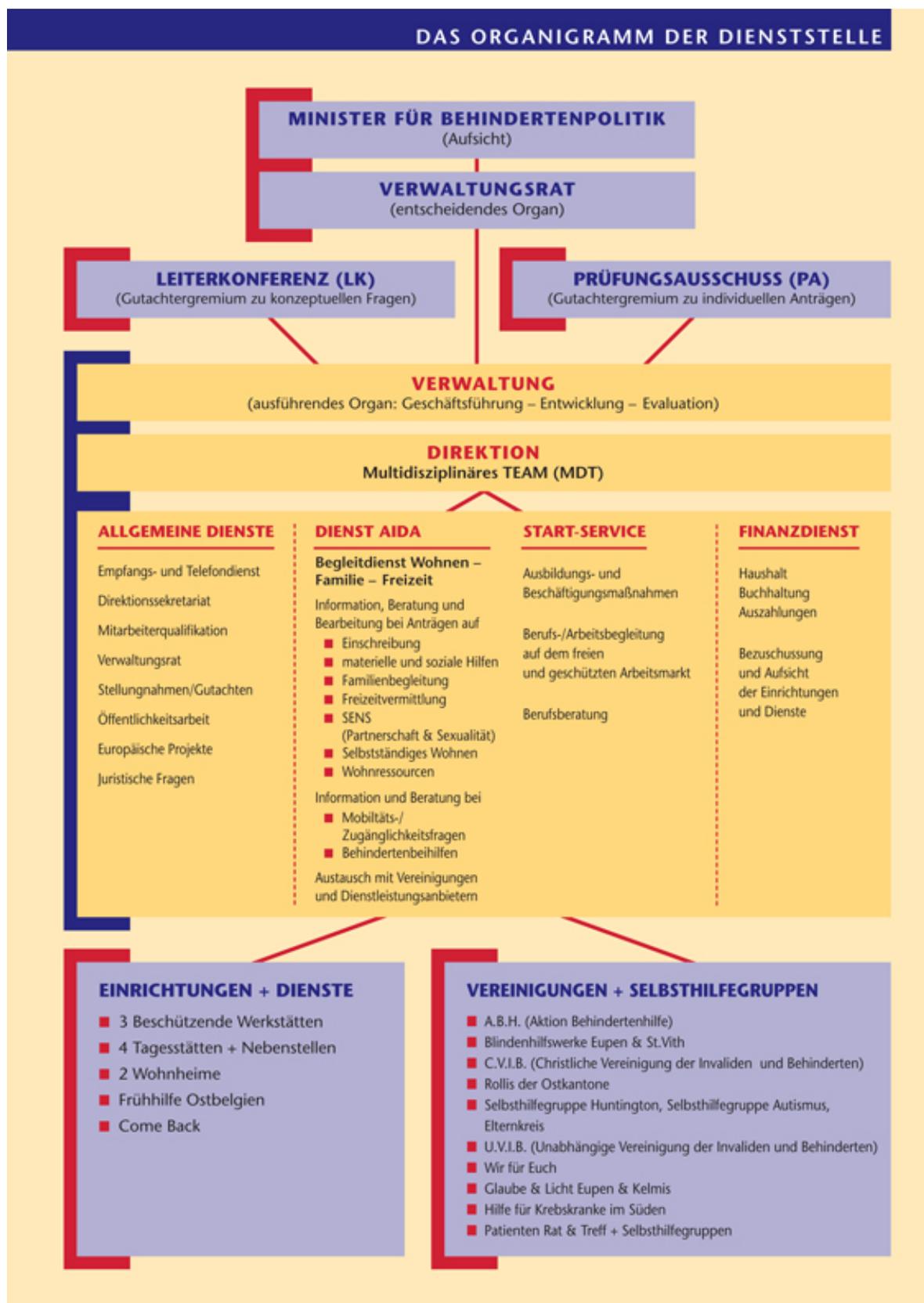


Zum Zielpublikum der Dienststelle gehören:

1. Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen
2. die Einrichtungen und Dienste für Personen mit Behinderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und alle ihre Mitarbeiter
3. die Gesellschaft



2.2. DAS ORGANIGRAMM DER DIENSTSTELLE



2.3. DIE VERWALTUNG

Die Mitarbeiter der Dienststelle für Personen mit Behinderung sind ausführendes Organ und decken unterschiedliche Aufgabenbereiche ab, die in **vier Dienste** aufgegliedert sind:

Personal im Jahr 2007 in Vollzeitäquivalenzen (VZÄ)

| Dienst | VZÄ | Davon in Begleitung ¹⁺² tätige VZÄ |
|--------------------|-------------|---|
| Allgemeine Dienste | 4,8 | |
| AIDA | 4,6 | 3,5 |
| Start-Service | 4,4 | 3,8 |
| Finanzen | 3,5 | |
| TOTAL | 17,3 | 7,3 |

¹ Die vom Dienst AIDA gewährleistete Begleitung umfasst die Information, Beratung und Begleitung bei:

- Wohnanfragen
- der Begleitung von Familien eines Kindes/Jugendlichen mit Behinderung
- Hilfsmitteln zur Selbständigkeit und Mobilität
- Fragen zu Behindertenbeihilfen, erhöhten Kinderzulagen, Steuer- und Sozialvorteilen

² Die vom Start-Service gewährleistete Begleitung umfasst die:

- Berufs- und Arbeitsbegleitung im Rahmen der Maßnahmen der DPB zur Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Personen mit Behinderung auf dem freien und geschützten Arbeitsmarkt
- Begleitung von Menschen mit Behinderung am Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz in Betrieben
- Durchführung von ambulantem Training
- Beratung der Kollegen behinderter Menschen am Arbeitsplatz

Auf unserer Webseite www.dpb.be finden Sie im Menüpunkt „Über uns“ eine aktuelle Liste aller Personalmitglieder.

2.4. DER AUFSICHTSMINISTER

Die Dienststelle ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung und steht unter der Aufsicht von Herrn Vize-Ministerpräsident Bernd GENTGES, Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus.



2.5. DER VERWALTUNGSRAT



Die Dienststelle nimmt ihre Aufgaben unter der Trägerschaft eines Verwaltungsrates wahr, der 23 Mitglieder zählt. Per Regierungsbeschluss vom 20. September 2007 hat das Ministerium der DG einen Vertreter der zuständigen Fachabteilung Soziales im Verwaltungsrat der DPB.

Im Jahr 2007 hat der Verwaltungsrat in 11 Sitzungen getagt – dazu gehört eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrates zur Diskussion des Doppelhaushaltes 2008/2009.

2.6. DER HOHE RAT

Aufgrund von Artikel 9, § 2 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung kann der Verwaltungsrat als Fachgremium für Behindertenfragen die Befugnisse des Hohen Rates der DG für Personen mit Behinderung ausüben: Stellungnahmen, Empfehlungen inner- und außerhalb der Kompetenzen der DG.

2.7. DIE LEITERKONFERENZ

Im Jahre 2007 ist die Leiterkonferenz acht Mal einberufen worden und hat sich u.a. mit folgenden Themen befasst:

- Überarbeitung des Leitfadens zur Beratung
- Überarbeitung der Aufnahme- und Begleitverträge in Tagesstätten
- Umgang mit freiheitseinschränkenden Maßnahmen
- Einrichtungsübergreifendes Case-Management – Überprüfung der Machbarkeit
- Umgang mit freiberuflichen Fachkräften für die paramedizinische Leistungen in Tagesstätten und Wohnheimen
- Vereinfachung des Jahresdossiers
- Evaluation des persönlichen Ferienbudgets

2.8. DER PRÜFUNGSAUSSCHUSS

Beim Prüfungsausschuss handelt es sich um ein Fachgremium mit folgenden Aufgaben:

1. Erstellen eines Gutachtens über alle Anträge von Personen mit Behinderung
2. Aufstellen eines individuellen Dienstleistungsplans mit erforderlichen Maßnahmen für die soziale und berufliche Integration von Personen mit Behinderung



Im Bedarfsfall greift der Prüfungsausschuss auch auf außen stehende Experten, Fachausschüsse oder Beratungs- und Untersuchungszentren zurück.

Im Jahr 2007 hat der Prüfungsausschuss in 15 Sitzungen getagt.

Der Prüfungsausschuss hat sich mit der Umsetzung der Umstrukturierung des Wohnheimes Deidenberg und Lommersweiler befasst, mit Anträgen im Sinne des Dekretes „Übernahme von zusätzlichen Kosten für Familien mit behinderten Kindern und Jugendlichen“, mit der Überprüfung der Beratungs- und Begleitangebote für Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Behinderung sowie mit Anträgen auf Unterbringung in Einrichtungen im In- und Ausland.

2.9. DAS MULTIDISZIPLINÄRE TEAM

Das so genannte „multidisziplinäre Team“ (MDT) besteht aus Mitgliedern des AIDA-Dienstes und des Start-Services sowie dem Aufsichtsarzt der Dienststelle. Die Aufgaben des Teams bestehen darin, Stellungnahmen zu Anträgen von Privatpersonen auf Dienstleistungen abzugeben. Das Team trifft sich alle 14 Tage zu einer Sitzung und zieht bei Bedarf externe Experten zu Rate.

2.10. DIE VOLLVERSAMMLUNG UND DAS KLEINE FORUM

Bei der jährlichen **Vollversammlung** sind auch die nicht im Verwaltungsrat vertretenen Vereinigungen und Selbsthilfegruppen für Personen mit Behinderung aus dem deutschsprachigen Gebiet eingeladen. Thema war in 2007 die „Vorstellung des Konzeptes der Wohnmöglichkeiten für Personen mit Behinderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“.

Neben der Teilnahme an der jährlichen Vollversammlung treffen sich die Vereinigungen und Selbsthilfegruppen im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden **Forums der Behindertenvereinigungen und –verbände in der Deutschsprachigen Gemeinschaft** (so genanntes **Kleines Forum**) mit der Dienststelle. Hier werden verschiedene gemeinsame Belange und Fragen behandelt und für anstehende Themen gemeinsame Antworten erarbeitet.

Das hiesige Forum steht in Kontakt mit dem **Belgischen Forum für Personen mit Behinderung**, kurz **BDF (Belgian Disability Forum)**. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat einen Vorstandssitz in diesem Forum erhalten: Seit November 2007 vertritt Frau Doris Spoden die Vereinigungen der deutschsprachigen Gemeinschaft im BDF.

Das **BDF** nimmt als Plattform aller belgischen Behindertenvereinigungen, -verbände und -selbsthilfegruppen auf nationaler Ebene eine beratende Rolle bei Entscheidungen in Behindertenangelegenheiten ein, um auf föde-



raler Ebene Stellung zu beziehen zu verschiedenen Fragen, die Menschen mit Behinderung betreffen.

Das Belgische Forum ist im **Europäischen Forum der Menschen mit Behinderung (EDF)** mit dem Ziel vertreten, die Personen mit Behinderung und deren Familien auch auf europäischer Ebene zu vertreten und die Menschenrechte, die Bürgerrechte, die sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie die Chancengleichheit der Personen mit Behinderung zu fördern.

2.11. DIE STIFTUNG "Miteinander unterwegs"

Die Stiftung "**Miteinander unterwegs**" untersteht der Aufsicht des für die Behindertenpolitik zuständigen Ministers der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Stiftung wird verwaltet durch einen **Stiftungsrat**, der sich aus 24 Vertretern aller Fach- und Entscheidungsinstanzen im Behindertenbereich der DG zusammensetzt.

Die Zielsetzungen der Stiftung sind: Gewähren zusätzlicher Hilfe für behinderte Menschen in akuten sozialen Situationen, finanzielle Unterstützung behinderter Kinder bzw. ihrer Angehörigen (z.B. dringend benötigter Kur- oder Erholungsurlaub), Gewähren von Fachqualifizierungen im In- und Ausland, wenn sie nicht in der DG angeboten werden, Fördern von Projekten zur Gestaltung einer rollstuhlgerechten Zugänglichkeit.

Die Kontonummer der Stiftung lautet 091-0117874-48



3. AUFGABEN DER DIENSTSTELLE

3.1. INFORMATION, BERATUNG und SENSIBILISIERUNG

3.1.1. Information und Beratung

Die telefonische Beratung stellt auch in Zeiten eines zunehmenden E-Mail-Verkehrs einen wichtigen Stellenwert in der Kontaktaufnahme mit der DPB dar: 262 Anrufe pro Woche (2006: 289 Anrufe) erreichten den Empfang. Da seit Juni 2007 eine neue Telefonanlage mit Durchwahlen existiert, kann nicht mehr jeder Anruf vom Empfang erfasst werden.

Neben der telefonischen Informationsmöglichkeit bietet die Dienststelle **Sprechstunden auf Terminvereinbarung**, um nähere Informationen zu vermitteln, administrative Unterstützung zu bieten oder ärztliche Untersuchungen durchzuführen. Dieses Angebot wird stark von den Betroffenen in Anspruch genommen: Die Gesamtzahl der Klientenkontakte (inklusive Anrufe, Schreiben und Sprechstunden) steigt jährlich an.

Zusätzlich zu den Hausbesuchen führen die Mitarbeiter der Dienststelle Informations- und Beratungsgespräche in den Räumlichkeiten der Dienststelle. Nachfolgend liefern wir eine Schätzung aufgrund der Raumreservierungen. Hierbei handelt es sich um die Anzahl Einzelgespräche pro Jahr und Dienstleistungsbereich.

| | Eupen Plaza | St.Vith | Total |
|---|-------------|---------|-------|
| Medizinische Untersuchungen FÖD | 1.000 | 750 | 1.750 |
| Beratungsgespräche FÖD | 110 | 250 | 360 |
| Beratungsgespräche AIDA - Wohnen, Familie, Freizeit | 190 | 110 | 300 |
| Beratungsgespräche Start-Service | 65 | 90 | 155 |

Die Räumlichkeiten der Dienststelle im Geschäftszentrum „Eupen Plaza“ auf der 3. Ebene (auch mit Rollstühlen vom überdachten Parkplatz zu erreichen), sowie die Räumlichkeiten in St.Vith werden von Ärzten für die Untersuchung von behinderten Menschen im Norden der DG (Föderaler Öffentlicher Dienst – Soziale Sicherheit/ FÖD) und von einer Mitarbeiterin der Dienststelle zur Bearbeitung sowie Information von und über Rentenfragen, erhöhten Kinderzulagen, Parkkarten für behinderte Menschen, Steuer- und Sozialvorteile oder Beihilfen zur Unterstützung von Betagten (BUB) genutzt. Beratungsgespräche sind sowohl in den Räumlichkeiten in



St.Vith als auch im „Eupen Plaza“ möglich – nach telefonischer Vereinbarung.

Seit November 2006 werden im „Eupen Plaza“ ebenfalls medizinische Untersuchungen vom Föderalen Öffentliche Dienst – Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt („Medex“) durchgeführt: Staatsbedienstete können in den Räumlichkeiten der DPB Untersuchungen im Rahmen von Arbeitsunfällen, in Verbindung mit Berufskrankheiten oder Frühpension erfahren.

3.1.2. Sensibilisierung

Betroffene sowie die breite Öffentlichkeit sind Zielgruppe der Sensibilisierungsarbeit. Hierzu gehören Informationen über spezifische Angebote, Neuerungen und Themen in Form von gezielten **Rundschreiben**, **Broschüren**, **Faltblättern**, dem trimestriell erscheinenden **Infoblatt** sowie der **Webseite www.dpb.be**

* * *

Das **Infoblatt** erscheint in einer Auflage von ca. 2.500 Exemplaren und kann auf Anfrage frei Haus bezogen werden. Das Infoblatt thematisiert Lebenserfahrungen von behinderten und nicht-behinderten Menschen, gibt aktuelle Entwicklungen des Behindertenbereiches innerhalb und außerhalb der DG wieder, bietet Veranstaltungs- und Freizeittipps sowie Hintergrundinformationen. Die Schwerpunktthemen waren in 2007: Hilfen zur Selbstständigkeit, Begleitdienste zur Unterstützung der Selbstständigkeit sowie eine umfangreiche Sonderausgabe namens „INFOplus“. Dieses Sonderheft ist eine Neuauflage des im Jahre 2002 erschienenen Heftes „eins + eins“ und zeigt in bewährter Infoblatt-Aufmachung die Dienstleistungsangebote im Behindertenbereich der DG. Wegen der umfangreichen Sonderausgabe zum **Welttag der Menschen mit Behinderung** (3. Dezember) ist das Infoblatt in 2007 von seiner trimestriellen Erscheinungsweise abgewichen und ist nur dreimal erschienen.



HOME
ÜBER UNS
UNSERE DIENSTE
ZUGÄNGLICHKEIT
EUROPÄISCHE PROJEKTE
VERANSTALTUNGEN
LINKS
KONTAKT
DOSSIERS
Grundlagen
2003 - das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung
A bis Z

Suchbegriff GO >

Grundsatzdokumente
Hier finden Sie als PDF-Datei die Dokumente, die für die Arbeit im Behindertenbereich der DG von großer Bedeutung sind.

- Das Dekret zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung vom 19. Juni 1990 (Fassung 1. Juli 2006)
- Aktuelle Bestimmungen zur behindertengerechten Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen (Zugänglichkeitserlass vom 12. Juli 2007)
- aktueller Tätigkeitsbericht
- Die Erklärung von Barcelona, März 1995
- Die Agenda 22 (behindertenpolitische Planungsrichtlinien)
- la déclaration de Salamanca
- Included in society (gemeindenaher Wohnangebote für Menschen mit Behinderung)
- Empfehlung des Europarates zum Aktionsplan für behinderte Menschen
- Recommandation sur le plan d'action personnes handicapées
- Recommendation on the action plan for people with disabilities
- UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung
- Convention des NU sur les droits des personnes handicapées
- UN-Convention on the rights of persons with disabilities

vergrößern
zurücksetzen
verkleinern

leichter surfen

Schon gewusst?

DG
DIE NEUE WELT
JANUAR 2008

Weiterbildung 2008
Lebenslanges Lernen ist keine Floskel: Die Dienststelle legt großen

Um Nicht-Fachleuten des Behindertenbereiches eine aktuelle Übersicht der wichtigsten Dokumente zu liefern, wurde auf der Webseite www.dpb.be ein neuer Untermenüpunkt namens „Grundlagen“ bei „Dossiers“ geschaffen:



Hier findet man z.B. das „Dekret zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung“ ebenso wie den aktuellen Tätigkeitsbericht, den Zugänglichkeitserlass oder aber die Empfehlungen des Europarates zum Aktionsplan für behinderte Menschen.

Insgesamt sind 283.702 Seiten im Jahr 2007 abgerufen wurden, das sind im Schnitt 777 pro Tag. 17.869 Besucher haben 109.167 Besuche gemacht. Im Durchschnitt ergibt das 49 Besucher pro Tag. Die Besuchsdauer liegt mit 2:39 Minuten leicht über dem Durchschnitt; auch die im Schnitt abgerufenen Seiten liegen mit 2,6 leicht über dem Durchschnitt. Die Anzahl der Downloads beträgt knapp 20.000 – eine enorme Zeit- und Kostenersparnis, wenn man die Dokumente hätte ausdrucken und verschicken müssen.

Die **Fachbibliothek** der Dienststelle bietet Arbeitsmaterial (Bücher, Zeitschriften, Videos) für fachberufliche und studierende Informanden, d.h. Personen, die von anderen informiert werden sollen, an. Natürlich steht die Fachbibliothek auch interessierten Laien zur Verfügung.

Mehrere Male im Jahr gewährleistet die Dienststelle inner- und außerhalb der DG Fachreferate oder -beiträge im Rahmen von **Tagungen** und **Seminaren**, gestaltet **Vortragsreihen**, **Informationstage**, organisiert **Besichtigungen** oder **Veranstaltungen**.

„**Treten Sie ein ohne anzuklopfen!**“, hieß es am 23. September, dem dritten **Tag der Offenen Tür der Betriebe und Dienste für Personen mit einer Behinderung**.



Die Dienststelle für Personen mit Behinderung öffnete ihre Räumlichkeiten in St.Vith und im „Eupen Plaza“. Hier wurden Sozialberatungen durch- sowie kleinere technische Hilfsmittel, die den Alltag von Menschen mit einer Behinderung erleichtern, vorgeführt: beispielsweise ein Bildschirm-Lesegerät (TV-Lupe) oder ein Badelift.

In Zusammenarbeit mit dem Föderalen Öffentlichen Dienst – Soziale Sicherheit stellte die Dienststelle am 20. November im Pavillon in Worriken die **Kinderzulagen-Reform** vor: „Erhöhte Kinderzulagen für chronisch kranke oder behinderte Kinder“, lautete das Thema, das Dr. Roger Caloine den eingeladenen Eltern näher brachte.





Ein Informationsabend zum Thema erhöhte Kinderzulagen fand in Worriken statt.

Im Schaufenster der Räumlichkeiten der Dienststelle im Eupen Plaza wird seit Frühjahr 2007 eine Kurzform des Films „Wohnressourcen“ gezeigt. Dieser mit Geldern aus der sozial-karitativen Aktion48 (CAP48) hergestellte **Videofilm** dient zur Sensibilisierung und Werbung für neue Wohnressourcen.

Eine weitere Maßnahme des Informations- und Sensibilisierungsprogramms ist es, den Gebrauch von so genannten **Piktogrammen** wohl dosiert zu verwenden. Diese **zeichnerisch gestalteten Symbole** sind wichtige **Kommunikationshilfen** für Menschen, die keinen Zugang zum traditionellen Lesen und Schreiben haben. Komplexe Sachverhalte werden mit Hilfe von Piktogrammen auf eine Kernaussage reduziert. Im Sinne einer vereinfachten Kommunikation werden seit September 2003 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstmals einheitliche Piktogramme in allen Einrichtungen und Diensten für Menschen mit einer Behinderung eingesetzt.

Einige dieser Piktogramme finden Sie in diesem Jahresbericht:



steht für „Aufgaben“, „Was?“



steht für „Finanzen“, „Kosten“

3.2. FÖRDERUNG

3.2.1. Frühhilfe Ostbelgien



Die Frühhilfe gewährleistet spezifische Frühfördermaßnahmen für Kleinkinder mit Entwicklungsverzögerung und deren Familien. Ihre Arbeit beruht auf einer frühzeitigen ganzheitlichen Erfassung der Person und der Bedürfnisse der Familie. Die Frühförderung fördert gleichermaßen die Kompetenzen des Kindes sowie der gesamten Familie („Empowerment“) im Hinblick auf mehr Selbstbestimmung und Autonomie. Die Begleitung endet mit dem 6. Lebensjahr und mündet in eine Familienbegleitung.

Bei der Förderung werden die Eltern des Kindes von Anfang an in alle Entscheidungen einbezogen. Zu diesem Zweck finden regelmäßige Elterngespräche und Elternbegleitungen statt.

Insgesamt haben 31 **Eltern** (2006: 28) einen **Neuantrag** gestellt.

Dabei wurde unterschieden zwischen

- dem normalen Ablauf mit 24 Neuanträgen (24 Kinder bleiben nach der ersten Diagnose Phase in der Frühhilfe)

sowie

- dem Projekt „**QBEK**“ (Qualitätsbesserung in der Begleitung von entwicklungsauffälligen und behinderten Kindern in der DG) mit 6 Neuanträgen (1 Kind blieb in der Frühhilfe, 3 Kinder wurden weiterorientiert.)

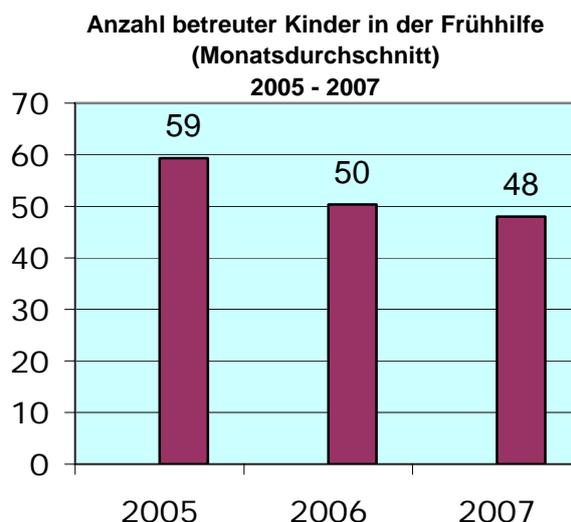
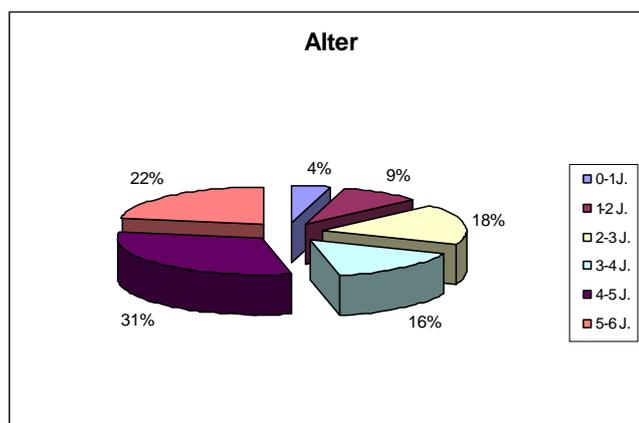
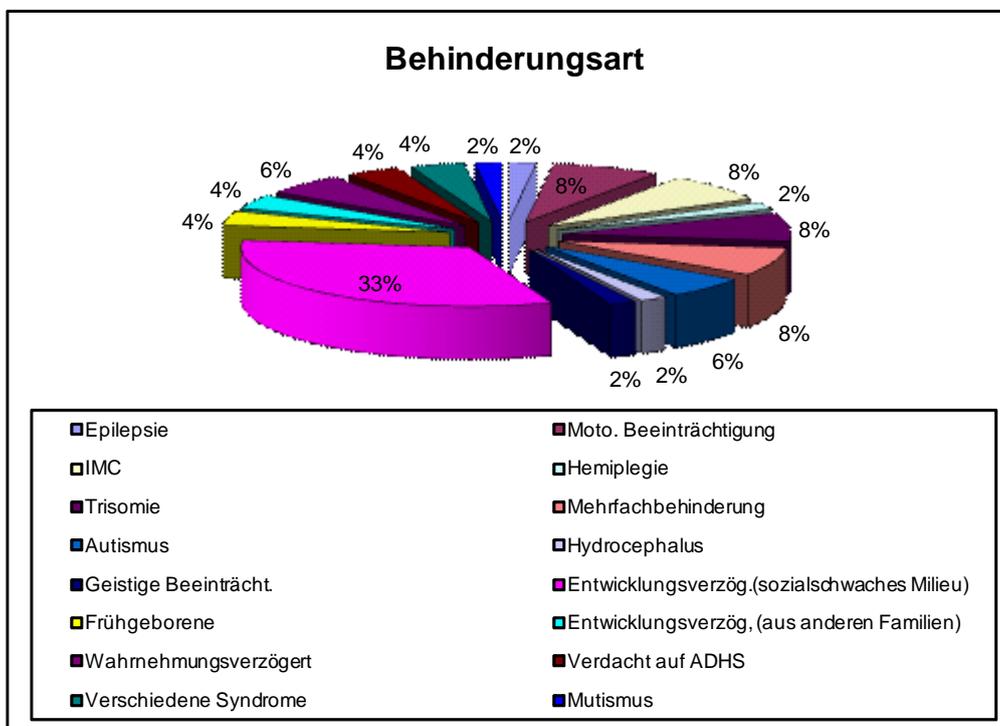
Zur Erklärung: Das Projekt „**QBEK**“ ist eine Kooperation zwischen der Frühhilfe Ostbelgien und der Dienst für Kind und Familie (DKF). Ziel ist es, die Früherkennung von Entwicklungsauffälligkeiten und Behinderungen bei Kleinkindern (vor dem 3. Lebensjahr) zu erreichen. Ein besonderer Handlungsbedarf wurde bei so genannten „Multiproblemfamilien“ aufgedeckt. Zu diesem Themenfeld sind erste Zusammenkünfte mit den verschiedenen Dienstleistungsanbietern einberufen worden.



- Im Jahr 2007 haben **28 Kinder** (2006: 28) die **Betreuung in der Frühhilfe beendet** - davon nach der ersten Phase 3 Kinder, 14 Kinder aus Altersgründen; 6 Kinder wurden weiterorientiert, keine Kinder aus der Wallonie, 2 Kinder sind auf Wunsch der Eltern ausgeschieden, und 3 Kinder zogen um.

| | | Frühhilfe |
|------------------------|--|-----------|
| Anzahl Personen | | 45 |
| | neue 2007 | 31 |
| | beendete 2007 | 28 |
| Geschlecht | Männlich | 24 |
| | Weiblich | 21 |
| Alter | 0-1 J. | 2 |
| | 1-2 J. | 4 |
| | 2-3 J. | 8 |
| | 3-4 J. | 7 |
| | 4-5 J. | 14 |
| | 5-6 J. | 10 |
| | 6 J. | 0 |
| Gemeinde Süden | Amel | 5 |
| | Büllingen | 4 |
| | Burg-Reuland | 1 |
| | Bütgenbach | 3 |
| | St.Vith | 4 |
| | Total Süden | 17 |
| Norden | Eupen | 12 |
| | Kelmis | 4 |
| | Lontzen | 3 |
| | Raeren | 3 |
| | Total Norden | 22 |
| | Franz. Gem. | 6 |
| | ohne Angabe | 0 |
| Behinderungsart | Epilepsie | 1 |
| | Moto. Beeinträchtigung | 4 |
| | IMC | 4 |
| | Hemiplegie | 1 |
| | Trisomie | 4 |
| | Mehrfachbehinderung | 4 |
| | Autismus | 3 |
| | Hydrocephalus | 1 |
| | Geistige Beeinträcht. | 1 |
| | Entwicklungsverzögert (sozialschwaches Milieu) | 17 |
| | Entwicklungsverzögert (aus anderen Familien) | 2 |
| | Frühgeborene | 2 |
| | Wahrnehmungsverzögert | 3 |
| | Verdacht auf ADHS | 2 |
| | Verschiedene Syndrome | 2 |
| | Mutismus | 1 |





Seit einigen Jahren strebt die Frühhilfe Ostbelgien vermehrt die Zusammenarbeit u.a. mit Freiberuflern und anderen Dienstleistungsanbietern an. Dies geschieht im Rahmen einer konzertierten Zusammenarbeit, um eine **Integration** (bis hin zu einer vollständigen Inklusion) **der Frühförderdienstleistungen in das soziale Netzwerk** zu erreichen. Ziel ist eine optimale Nutzung der bestehenden Dienste und Dienstleistungen.

* * *

Das **Kindertherapiezentrum KITZ** gewährleistet seit 1996 die ambulante Rehabilitation von Kindern zwischen 0 und 9 Jahren, die durch psychische Störungen in ihrer Entwicklung beeinträchtigt sind. Neben der Rehabilita-



tion durch ein multidisziplinäres Team wird den Eltern eine Beratung hinsichtlich der Erziehung ihres Kindes angeboten.

Im Jahr 2006 wurden die Aufgaben des KITZ auf hörgeschädigte Kinder ausgedehnt. Bei der Gelegenheit wurde auch ein zusätzlicher Standort des KITZ in den Räumen der GDU Elsenborn eingerichtet. Dies, um die Dienstleistungen den Betroffenen aus dem Süden der DG näher zu bringen.

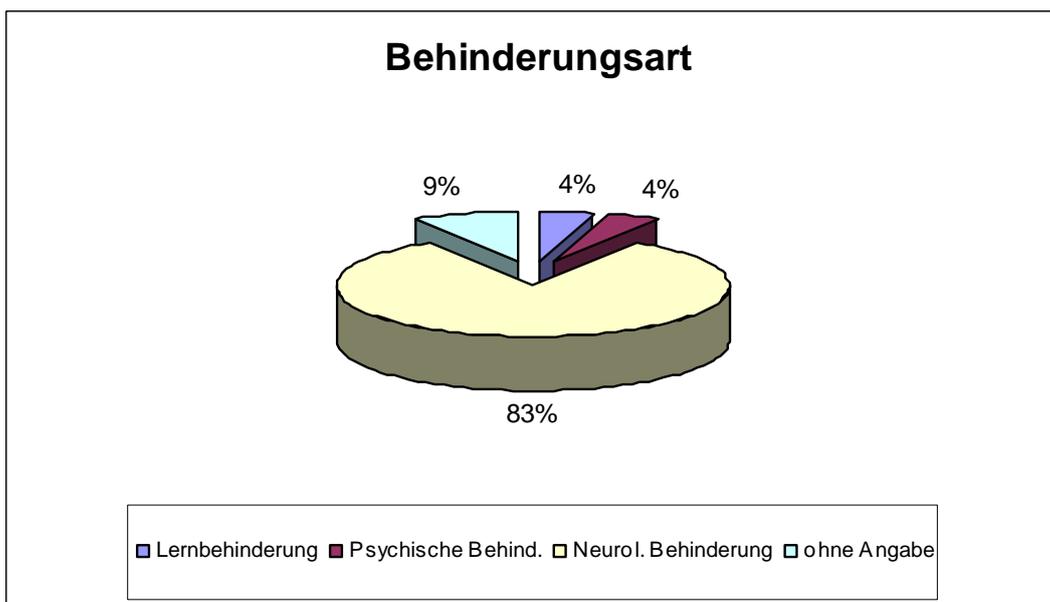
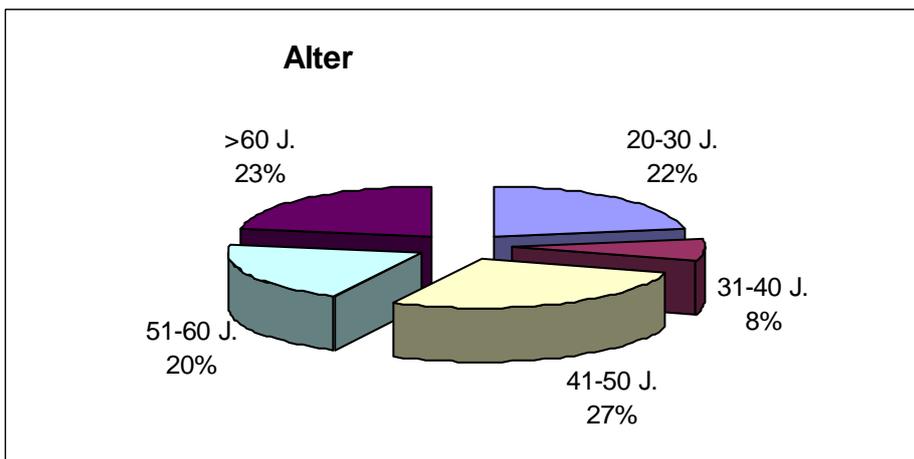
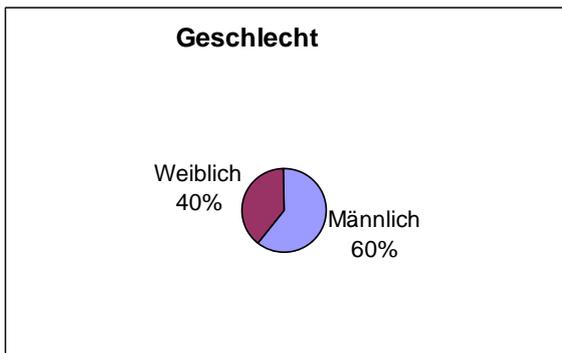
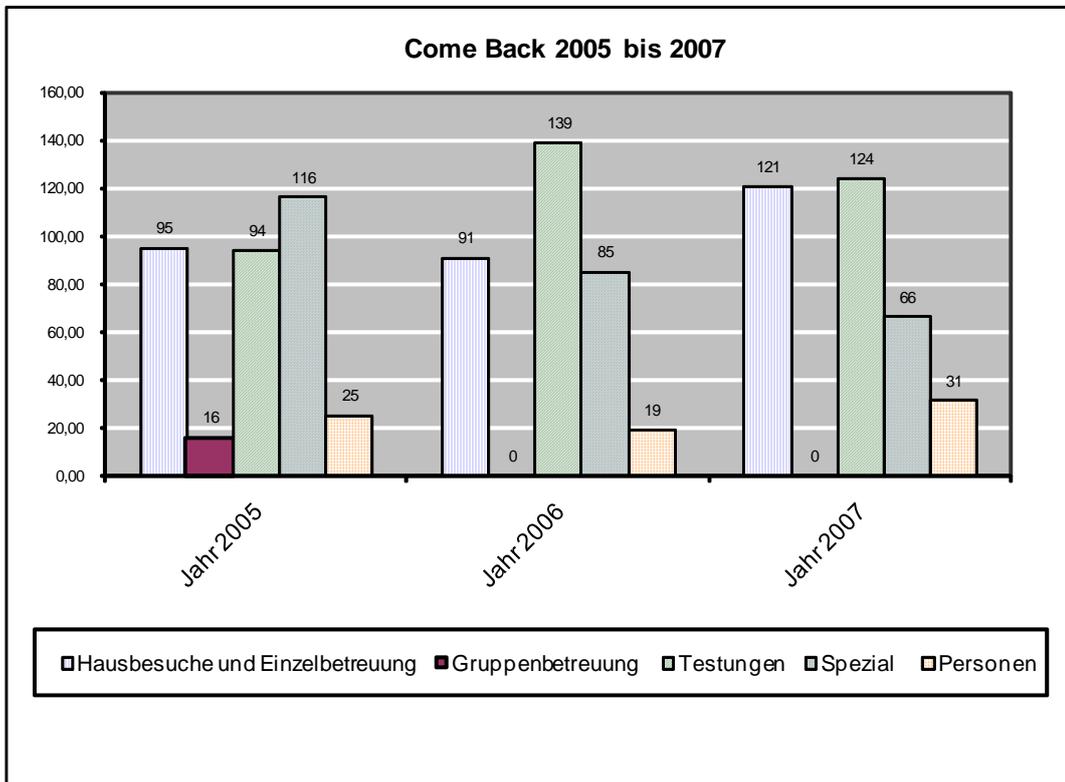
Kein hörgeschädigtes Kind nahm dieses Angebot 2007 in Anspruch.

3.2.2. Come-Back

Der Dienst „Come-Back“ richtet sich an neurologisch geschädigte Personen (in gewissen Fällen auch Menschen über 65 Jahre zugänglich) und hat als Ziel, diesen Menschen durch gezielte neuropsychologische Fördermaßnahmen realistische Perspektiven zur beruflichen und sozialen Wiedereingliederung im Hinblick auf die Wiederaufnahme alltäglicher, sozialer und/oder beruflicher Tätigkeiten zu eröffnen.

| | | Come-Back |
|------------------------|---------------------|------------------|
| Anzahl Personen | | 48 |
| | neue 2007 | 24 |
| | beendete 2007 | 19 |
| Geschlecht | Männlich | 29 |
| | Weiblich | 19 |
| Alter | <20 J. | 8 |
| | 20-30 J. | 9 |
| | 31-40 J. | 3 |
| | 41-50 J. | 11 |
| | 51-60 J. | 8 |
| | >60 J. | 9 |
| | ohne Angabe | 0 |
| Gemeinde Süden | Amel | 6 |
| | Büllingen | 1 |
| | Burg-Reuland | 0 |
| | Bütgenbach | 6 |
| | St.Vith | 7 |
| | Total Süden | 20 |
| Norden | Eupen | 13 |
| | Kelmis | 4 |
| | Lontzen | 1 |
| | Raeren | 1 |
| | Total Norden | 19 |
| | Franz. Gem. | 9 |
| | ohne Angabe | 0 |
| Behinderungsart | Lernbehinderung | 2 |
| | Psychische Behind. | 2 |
| | Neurol. Behinderung | 37 |
| | ohne Angabe | 4 |
| | Epilepsie | 3 |





3.3. WOHNEN, FAMILIE UND FREIZEIT

3.3.1. Angebotene Wohnformen im Überblick

| | |
|---------------------|---|
| 1. WOHNHEIME | Das Wohnheim Königin-Fabiola-Haus in Eupen (Norden) und das Wohnheim Deidenberg/Lommersweiler (Süden) begleitet behinderte Personen in kleinen Wohneinheiten von 7 bis 10 Personen. |
|---------------------|---|

Überblick der Belegung der Wohnheime

| | | Wohnheim Lommersweiler | Wohnheim Eupen |
|------------------------|-----------------------|------------------------|----------------|
| Anzahl Personen | | 17 | 18 |
| | davon in KA | 3 | 2 |
| | neue 2007 | 1 | 3 |
| | beendete 2007 | 2 | 2 |
| Geschlecht | Männlich | 8 | 6 |
| | Weiblich | 9 | 12 |
| Alter | <20 J. | 0 | 0 |
| | 20-30 J. | 1 | 5 |
| | 31-40 J. | 4 | 3 |
| | 41-50 J. | 6 | 4 |
| | 51-60 J. | 6 | 6 |
| | >60 J. | 0 | 0 |
| | ohne Angabe | 0 | 0 |
| Gemeinde Süden | Amel | 6 | 0 |
| | Büllingen | 1 | 0 |
| | Burg-Reuland | 4 | 0 |
| | Bütgenbach | 1 | 0 |
| | St.Vith | 3 | 0 |
| | Total Süden | 15 | 0 |
| Norden | Eupen | 1 | 10 |
| | Kelmis | 0 | 4 |
| | Lontzen | 0 | 2 |
| | Raeren | 0 | 2 |
| | Total Norden | 1 | 18 |
| | Franz. Gem. | 1 | 0 |
| | ohne Angabe | 0 | 0 |
| Behinderungsart | Geistige Behinderung | 6 | 10 |
| | Autismus | 2 | 5 |
| | Körperliche Behind. | 0 | 0 |
| | Lernbehinderung | 0 | 0 |
| | Mehrfachbehinderung | 9 | 2 |
| | Psychische Behind. | 0 | 0 |
| | Neurol. Behinderung | 0 | 1 |
| | Verhaltensauffälligk. | 0 | 0 |
| | ohne Angabe | 0 | 0 |

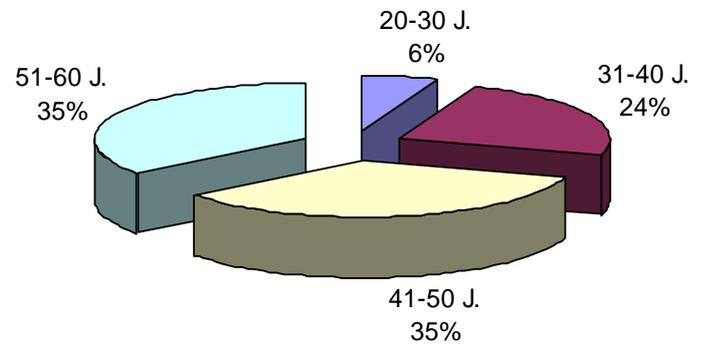


Detaillierte Grafiken für das Wohnheim Lommersweiler

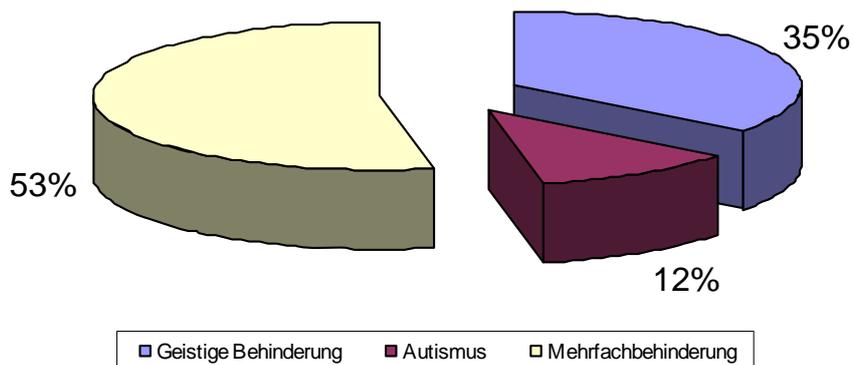
Geschlecht



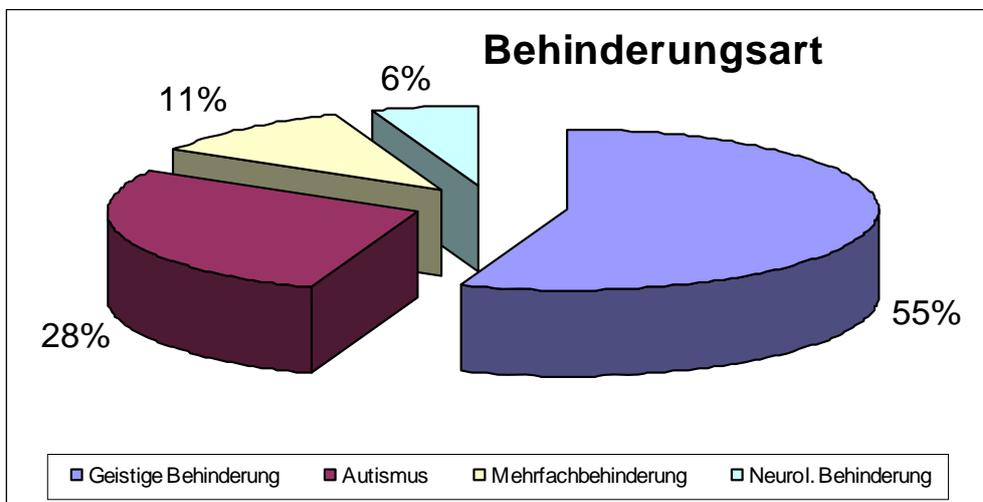
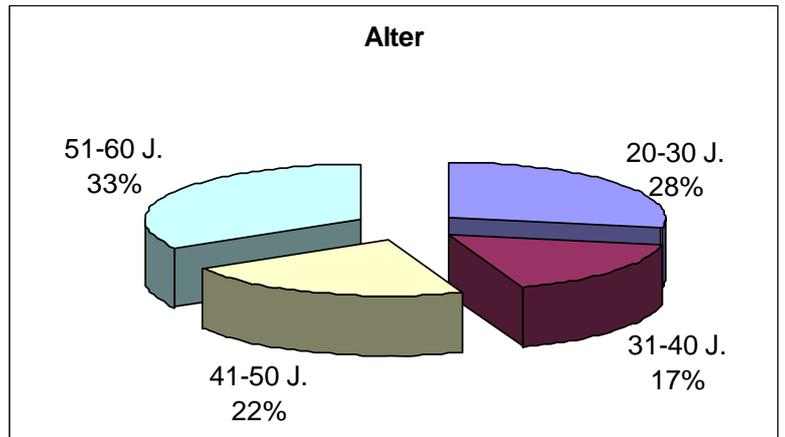
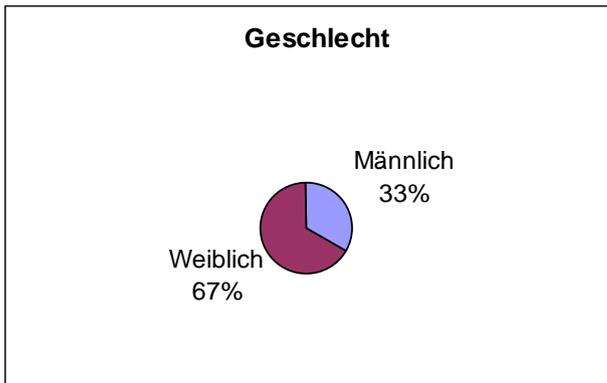
Alter



Behinderungsart



Detaillierte Grafiken für das Wohnheim Eupen



| | |
|---|---|
| <p>2. BEGLEITETES AUSSEN-WOHNEN und WOHNGEMEINSCHAFTEN</p> | <p>Begleitetes Außenwohnen – Wohngemeinschaft ist das Wohnen in einer Eigentums- oder Mietwohnung – ob alleine oder zu mehreren (maximal 4 Personen). Die behinderte Person sucht die Wohnform bzw. die Menschen aus, mit denen sie zusammen wohnen möchte. Die Begleitung dieser Wohnform wird durch die Wohnheime oder den Begleitdienst selbstständiges Wohnen wahrgenommen.</p> |
|---|---|

| | |
|--|---|
| <p>3. SELBST-STÄNDIGES WOHNEN</p> | <p>Selbstständiges Wohnen erfordert keine geplante oder regelmäßige Begleitung, da die Personen ausreichend Fertigkeiten erworben haben und affektiv so stabil sind, dass eine organisierte Intervention nicht mehr notwendig ist. Der Begleitdienst selbstständiges Wohnen bleibt aber im Bedarfsfall Ansprechpartner.</p> |
|--|---|



| | |
|----------------------------------|---|
| <p>4. WOHN-RESSOURCEN</p> | <p>Eine Wohnressource ist eine Person, ein Paar oder eine Familie, die eine oder mehrere Menschen mit Behinderung bei sich zu Hause aufnimmt. Sie bietet ein familienähnliches Milieu und teilt mit ihnen das alltägliche Leben. Die Wohnressource ist eine Alternative (kein Ersatz) zum Wohnheim und zu anderen Formen des gemeinsamen Wohnens, wenn die betreffende Person einen privateren Lebensrahmen wünscht.</p> <p>Die Person mit Behinderung und die Wohnressource lernen sich kennen und entscheiden sich nach einer Probezeit für oder gegen diese Unterbringung.</p> |
| <p>5. KURZAUFENTHALTE</p> | <p>Im Rahmen des Dienstes für Kurzaufenthalte können Personen mit schwerer Behinderung für einige Tage bzw. Wochen aufgenommen werden. Dies ist vor allem als Entlastung der Eltern und Angehörigen zu verstehen.</p> <p>In Notsituationen (bei Krankheit, Todesfall innerhalb der Familie,...) können Personen mit Behinderung ebenfalls Kurzaufenthalte verbringen.</p> <p>Der Aufenthalt kann im Begleitzentrum Griesdeck, in einem Wohnheim oder in einer Wohnressource stattfinden.</p> |

Außerregionale Einrichtungen zur Unterbringung von Personen mit Behinderung

Wenn es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kein entsprechendes Betreuung- oder Dienstleistungsangebot gibt, greift die Dienststelle auf spezifische Einrichtungen in der **Wallonischen Region** und auch im **Ausland** zurück (Wohneinrichtungen, Sonderpädagogische Institute, Schulen für hör- oder sehgeschädigte Personen usw.). Die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Wallonische Region haben ihre wechselseitige Unterstützung in einem **Kooperationsabkommen** geregelt.

Im Jahr 2007 waren 3 Personen (2006: 2) aus der DG in einer Einrichtung im Ausland untergebracht.

Zusätzlich sind nach wie vor 13 Personen mit Behinderung in Wohneinrichtungen in der Französischen Gemeinschaft untergebracht. Eine Person konnte eine Maßnahme in einem spezialisierten Ausbildungszentrum im Ausland besuchen.



Soziale Wohnbaugesellschaften



Seit Tätigkeitsbeginn hat die Dienststelle darauf hingearbeitet, dass die Zugänglichkeit der Infrastruktur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbessert wird. In diesem Rahmen hat sie auch die sozialen Wohnbaugesellschaften (Eupen, Kelmis und St. Vith) im Hinblick auf den Bau rollstuhlgerechter Wohnungen kontaktiert und bei letzteren die Bereitschaft zum Bau dieser Wohnungen gefunden.

Insgesamt gibt es mittlerweile **22 rollstuhlgerechte Wohnungen**, die zum Teil mit finanzieller Unterstützung der Dienststelle behindertengerecht angepasst worden sind. Ein deutlich höherer Bedarf ist jedoch vorhanden.

3.3.2. Nutzung der Einrichtungen und Dienste im Bereich Wohnen – Familie - Freizeit

Im Jahr 2007 wurde in den Einrichtungen und Diensten im Bereich Wohnen – Familie – Freizeit folgende Anzahl Personen betreut bzw. begleitet:

| Einrichtungen und Dienste | | Betreute bzw. begleitete Personen | | |
|--|----------------------|-----------------------------------|---------------------------|-------------------------------|
| | | 2005 | 2006 | 2007 |
| Königin-Fabiola-Haus | KFH | 21 | 21 | 18 |
| Wohngemeinschaft für Behinderte Behinderte Deidenberg/Lommersweiler | WHL | 25 (+2 Tagesaufnahmen) | 22 (+2 Tagesaufnahmen) | 17 (inkl. 1 Tagesaufnahme) |
| Come Back | CB | 25 | 19 | 31 |
| BEGLEIT- und BERATUNGSANGEBOTE WOHNEN-FREIZEIT | | | | |
| Kurzaufenthalte | KA | 21 | 18 | 20 |
| Selbständiges Wohnen | SW | 40 | 62 | 72 |
| Wohnressourcen (*) | WR | 30 | 35 | 46 |
| Familienbegleitung | FB | 113 | 86 | 97 |
| Freizeitvermittlung | FZ | 56 | 76 | 61 |
| Konfliktberatung | | (**) | (**) | |
| Beratung "Freundschaft, Liebe, "SENS" Sexualität und Partnerschaft" | Einzelarbeit SENS | 58 | 35 | 46 |
| INSGESAMT | | 389 | 374 | 408 |

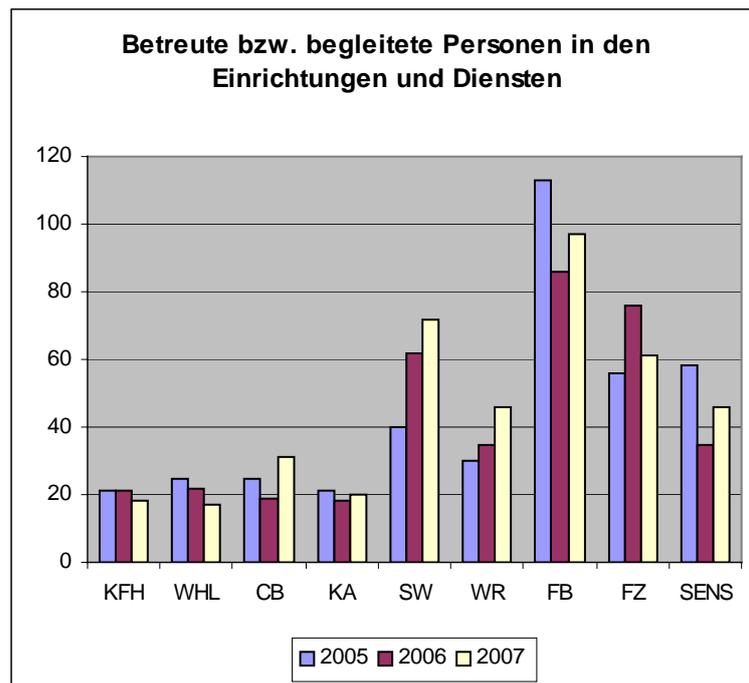


(*) Die den Wohnressourcen entsprechenden Zahlen bedeuten das Total der Anzahl begleiteter Personen pro Jahr.

In den Vorjahren wurden nur die fest belegten Plätze in den Wohnressourcen aufgelistet.

Die Zahlen wurden dahingehend korrigiert, sodass nun auch die in den Wohnressourcen begleiteten Personen über Kurzaufenthalte berücksichtigt werden.

(**) Konflikt- und Krisensituationen werden von allen Diensten bearbeitet, deshalb gibt es keine getrennten Zahlen mehr.



Detaillierte statistische Angaben zu den Dienstleistungen Wohnen-Familie-Freizeit für das Jahr 2007

| | | SSW | WR | FB | FV | S | WH | KA |
|-----------------------------------|-----------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Anzahl begleitete Personen | | 72 | 46 | 97 | 61 | 46 | 35 | 21 |
| | davon in KA | | 22 | | | | 5 | |
| | neue 2007 | 31 | 12 | 22 | 15 | 9 (**) | 4 | 1 |
| | beendete 2007 | 13 | 4 | 28 | 6 | 30 | 4 | 4 |
| Geschlecht | Männlich | 44 | 21 | 67 | 39 | 24 | 14 | 7 |
| | Weiblich | 28 | 25 | 30 | 22 | 22 | 21 | 14 |
| Alter | <20 J. | 2 | 6 | 97 (*) | 19 | 7 | 0 | 8 |
| | 20-30 J. | 31 | 14 | - | 18 | 20 | 6 | 4 |
| | 31-40 J. | 15 | 6 | - | 6 | 7 | 7 | 7 |
| | 41-50 J. | 13 | 13 | - | 9 | 5 | 10 | 1 |
| | 51-60 J. | 7 | 6 | - | 4 | 0 | 6 | 1 |
| | >60 J. | 2 | 1 | - | 4 | 0 | 0 | 0 |
| | ohne Angabe | 2 | - | - | 1 | 7 (**) | 0 | 0 |
| Gemeinde Süden | Amel | 0 | 3 | 9 | 2 | 3 | 6 | 4 |
| | Büllingen | 4 | 4 | 8 | 5 | 1 | 1 | 1 |
| | Burg-Reuland | 0 | 3 | 6 | 3 | 1 | 4 | 1 |
| | Bütgenbach | 5 | 3 | 8 | 9 | 1 | 1 | 5 |
| | St.Vith | 14 | 7 | 13 | 6 | 15 | 3 | 1 |
| | Total Süden | 23 | 20 | 44 | 25 | 21 | 15 | 12 |
| Norden | Eupen | 25 | 7 | 27 | 20 | 8 | 11 | 5 |
| | Kelmis | 6 | 9 | 7 | 4 | 5 | 4 | 0 |
| | Lontzen | 4 | 0 | 8 | 0 | 1 | 2 | 1 |
| | Raeren | 9 | 6 | 11 | 6 | 3 | 2 | 2 |
| | Total Norden | 44 | 22 | 53 | 30 | 17 | 19 | 8 |
| | Franz. Gem. | 5 | 4 | 0 | 6 | 2 | 1 | 1 |
| | ohne Angabe | - | - | - | - | 6 (**) | 0 | 0 |
| Behinderungsart | Geistige Behinderung | 38 | 38 | 38 | 34 | 21 | 16 | 8 |
| | Autismus | 0 | 0 | 11 | 4 | 5 | 7 | 7 |
| | Körperliche Behind. | 17 | 1 | 41 | 13 | 2 | 0 | 0 |
| | Lernbehinderung | 7 | 3 | 2 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| | Mehrfachbehinderung | 7 | 4 | 4 | 8 | 2 | 11 | 4 |
| | Neurol. Behinderung | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| | Verhaltensauffälligk. | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 2 |
| | ohne Angabe | 3 | 0 | 0 | 2 | 9 (**) | 0 | 0 |
| Rhythmus | Intensiv | 36 | 32 | 19 | 25 | 20 | 0 | 7 |
| | Mittel | 3 | 9 | 19 | 13 | 0 | 0 | 7 |
| | Selten | 4 | 0 | 12 | 7 | 0 | 0 | 6 |
| | Nach Bedarf | 20 | 5 | 46 | 15 | 7 | 0 | 1 |
| | ohne Angabe | 9 | 0 | 1 | 1 | 4 | 0 | 0 |
| | Seminare | - | - | - | - | 15 | 0 | 0 |

(*) Familienbegleitung

| Alter | Anzahl Personen |
|--------------|-----------------|
| 0-6 J. | 12 |
| 7-18 J. | 68 |
| > 18 J. | 16 |
| ohne Angabe | 1 |
| Total | 97 |

(**) Aufgrund der Teilnahme an Seminaren ist es hier bei einigen Personen nicht möglich, Geburtsd., Behinderungsart oder Wohnort zu erfassen.

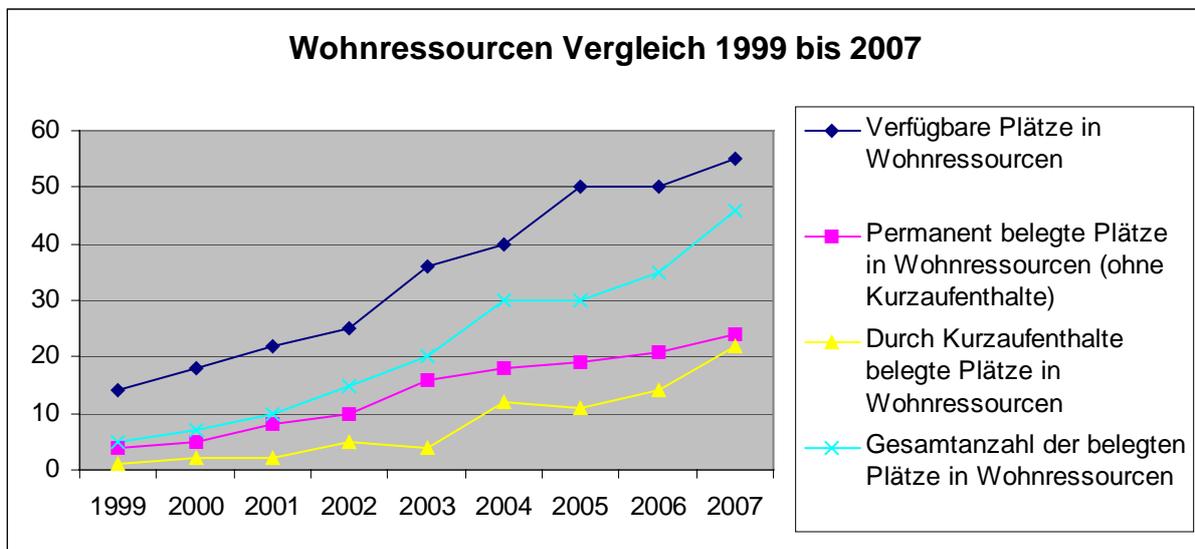
(***) SSW=Selbstständiges Wohnen/WR=Wohnressourcen/FB=Familienbegleitung/FV=Freizeitvermittlung/S=Sens/WH=Wohnheime/KA=Kurzaufenthalte im BGZ Elsenborn..



Begleitdienst Selbstständiges Wohnen: Dieses Angebot richtet sich an Menschen mit einer geistigen Behinderung, die in der Verrichtung der alltäglichen Aktivitäten eine Unterstützung benötigen.

Begleitdienst Wohnressourcen: Organisation, Begleitung und Koordination von Wohnressourcen für Menschen mit einer geistigen Behinderung und/oder einer körperlichen Behinderung. Wohnressourcen (WR) sind offene Wohnformen, die die Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderung unterstützen und somit dem Wunsch nach einem selbst bestimmten Leben gerecht werden.

Die Entwicklung des Bereiches Wohnressourcen gestaltet sich wie folgt:

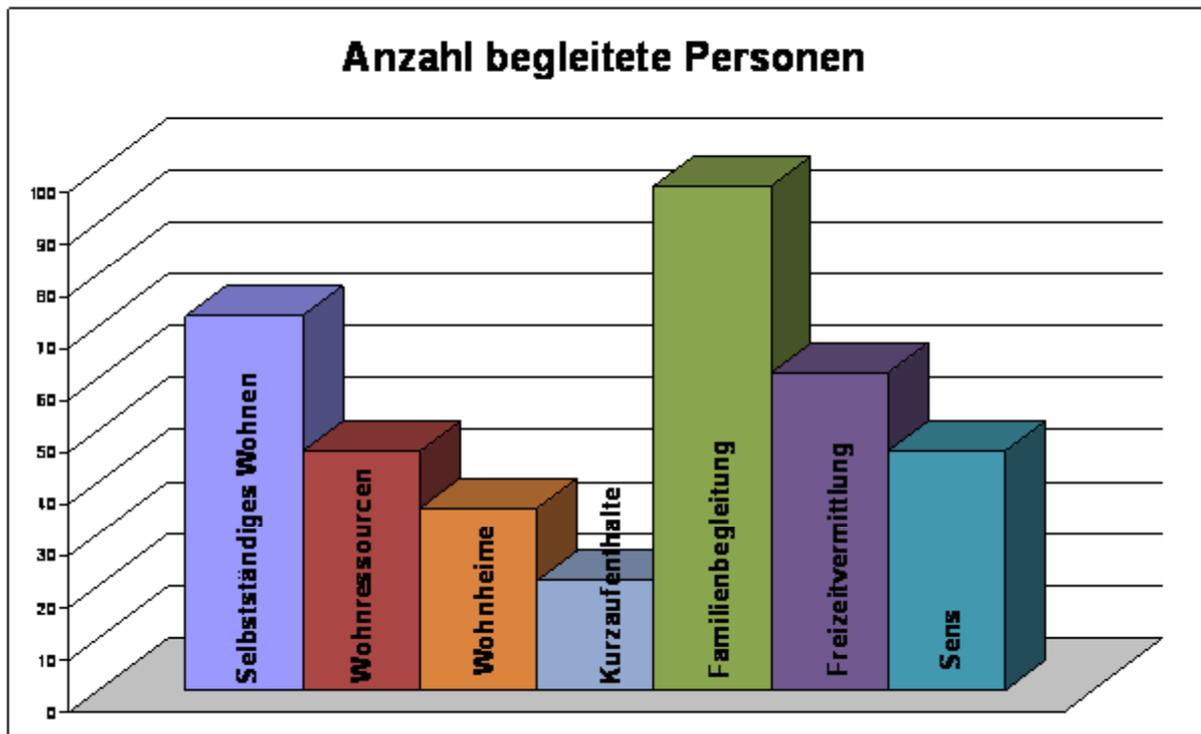


| | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|---|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Verfügbare Plätze in Wohnressourcen | 14 | 18 | 22 | 25 | 36 | 40 | 50 | 50 | 55 |
| Permanent belegte Plätze in Wohnressourcen (ohne Kurzaufenthalte) | 4 | 5 | 8 | 10 | 16 | 18 | 19 | 21 | 24 |
| Durch Kurzaufenthalte belegte Plätze in Wohnressourcen | 1 | 2 | 2 | 5 | 4 | 12 | 11 | 14 | 22 |
| Gesamtanzahl der belegten Plätze in Wohnressourcen | 5 | 7 | 10 | 15 | 20 | 30 | 30 | 35 | 46 |

Familienbegleitung: Die Familienbegleitung übernimmt das „Case-Management“ nach Beendigung der Frühhilfe. Sie bietet in erster Linie sozio-pädagogische und lebenspraktische Beratung und Unterstützung an, sowie zusätzlich Suche und Weitergabe von Informationen, Vermittlung von Adressen und Kontaktpersonen von Dienstleistungsanbietern sowie



Koordination von Auslandsbegleitungen für Familien mit einem behinderten Kind oder Jugendlichen.



Freizeitvermittlung: Dieser Dienst gewährleistet die Vermittlung von Freizeit- und Ferienangeboten für Personen mit Behinderung.

Begleitdienst SENS: Der Dienst SENS gewährleistet Personen mit Behinderung, den Angehörigen wie auch Mitarbeitern aus den Einrichtungen Beratung und Information in den Bereichen Freundschaft, Liebe, Sexualität und Partnerschaft.

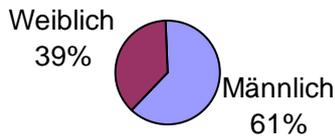
Kurzaufenthalte: Diese Dienstleistung ermöglicht die zeitweilige Begleitung von Menschen mit schwerer Behinderung in Notsituationen (z.B. bei Krankheit der betreuenden Person, Unfall oder Todesfall innerhalb der Familie). Kurzaufenthalte können aber auch als Entlastung von den Familien und Angehörigen von Menschen mit Behinderung genutzt werden, um z.B. einem Erschöpfungszustand vorzubeugen oder einen Erholungsurlaub zu gewähren.

Auf den folgenden Seiten sind die statistischen Angaben in grafischen Darstellungen verdeutlicht.

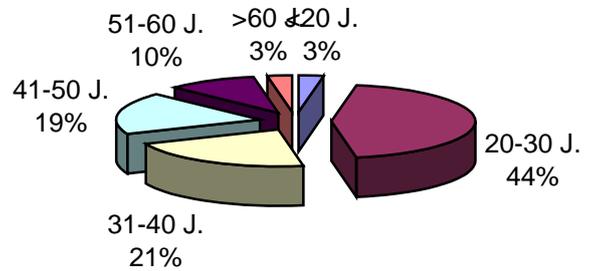


Begleitdienst Selbstständiges Wohnen

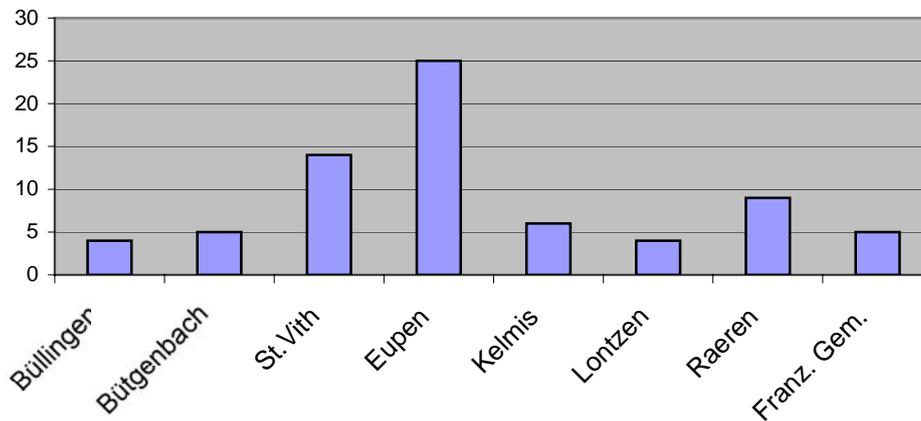
Geschlecht



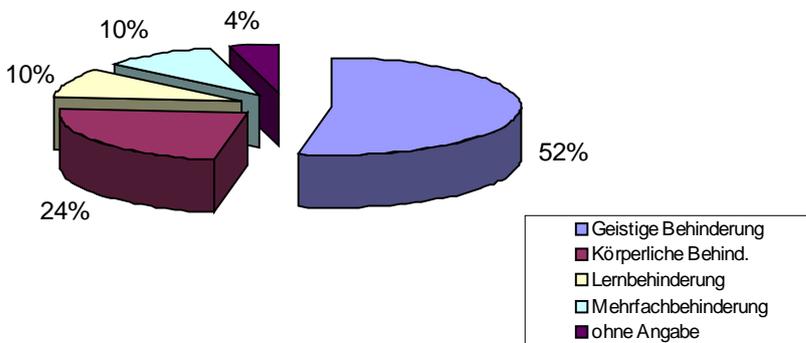
Alter



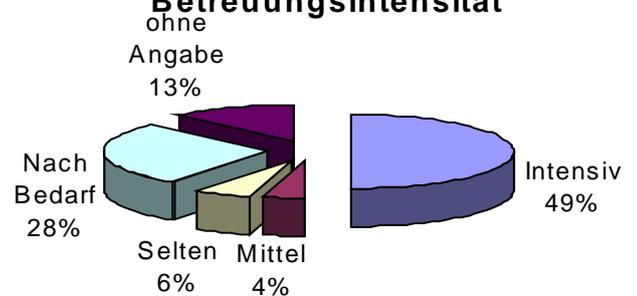
Gemeinden



Behinderungsart

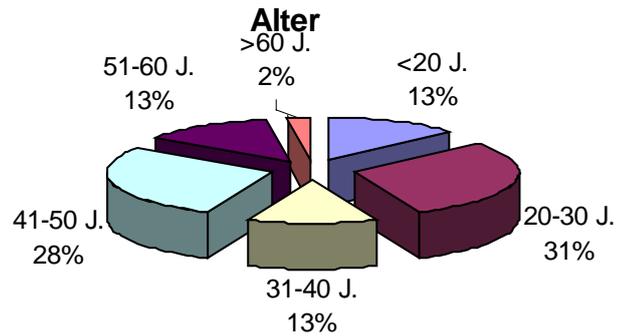
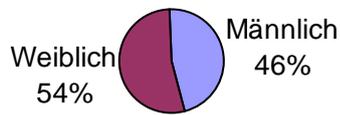


Betreuungsintensität

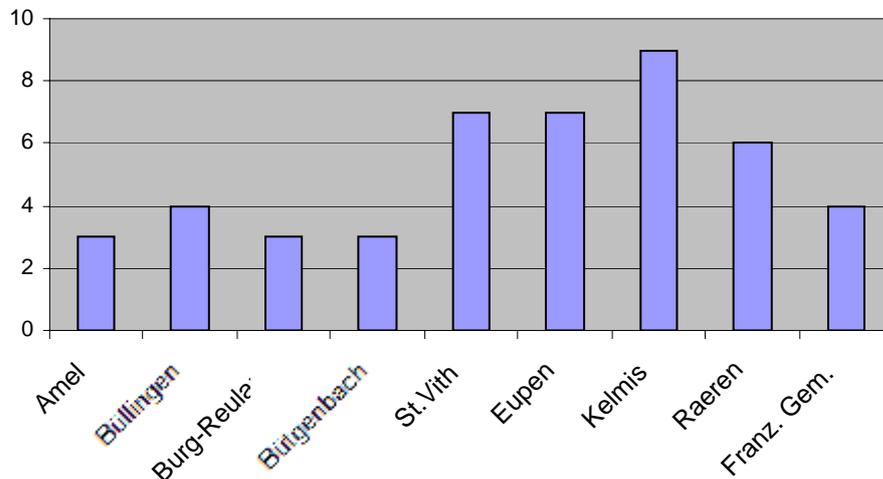


Begleitdienst Wohnressourcen

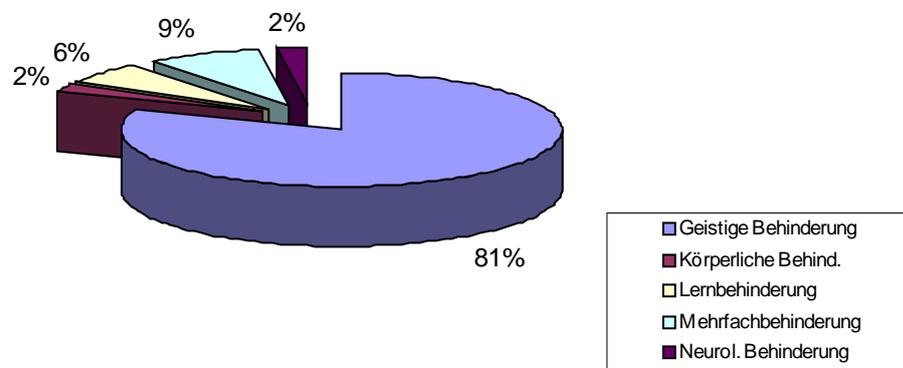
Geschlecht



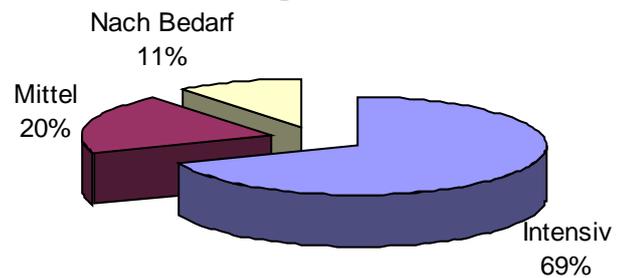
Gemeinden



Behinderungsart

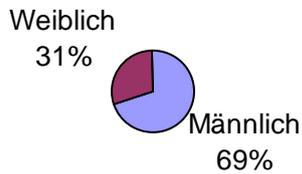


Betreuungsintensität

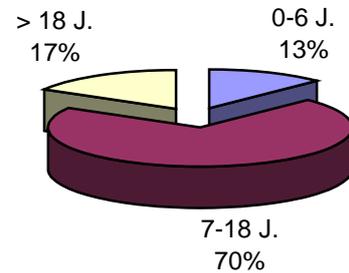


Familienbegleitung

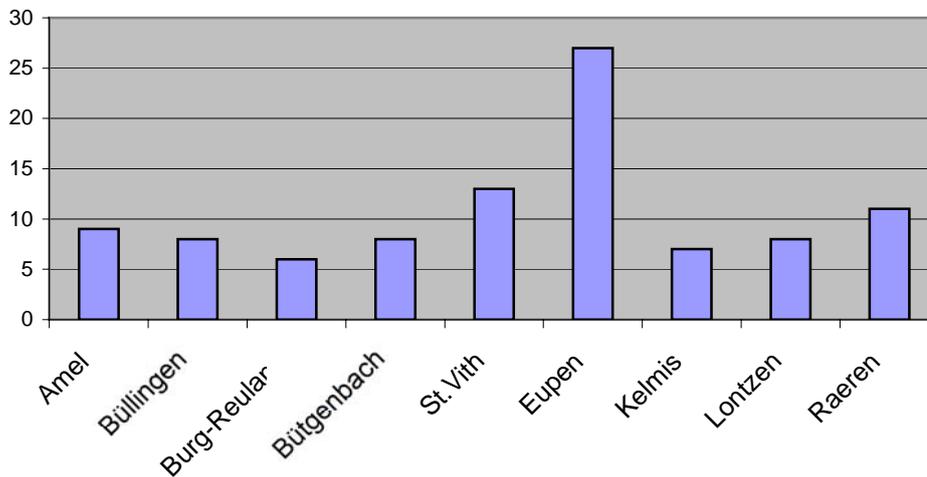
Geschlecht



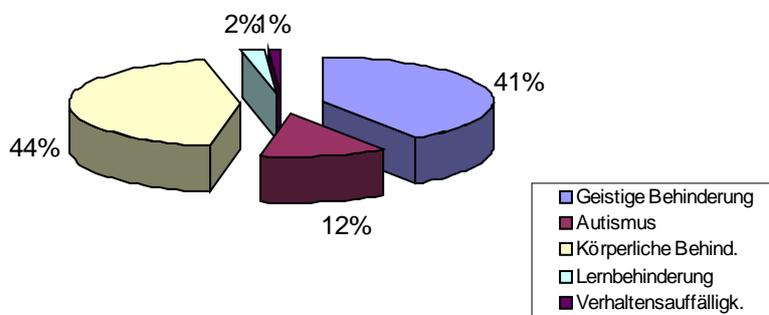
Alter



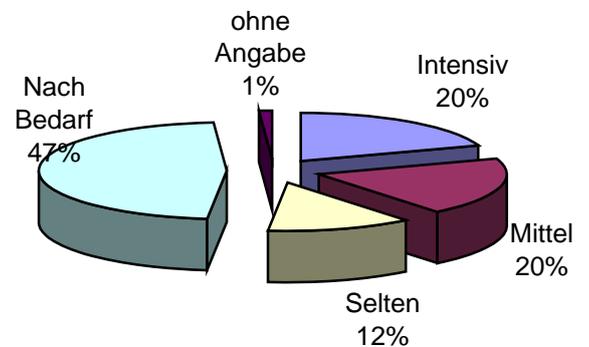
Gemeinden Familienbegleitung



Behinderungsart

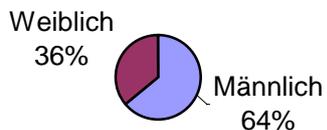


Betreuungsintensität

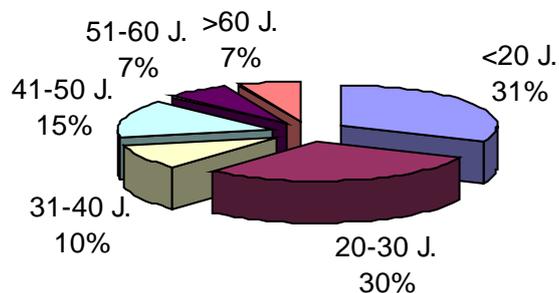


Freizeitvermittlung

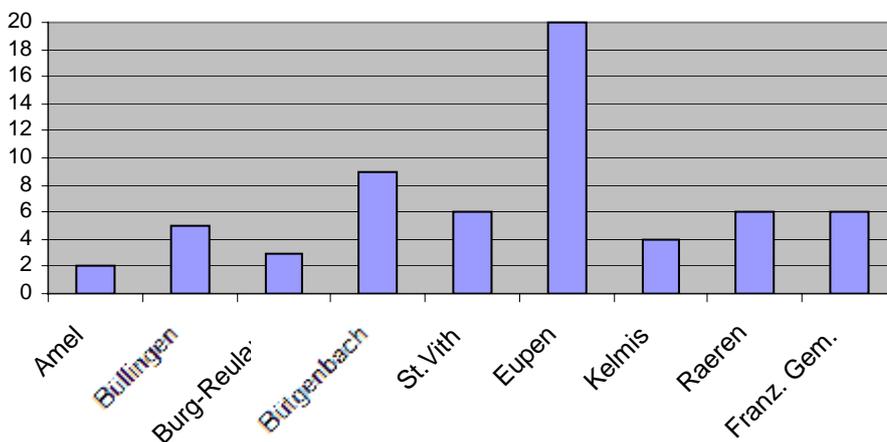
Geschlecht



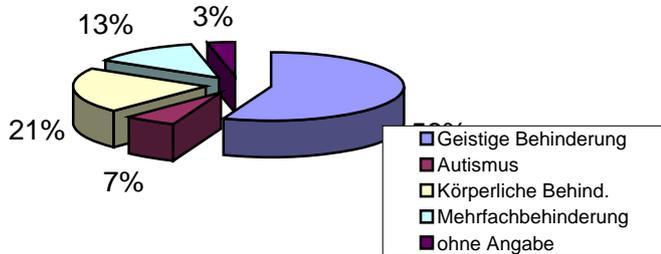
Alter



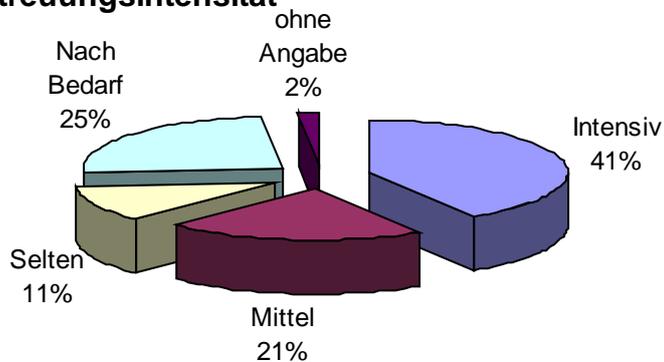
Gemeinden



Behinderungsart



Betreuungsintensität

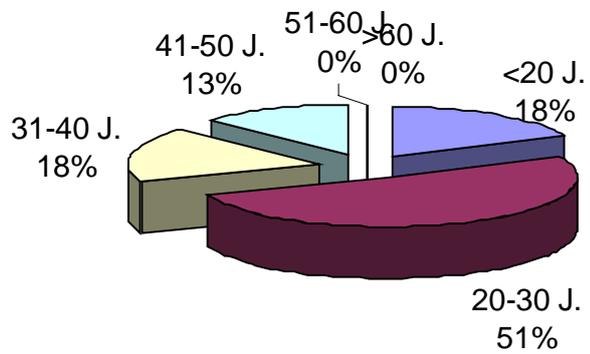


Begleitdienst Sens

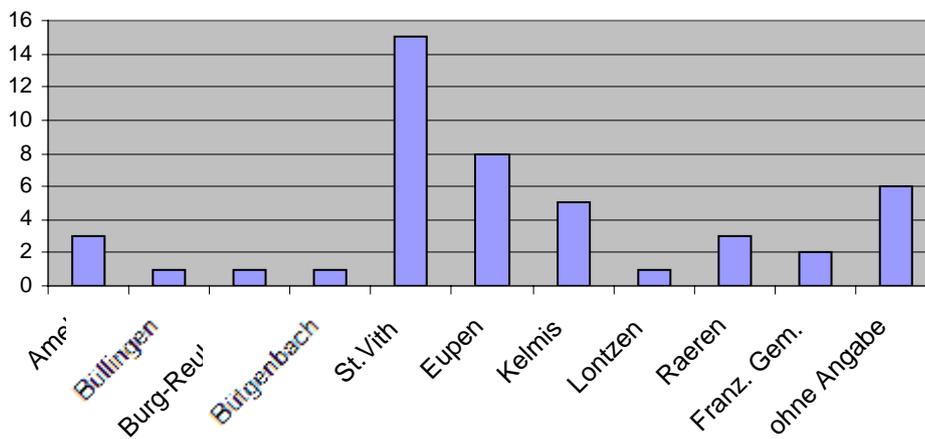
Geschlecht



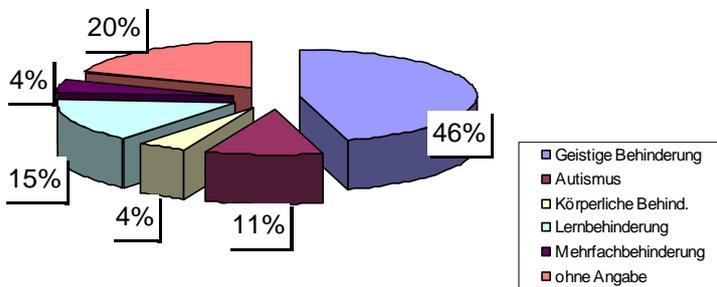
Alter



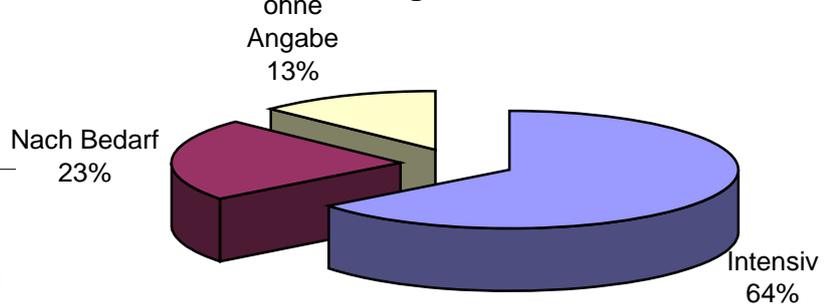
Gemeinden



Behinderungsart



Betreuungsintensität



Service Universitaire Spécialisé pour Autistes (SUSA)



Die Dienststelle beauftragt den „Service Universitaire Spécialisé pour personnes avec Autisme“ der Universität Mons mit Dienstleistungen für autistisch behinderte Personen (Diagnose und Ausarbeitung eines individuell ausgerichteten Erziehungsprogramms). Der SUSA gewährleistet ebenfalls in diesen Situationen in Zusammenarbeit mit Frühhilfe und Familienbegleitung eine fachliche Unterstützung der Eltern oder des Begleiters im Umgang mit den autistisch behinderten Personen.

Im Jahr 2007 haben 5 Kinder/Jugendliche (2006: 3) aus der DG den Dienst SUSA in Anspruch genommen. Einrichtungen und Dienste stehen in regelmäßigem Kontakt mit der Fachberatung des SUSA zwecks Verbesserung ihrer Dienstleistungen für autistisch behinderte Personen.

Snoezelen

Seit 1995 besteht im Begleitzentrum Elsenborn die Möglichkeit zu snoezelen. Neben Menschen mit Behinderung nutzen auch Schul- und Kindergartenklassen, Studenten im sozialen Bereich, Privatpersonen, die Frühförderung, pflegebedürftige Menschen und Therapiezentren das Snoezel-Angebot. Snoezelen ist eine Kombination aus den beiden niederländischen Wörtern „snuffelen“ (schnuppern, schnüffeln) und „doezelen“ (dösen, schlummern).

In stimmungsvoller Umgebung wird eine Atmosphäre zum Wohlfühlen geschaffen, die die sinnliche Wahrnehmung und Erfahrung mit Hilfe von Licht, Düften, Geräuschen und Geschmack erleben lassen.

Im Jahr 2007 haben 2.559 Personen das Snoezel-Angebot genutzt, davon waren 1.978 Personen behindert und 581 Personen nichtbehindert. In Sitzungen ausgedrückt bedeutet dies, dass 466 Sitzungen mit einer oder mehreren Personen stattgefunden haben.

3.3.3. Unterhalts- und Funktionszuschüsse für Tagesstätten, Wohnheime und Dienste

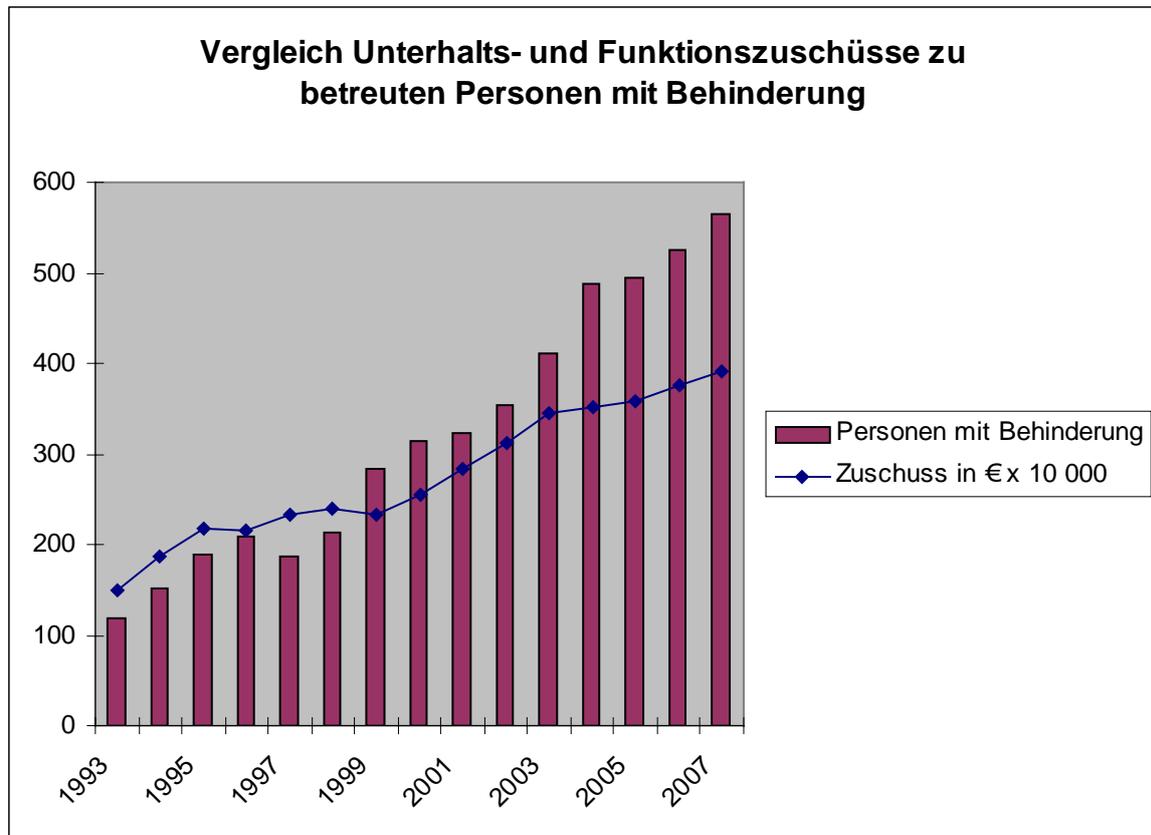
Im Rahmen der Unterhalts- und Funktionszuschüsse erhalten Wohnheime und Tagesstätten pro aufgenommene Person einen Tagessatz. Dieser hängt von den Anwesenheiten der behinderten Personen ab.

2007 betragen die **Unterhalts- und Funktionszuschüsse** in den Einrichtungen und Diensten für Personen mit Behinderung **3.910.452,65 €** (2006: 3.751.179,59 €).

Seit 2003 wird in diesem Rahmen auch der Betriebskostenzuschuss der Nationallotterie übernommen: Durch die Übertragung der Zuschüsse der Nationallotterie an die Gemeinschaften ist es erforderlich, die vorher gezahlten Funktionszuschüsse zumindest teilweise aufzufangen. Hauptvergabekriterium bilden die ABM-Beschäftigungsinitiativen der Einrichtungen und Dienste.



Die Kostenentwicklung in diesem Bereich sowie die Anzahl betreuter bzw. begleiteter Personen hat sich wie folgt entwickelt:



Das Total von 565 **betreuten, bzw. begleiteten Personen im Jahr 2007** verteilt sich wie folgt: 408 Personen in Einrichtungen und Diensten für Wohnen, Familie und Freizeit (siehe Seite 27), 109 Personen in den Tagesstätten und 48 in der Frühhilfe.

In diesen Rahmen fällt auch die Bezuschussung des **Theaterprojektes „Das Leben in Bewegung“** im Königin-Fabiola-Haus Eupen:

Die Dienststelle bezuschusste im Jahr 2007 das Theaterprojekt mit 31.433,30 € zur Finanzierung der Restlohn-, der Verwaltungs- und Betriebskosten.

In der Spielzeit 2006-2007 wurden 16 Personen im Projekt betreut, davon 4 im Theaterprojekt selbst, 4 Basisschüler des IDGS und 8 Personen haben an Ateliers im Königin-Fabiola-Haus mitgewirkt.

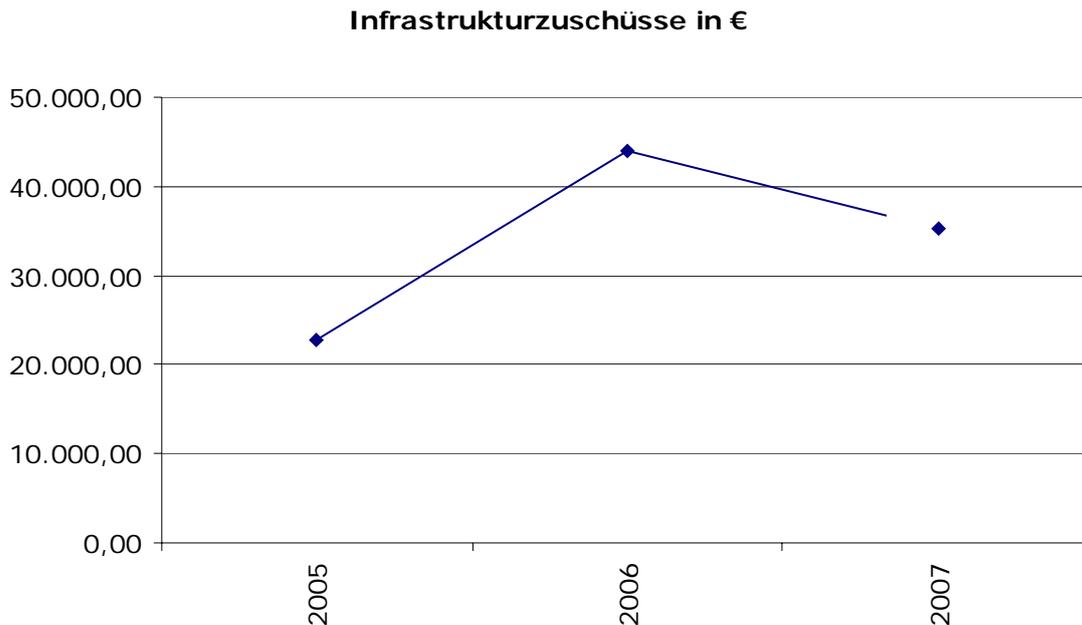
3.3.4. Zuschüsse für Ausstattung in Tagesstätten, Wohnheimen, Diensten und Beschützenden Werkstätten



2007 sind Zuschüsse für die Ausstattung der Einrichtungen, Dienste und Beschützenden Werkstätten mit **Ausgaben in Höhe von insgesamt 35.281,33 €** von der Dienststelle genehmigt worden.

Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 15.578,45 € für die Ausstattung, 12.500,00 € ein Fahrzeug (siehe unten) und 7.202,88 € aus den Rückstellungen der Vorjahre.

2006 belief sich der Betrag auf 43.956,94 €.



Seit 2003 wird in diesen Ausstattungszuschüssen **auch die Bezuschussung der Erneuerung von Fahrzeugen** übernommen, und zwar gemäß der Kriterien der Nationallotterie, die in der Vergangenheit diese Zuschüsse direkt an die Einrichtungen auszahlte. Durch die direkte Zahlung der Nationallotterie an die Gemeinschaften wurde diese Bezuschussung an die Dienststelle übertragen.

Am 01.01.2002 trat das Dekret zur Infrastruktur vom 18.03.2002 in Kraft, infolge dessen die Bezuschussung von Immobilien nur noch im Infrastrukturdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft bearbeitet wird.

Die Bearbeitung von Anträgen auf Bezuschussung von Ausstattungen und Ausrüstungen (bewegliche Güter) geschieht weiterhin durch die Dienststelle für Personen mit Behinderung.

Die Zuschüsse für Wohnungsanpassungen für Menschen mit Behinderung sind hiervon nicht betroffen und werden nach wie vor direkt von der Dienststelle bearbeitet.



3.3.5. Projekt „Rufbusse“

Seit März 2004 gibt es die „Rufbusse“ in der DG. Die Projektträger (die Beschützende Werkstätte Meyerode und die Tagesstätte Eupen) verfügen jeweils über einen angepassten Bus, der durch einen Zuschuss der DPB angeschafft worden ist. Das MAT¹ und die TEC² unterstützen das Mobilitätsprojekt, das sich ausschließlich an Personen mit eingeschränkter Mobilität richtet, in Form einer Kilometerpauschalen. Diese ist kontingentiert und mit monatlich 1500 km in 2004 gestartet und erreicht seit Juni 2007 monatlich 5100 km für die BW Meyerode. Die Fahrgäste zahlen den üblichen TEC-Zonen-Tarif, das „Dispatching“ übernehmen die Träger.

Der Rufbus bringt die Fahrgäste zu Geschäften, Behörden, ärztlichen Untersuchungen, Diensten wie „Come-Back“, Ausbildungsstellen, Wiedereingliederungszentren, Krankenhäusern, ...

Wegen der regen Nachfrage wurden die Fahrzeiten ausgeweitet auf die Zeitspanne von 8 Uhr bis 18 Uhr montags bis freitags.

Wie aus der Statistik zu erkennen ist, sind die gefahrenen Kilometer in Eupen (eher urban) leicht gefallen, doch die Anzahl der Transporte ist gestiegen. In Meyerode (eher ländlich) sind sowohl die Kilometer als auch die Anzahl Personen gestiegen.

| | 2005 | Durchschnitt pro Monat | 2006 | Durchschnitt pro Monat | 2007 | Durchschnitt pro Monat |
|--------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|
| Tagesstätte Eupen | | | | | | |
| Anzahl Personen | 1.680 | 140 | 2.428 | 202 | 3.604 | 300 |
| Anzahl Kilometer | 25.550 | 2.129 | 39.402 | 3.284 | 38.190 | 3.183 |
| BW Meyerode | | | | | | |
| Anzahl Personen | 490 | 41 | 1.395 | 116 | 2.184 | 182 |
| Anzahl Kilometer | 14.387 | 1.199 | 33.424 | 2.785 | 47.452 | 3.954 |
| Anzahl Transporte | 2.170 | 181 | 3.823 | 319 | 5.788 | 482 |
| gesamte Kilometer | 39.937 | 3.328 | 72.826 | 6.069 | 85.642 | 7.137 |



3.4. AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG

3.4.1. Der Start-Service

START-SERVICE steht für: Starthilfe, erste Chance, Neubeginn und neue Lebensperspektiven. Es ist der **Dienst für Ausbildung und Beschäftigung** in der Dienststelle. Zu seinen Aufgaben gehört es, arbeitsuchende Menschen mit Behinderung anhand ihrer Interessen und Fähigkeiten in eine entsprechende Ausbildung bzw. Beschäftigung zu orientieren und auf ihrem Eingliederungsweg zu begleiten.

3.4.2. Arbeitsplatzassistenz

Die Arbeitsplatzassistenten unterstützen die Ausbildung, passen die Arbeitsabläufe an die Fähigkeiten der Person mit Behinderung an und unterstützen die Kollegen bei der Ausbildung der Person. So bereiten sie die Auszubildenden auf eine möglichst selbstständige Arbeit im Betrieb vor.

Insgesamt haben die beiden Arbeitsplatzassistenten 20 Auszubildende begleitet: 4 Frauen und 16 Männer zwischen 19 und 47 Jahren, die in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Seniorenheim), Gärtnereien, Lebensmittelgeschäften, in der Restauration, im Straßenbau, im Metallsektor, Anhängerbau oder im Transport-/Logistikbereich ihrer Arbeit nachgehen.



3.4.3. Europäisches Projekt „Integra“ zur beruflichen Integration

Das 2006 begonnene Projekt wurde 2007 mit einer Abschlusskonferenz am 13. Dezember in Brüssel inhaltlich abgeschlossen. Die DPB (Start-Service) hat weiterhin ihre beratende und evaluierende Funktion während des Jahres wahrgenommen. 2007 wurde das Handbuch um den dritten und letzten Teil, nämlich mit der Beschreibung einer Weiterbildung/ Sensibilisierung für Gewerkschaftsdelegierte und Arbeitgeber, ergänzt. Diese Weiterbildung/ Sensibilisierung wurde probenhalber in Hamburg und in Verviers mit Gewerkschaftsdelegierten erfolgreich durchgeführt.

Die administrative und finanzielle Abwicklung des Projektes wird 2008 stattfinden.

3.4.4. Kooperation mit dem Arbeitsamt der DG (ADG) bei der Berufsberatung und -begleitung

Der wichtigste Mehrwert dieser Kooperation liegt darin, dass über die Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen konkrete Anfragen von Arbeit suchenden Personen bearbeitet werden und nach individuellen Lösungen für die Antragsteller gesucht wird. Dieser Mehrwert zeigt sich insbesondere in der Zusammenarbeit mit der spezialisierten Berufsberatung des Arbeitsamtes.

| Beratene Personen | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|--|------------|------------|------------|-----------|------------|
| DPB | | | | | |
| Körperliche, geistige, ... Behinderung | 23 | 21 | 23 | 24 | 37 |
| Chron. Krankheiten | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 |
| Psych. Krankheiten | 9 | 9 | 4 | 4 | 8 |
| Total - DPB | 33 | 32 | 28 | 29 | 46 |
| INAMI | 4 | 14 | 4 | 0 | 3 |
| Anzahl Beratungen | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
| DPB | | | | | |
| Körperliche, geistige, ... Behinderung | 99 | 103 | 118 | 60 | 147 |
| Chron. Krankheiten | 5 | 12 | 7 | 1 | 4 |
| Psych. Krankheiten | 36 | 56 | 8 | 11 | 49 |
| Total - DPB | 140 | 171 | 133 | 72 | 200 |
| INAMI | 26 | 8 | 19 | 0 | 15 |

Nicht im Auftrag der DPB oder der INAMI

| Beratene Personen | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|--|-----------|-----------|-----------|----------|-----------|
| Ohne Einschränkung | 37 | 7 | 9 | 1 | 34 |
| Mit Einschränkung | 9 | 19 | 23 | 7 | 16 |
| Körperliche, geistige, ... Behinderung | 7 | 16 | 16 | 3 | 8 |
| Chron. Krankheiten | 1 | | | | 4 |
| Psych. Krankheiten | 1 | 3 | 7 | 4 | 4 |
| Total | 46 | 26 | 32 | 8 | 50 |

| Anzahl Beratungen | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Ohne Einschränkung | 45 | 7 | 11 | 2 | 50 |
| Mit Einschränkung | 20 | 77 | 83 | 20 | 38 |
| Körperliche, geistige, ... Behinderung | 18 | 59 | 65 | 7 | 16 |
| Chron. Krankheiten | 1 | | | | 12 |
| Psych. Krankheiten | 1 | 18 | 18 | 13 | 10 |
| Total | 65 | 84 | 94 | 22 | 88 |



3.4.5. Anfragen an den Start-Service

Neben den in den folgenden Punkten erläuterten Begleitungen in den verschiedenen Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen der DPB ist die Abklärung zahlreicher Anfragen (171 im Jahr 2007), die nicht unbedingt in eine dieser Maßnahmen münden, eine der Hauptaufgaben des Start-Service.

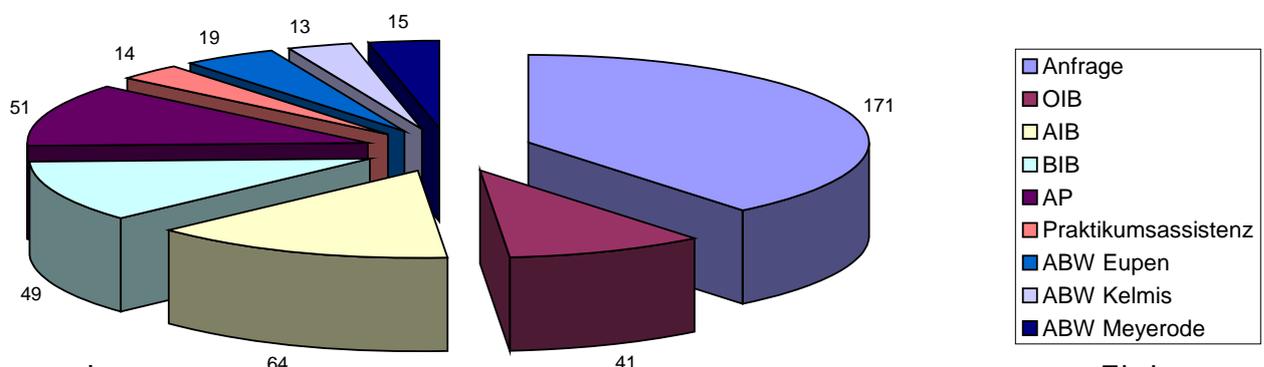
Die Abklärung durch den Start-Service endet nicht immer in eine Ausbildungs- oder Beschäftigungsmaßnahme der Dienststelle. Folgende Situationen sind auch möglich:

- eine normalisierende Orientierung ohne weitere Unterstützung des Start-Service
- Berufsberatung mit nachfolgender Unterstützung durch den Start-Service
- Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse, die nicht auf Maßnahmen der Dienststelle basieren, jedoch trotzdem vom Start-Service gecoacht werden.
- Aufnahme in Projekte, BWs und Betriebe der Sozialökonomie
- Hinführung zu einem Ersatzeinkommen (Behindertenbeihilfe) für Personen, bei denen eine unzureichende Arbeitsfähigkeit evaluiert wurde.

Insgesamt konnten im 14 Personen mit Behinderung einen Arbeitsvertrag erhalten – 9 von Ihnen ohne Bezuschussung der DPB.

Folgendes Kuchen-Diagramm verdeutlicht die Anzahl der Anfragen und die Beschäftigung in den unterschiedlichen Maßnahmen:

Anzahl Maßnahmen



Bemerkung: Personen haben in 2007 mehrere Maßnahmen absolviert.



3.4.6. Orientierungspraktikum im Betrieb (OIB)

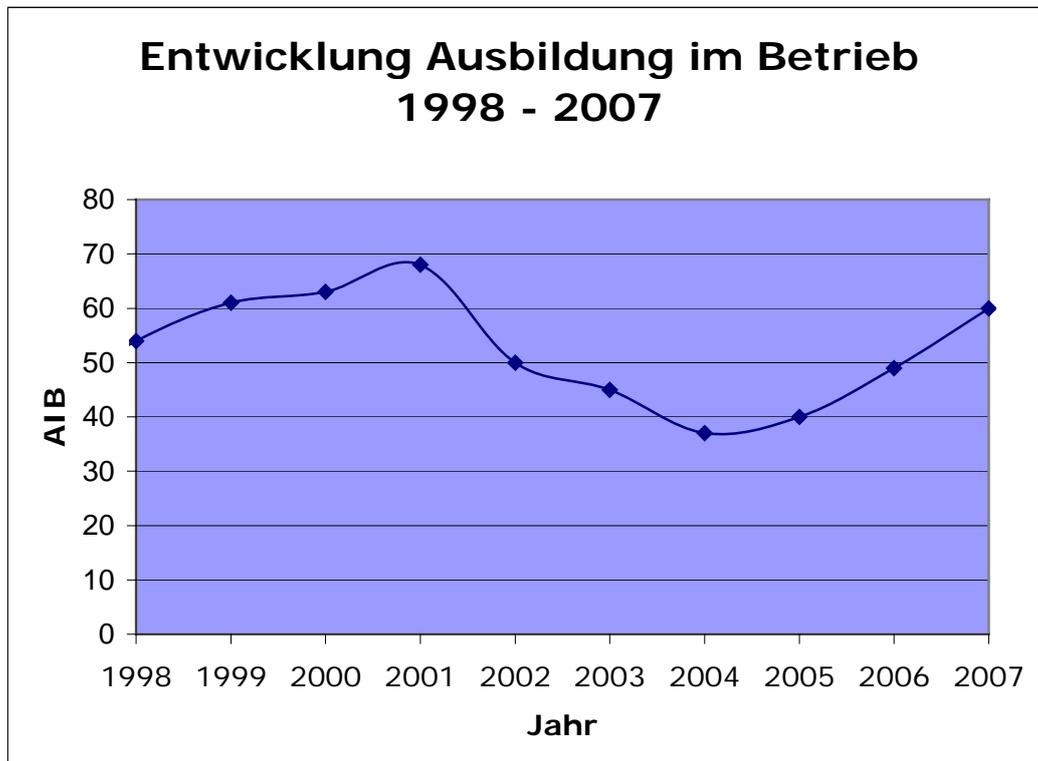
Das OIB ist ein gutes Instrument zur Abklärung der beruflichen Fähigkeiten und Interessen.

Im Jahr 2007 wurde für 37 Personen ein OIB abgeschlossen (2006: 21), 4 von Ihnen haben jeweils 2 OIB absolviert. Die auf 3 Monate begrenzte OIB wird nur in den seltensten Fällen ausgereizt. Schon nach 3 Wochen werden die meisten Personen in eine andere Maßnahme orientiert: 18 Personen haben danach eine AIB begonnen, 5 Personen sind in ein AP übergegangen, 2 Personen erhielten sofort einen Arbeitsvertrag, 1 Person erhielt einen Arbeitsvertrag in der BW

3.4.7. Ausbildung im Betrieb (AIB)

Die Ausbildung im Betrieb stellt oftmals die Vorstufe bzw. Voraussetzung für eine Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt dar. Diese Maßnahme wird durch den Einsatz der Arbeitsplatzassistenten qualitativ verbessert. Im Jahre 2007 haben 60 behinderte Menschen eine AIB absolviert (2006: 49).

Eine Graphik der Anzahl AIB ergibt folgendes Bild:



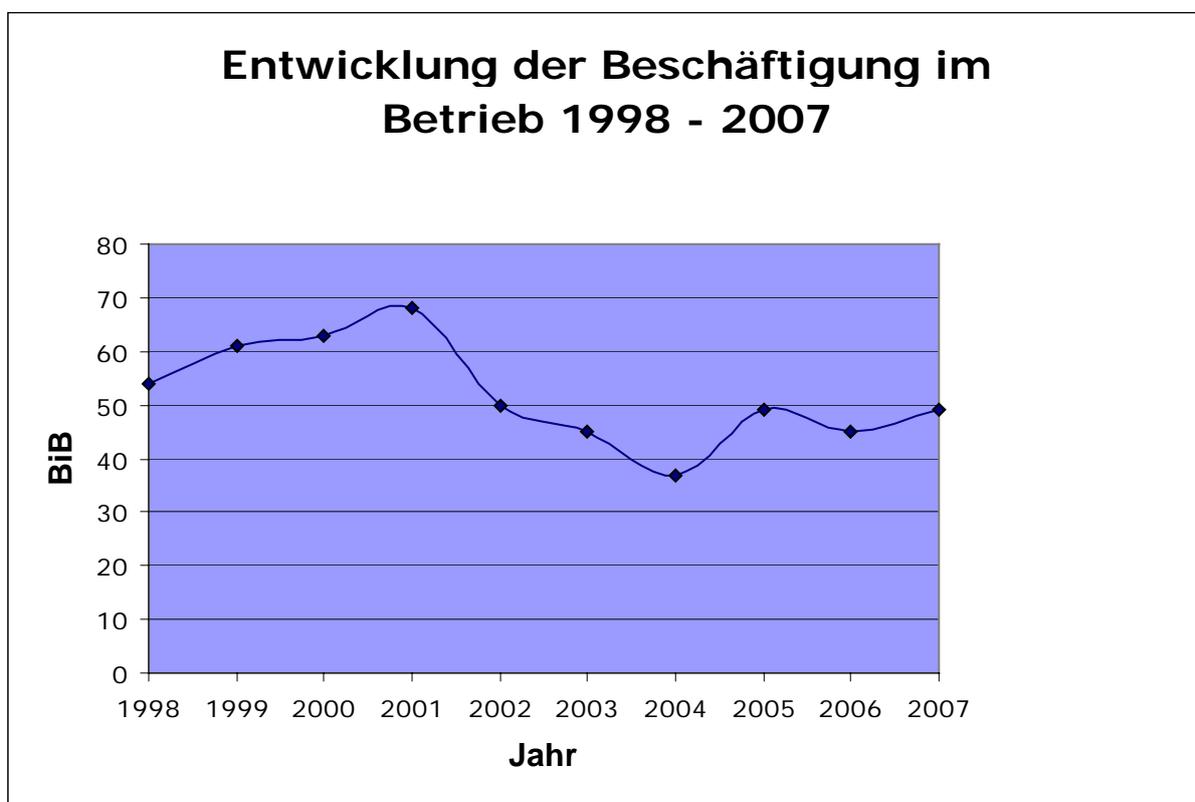
Eine AIB hat eine Dauer von maximal drei Jahren



3.4.8. Beschäftigung im Betrieb (BiB)

Ein Teil der Personen mit Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt, die der Start-Service unterstützt, hat einen Bedarf nach einer dauerhaften finanziellen Unterstützung in Form einer Rückerstattung ihrer Leistungsminderung an den Betrieb. Wie auch in den vorherigen Jahren nutzt der Start-Service zuerst die arbeitsbeschaffenden Maßnahmen des Föderalstaates, die jedoch immer zeitlich befristet sind und deshalb gegebenenfalls von einer BiB gefolgt werden. Dies ist überwiegend der Activa-Plan, da andere föderale Maßnahmen das Statut der Personen mit Behinderung in den Zugangsbedingungen nicht berücksichtigen.

Im Jahre 2007 haben 49 behinderte Menschen eine BiB absolviert (2006: 45).



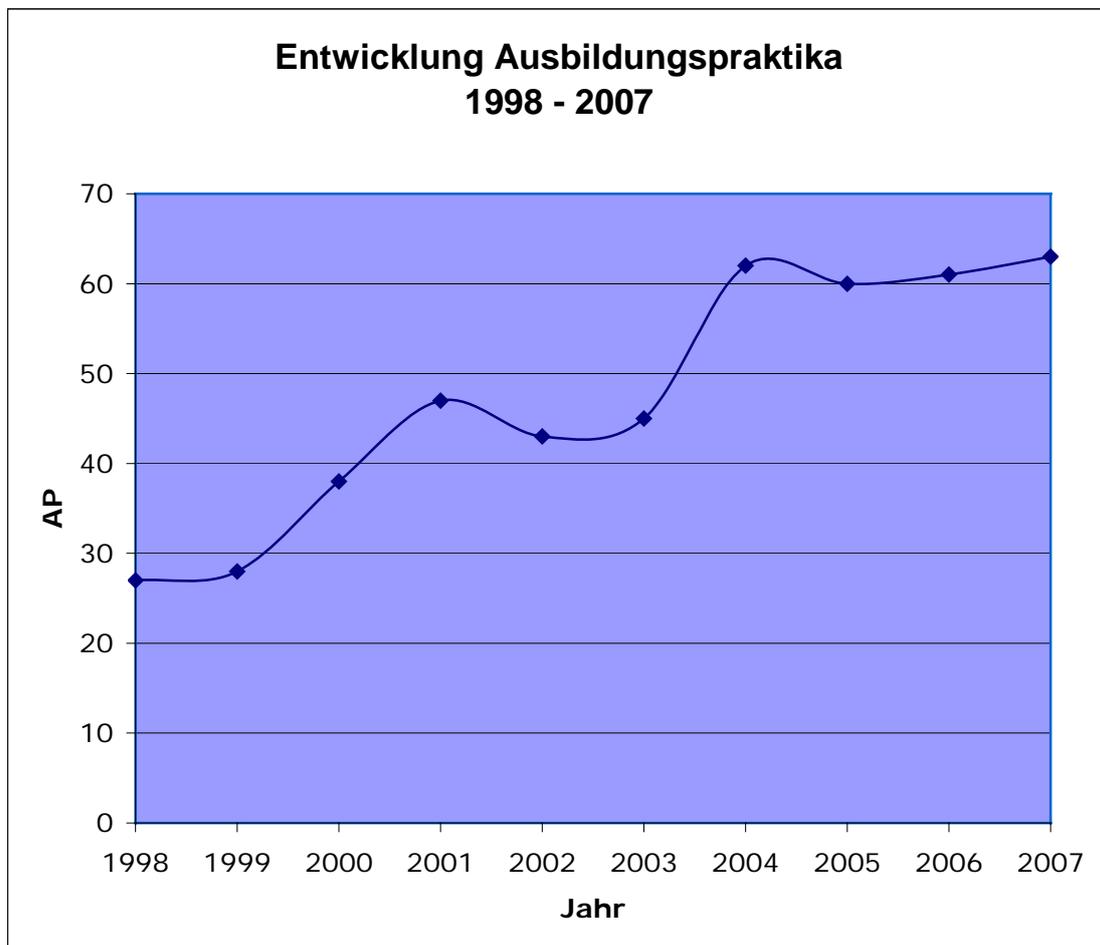
Eine BiB kann immer wieder verlängert und jährlich erneuert werden

3.4.9. Ausbildungspraktikum (AP)

Das sogenannte Praktikum zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung richtet sich an Personen, deren Fähigkeiten (noch) nicht ausreichen, um einer Arbeit unter Arbeitsvertrag nachzugehen.



Im Jahr 2007 hat die Dienststelle diese Maßnahme für insgesamt 63 Personen durchgeführt (2006: 61 Personen).

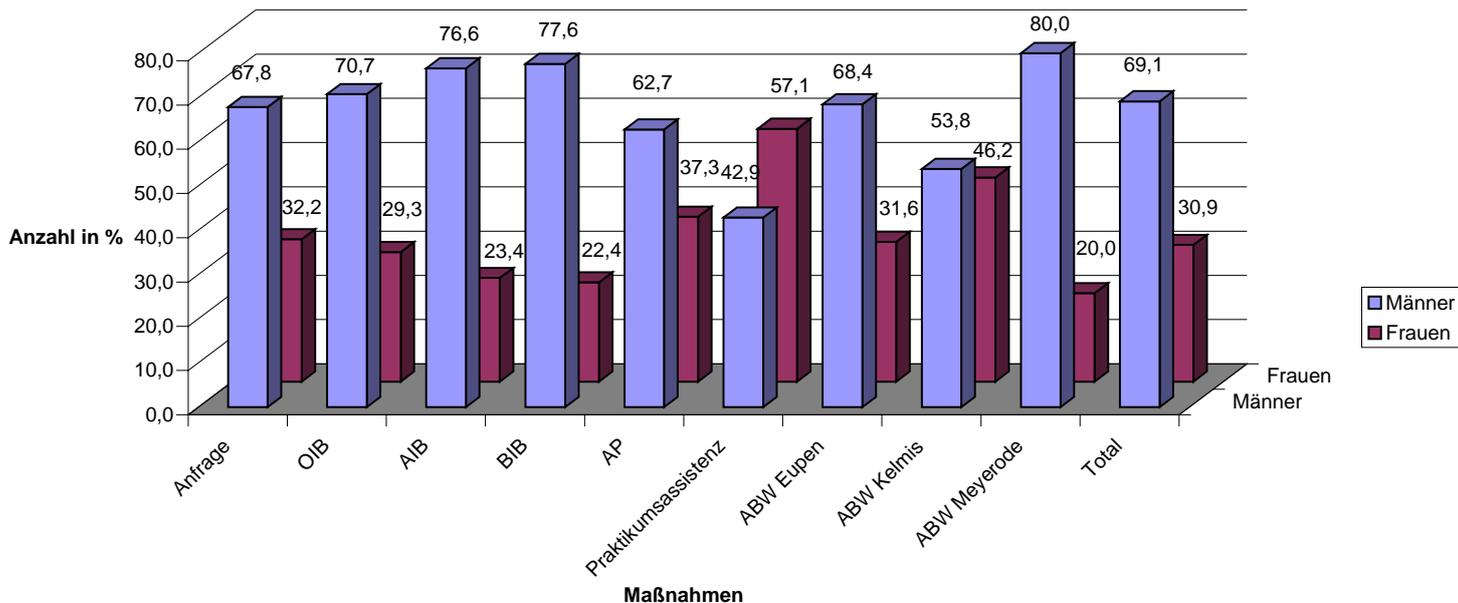


Ein AP kann bei Bedarf erneuert werden

Die folgenden Grafiken zeigen die Verteilung in den Beschäftigungsmaßnahmen nach Geschlecht, regionaler Verteilung sowie nach Alter und Sektoren

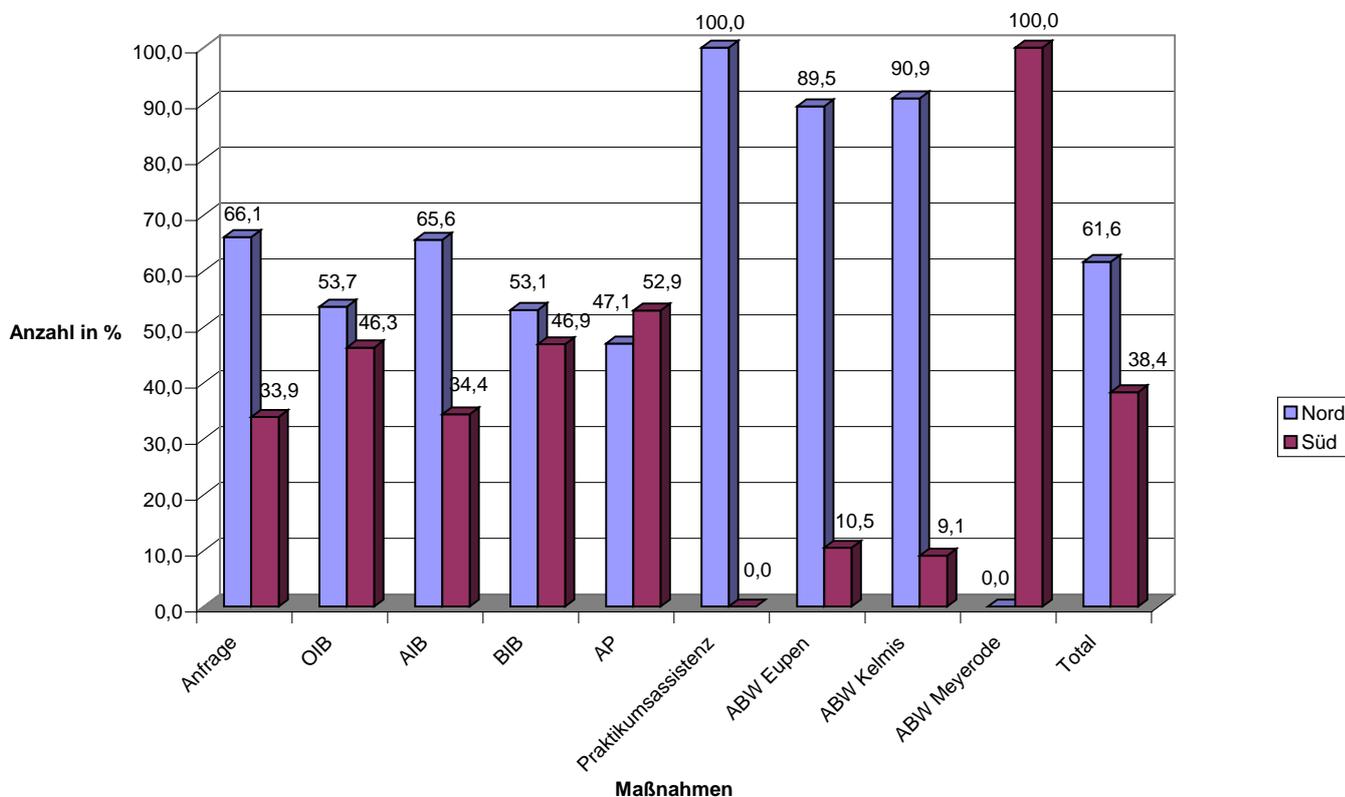


Verteilung nach Geschlecht

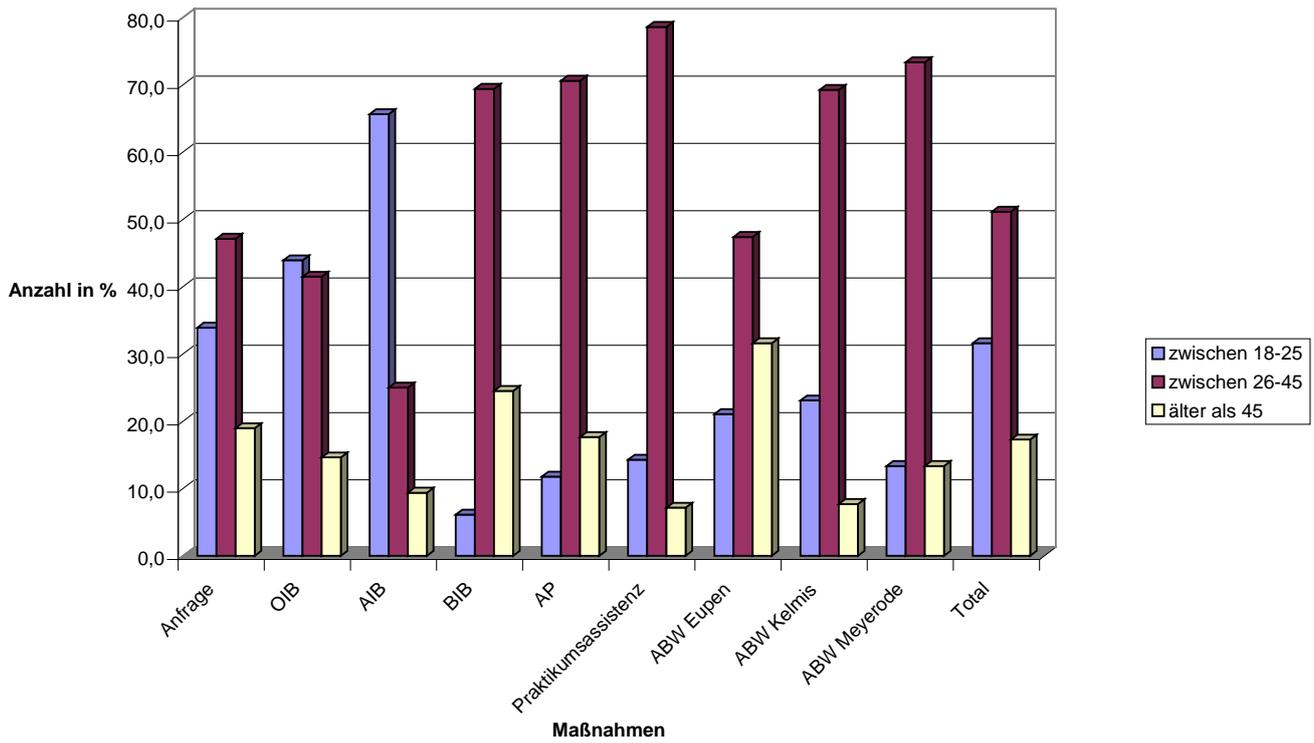


Obige Grafik zeigt, dass das auf dem Arbeitsmarkt bekannte Bild der Unterrepräsentation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in wesentlich stärkerem Ausmaß auf Frauen mit Behinderung zutrifft – mit Ausnahme der Praktikumsassistenz.

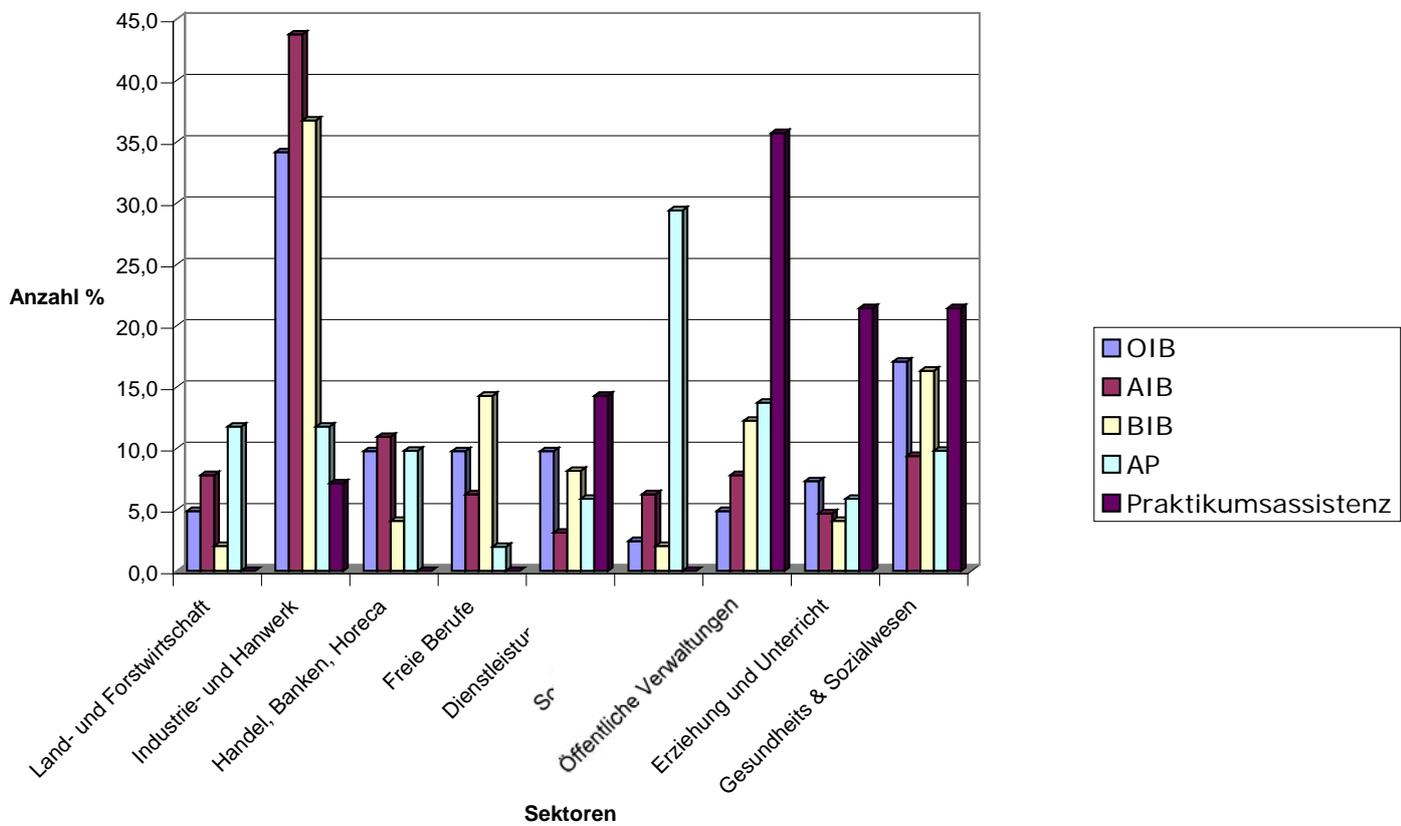
Regionale Verteilung



Verteilung nach Alter und Maßnahme



Verteilung nach Sektoren



3.4.10. Beschäftigung in den Beschützenden Werkstätten

Mitarbeiter

Die drei Beschützenden Werkstätten der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Eupen, Kelmis, Meyerode) beschäftigen Arbeitnehmer, die einer bezahlten Arbeit nachgehen können. Jedoch sind sie den Anforderungen und Zwängen auf dem freien Arbeitsmarkt aufgrund eingeschränkter körperlicher, geistiger oder psychischer Fähigkeiten kaum gewachsen. Neben Personen mit Behinderung werden nicht-behinderte Arbeitnehmer und leitendes Personal beschäftigt.

Die Anzahl beschäftigter Personen betrug 2007 (im Vergleich zu 2006 und 2005):



| | | | | 31.12.2005 | | | 31.12.2006 | | | 31.12.2007 | | |
|-------------------------------|-------------|---------------|------|------------|-----|-----|------------|-----|-----|------------|-----|-----|
| | bezuschusst | LSS Kategorie | ABM | BWE | BWK | BWM | BWE | BWK | BWM | BWE | BWK | BWM |
| Geschäftsführer | DPB KADER | | 495 | 1 | | 1 | 1 | | 1 | 1 | | 1 |
| Werkstattleiter | DPB KADER | | 495 | | 1 | | | 1 | | | 1 | |
| Sozialassistent | DPB KADER | | 495 | | | 1 | | | 1 | | | 1 |
| Angestellte | | | | | | | | | | | | |
| | DPB KADER | | 495 | | 1 | 1 | | 1 | 1 | | 1 | 1 |
| | DPB KADER | | 492 | 1 | | | 1 | | | 1 | | |
| | DPB PMB | | 492 | | | 1 | | | | | | |
| Vorarbeiter | | | | | | | | | | | | |
| | DPB KADER | | 495 | 7 | | 6 | 7 | | 6 | 6 | 1 | 6 |
| | DPB KADER | | 495 | | | | | | | | | 1 |
| | DPB PMB | | 492 | | 1 | | | 1 | | | 1 | |
| | DPB KADER | | 495 | | | | | 1 | | | 1 | |
| | DPB KADER | | 015 | | | | | | 1 | | | |
| | DPB KADER | | 015 | | | | | 1 | | | | |
| | DPB PMB | | 1142 | | 1 | | | | 1 | | | |
| | | | | 7 | 2 | 6 | 7 | 3 | 6 | 7 | 3 | 7 |
| Beh. Arbeitnehmer | | | | | | | | | | | | |
| | DPB PMB | | 012 | 70 | 28 | 61 | 70 | 30 | 60 | 67 | 30 | 60 |
| | DPB PMB | | 012 | 1 | | | | | | 1 | | |
| | DPB PMB | | 012 | | 1 | | | | | | | |
| | DPB PMB | | 012 | | 5 | | | | 1 | | 1 | 3 |
| | DPB PMB | | 012 | | 1 | | | 1 | | | | |
| | DPB PMB | | 012 | | 1 | | | 1 | | | 1 | |
| | DPB PMB | | 492 | | | 2 | | | 2 | | | 3 |
| | | | | 71 | 36 | 63 | 70 | 32 | 63 | 68 | 32 | 66 |
| | | | | | | | | 1 | | | | |
| | | | | | | | | | 3 | | | 5 |
| Maribel Social I | | | | | | | | | | | | |
| | DPB | | 015 | 1 | 1 | | 1 | 1 | | 1 | 1 | 1 |
| | | | 495 | | | 1 | | | 1 | | | |
| | | | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| ABW Betreuer | | | | | | | | | | | | |
| | DPB | | 484 | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 |
| ABW Teilnehmer | | | | | | | | | | | | |
| | DPB | | | 10 | 10 | 11 | 14 | 15 | 11 | 19 | 13 | 15 |
| Nichtbeh. Arbeitnehmer | | | | | | | | | | | | |
| | | | 015 | 5 | 2 | 1 | 4 | 1 | 2 | 5 | 1 | 2 |
| | | | 015 | 1 | 1 | 2 | | 1 | | | | |
| | | | 015 | 3 | 1 | | 2 | 1 | 2 | 3 | 1 | 1 |
| | | | 015 | 1 | | | 2 | | | | | |
| | | | 015 | | 1 | | | 1 | | | | |
| | | | 015 | 1 | | | | | | | | |
| | | | 015 | 7 | 1 | | 13 | 2 | | 16 | 4 | |
| | | | 015 | 2 | 1 | 1 | 3 | 3 | 1 | 4 | 4 | 1 |
| | | | 015 | | | | 1 | | | 1 | | |
| | BVA | | 024 | 3 | 2 | 4 | 5 | 2 | 5 | 5 | 1 | 4 |
| | BVA | | 484 | 3 | 1 | | 1 | | | 2 | | 1 |
| | | | 492 | | 1 | 1 | | 1 | | | 1 | |
| | | | 495 | 2 | 3 | | 2 | 2 | | 2 | 2 | |
| | | | 495 | | 4 | | | 1 | | | 1 | |
| | | | 495 | | | | | 1 | | | | 1 |

ABM Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen DPB = von der Dienststelle bezuschusst

- 1112 Plan Activa 100 %
- 1142 Réinsertion chômeur difficile à placer
- 1201 Premier emploi Art. 27/ 2 e P FORF
- 3200 Aktiva C1 - C2 - C11 < 45 A
- 3210 Aktiva D1 - D2 - D9 > 45
- 3220 Transf. Prof. < 45 A 1 A CCI
- 3241 Sine < 45 A 2 A CCI - 1A IS/AS
- 3250 Sine > 45 A 6M CCI - 6 M IS/AS
- 3410 Jeunes Trav.: CPE, peu qualifié (Rosetta)



Auf Vorschlag der Beschützenden Werkstätte Eupen wurde eine pragmatische Lösung eingeführt, um trotz der eingefrorenen Ziehungsrechte noch Beschäftigungsplätze zu schaffen. In Kelmis und Eupen sind Personen mit Behinderung über andere Maßnahmen (SINE) eingestellt worden, ohne von der Dienststelle bezuschusst zu sein. Unter gewissen Bedingungen, werden sie aber für die Bezuschussung des Kaderpersonals ab dem dritten Quartal 2006 berücksichtigt.

Ausbildungsabteilungen in den Beschützenden Werkstätten (ABWs)

In der Ausbildungsabteilung wird die Person am Arbeitsplatz gezielt gefördert und auf eine Beschäftigung vorbereitet. Erstes Ziel ist die Beschäftigung in einer BW. Die Ausbildung wird von Fachpersonal mit pädagogischer Grundausbildung gewährleistet.

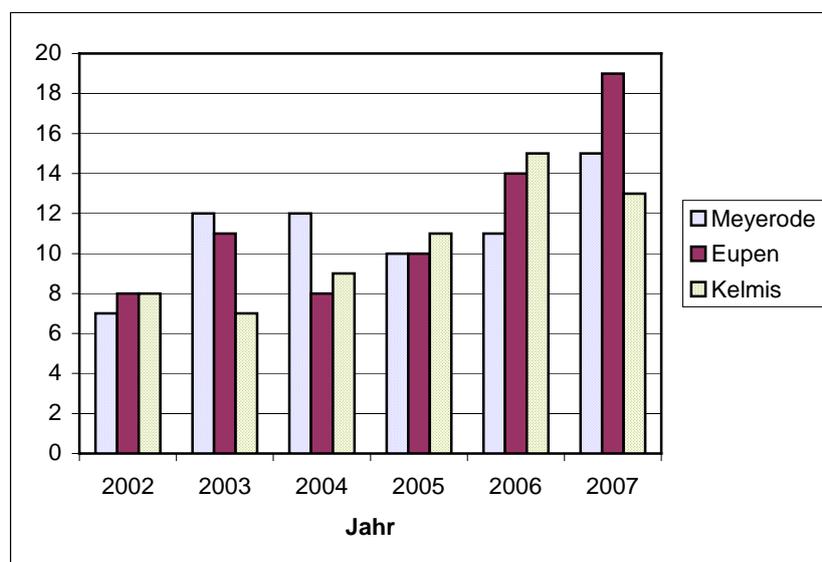
In den ABWs werden die Personen über ein Ausbildungspraktikum gefördert. Die Ausbildung kann maximal während drei Jahren bewilligt werden. Danach erhält die Person – abhängig von ihrer Leistungsfähigkeit – einen Arbeitsvertrag oder aber sie wird in die Dauer AP-Abteilung orientiert.

In der ABW Eupen werden permanent 2 Plätze für Schüler des IDGS zur Verfügung gestellt. Diese sind in der Tabelle nicht enthalten.

Im Jahr 2007 waren insgesamt 47 Personen (2006: 40) mit Behinderung einen Platz in einer Ausbildungsabteilung der Beschützenden Werkstätte Eupen (19 Personen), Meyerode (15 Personen) und adapta Kelmis (13 Personen).

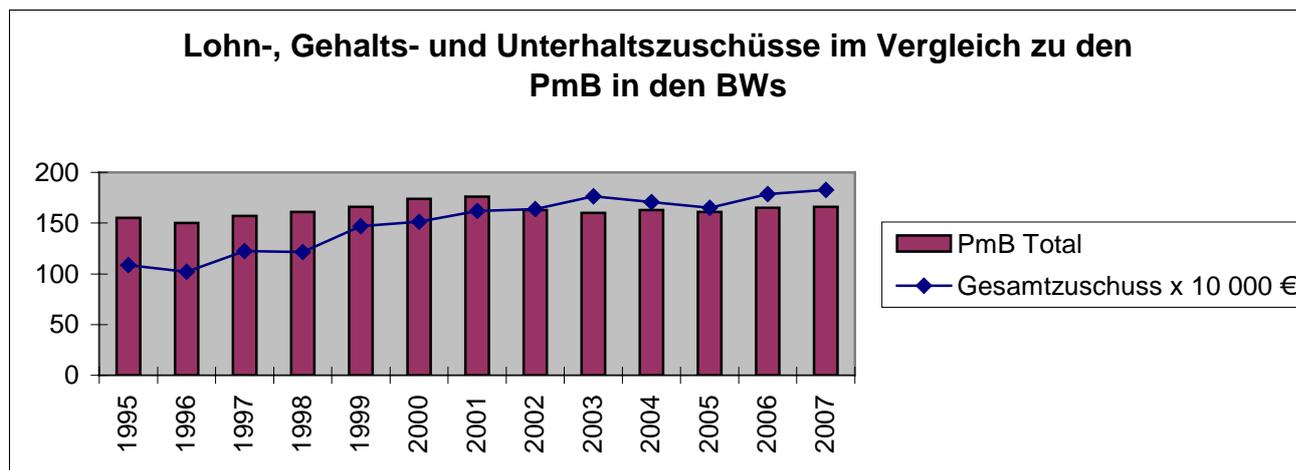
Graphisch ergibt dies folgendes Bild:

**Ausbildungsabteilungen
der Beschützenden Werkstätten 2002-2007**



Bezuschussung

Die Gesamtzuschüsse an die Beschützenden Werkstätten im Gebiet deutscher Sprache setzten sich von 1995 bis 2007 graphisch wie folgt zusammen:

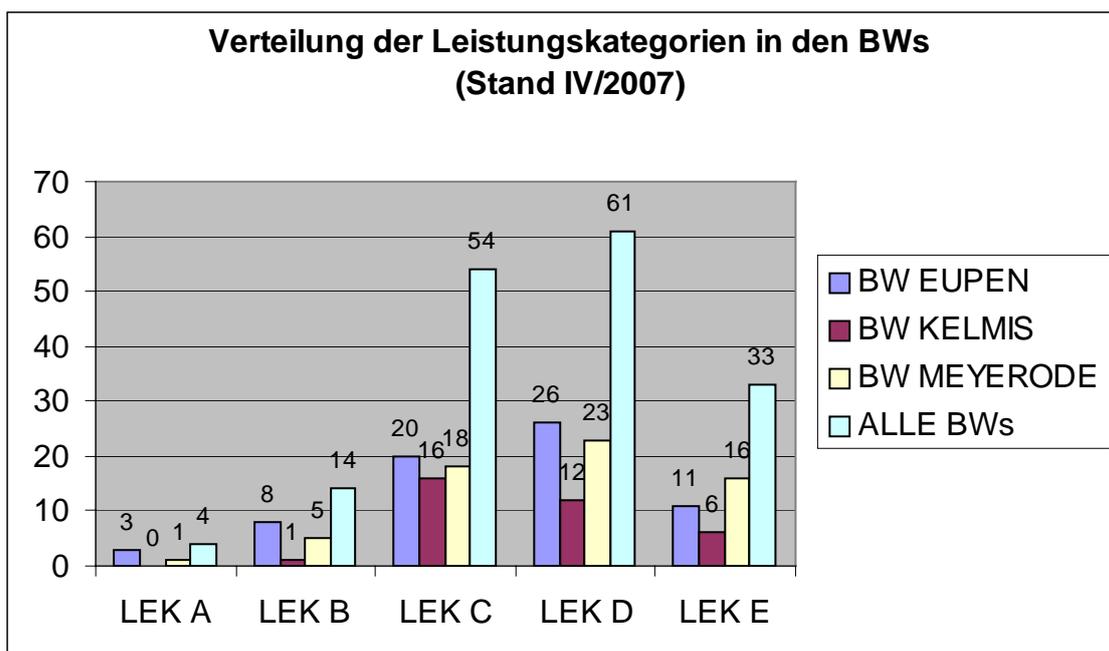


Lohnzuschüsse

Die Arbeit der Personen mit Behinderung wird je nach Leistungskategorie mit folgenden Beträgen pro Stunde bezuschusst:

| Pauschalzuschuss | Ab 01/09/2005 | Ab 01/10/2006 | Ab 01/01/2007 | Ab 01/04/2007 |
|----------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Leistungskategorie A | 1,6099 € | 1,6421 € | 1,6718 € | 1,6827 € |
| Leistungskategorie B | 2,6833 € | 2,7370 € | 2,7865 € | 2,7907 € |
| Leistungskategorie C | 4,0787 € | 4,1603 € | 4,2355 € | 4,2872 € |
| Leistungskategorie D | 5,9034 € | 6,0215 € | 6,1304 € | 6,2228 € |
| Leistungskategorie E | 8,5328 € | 8,7035 € | 8,8609 € | 9,0153 € |

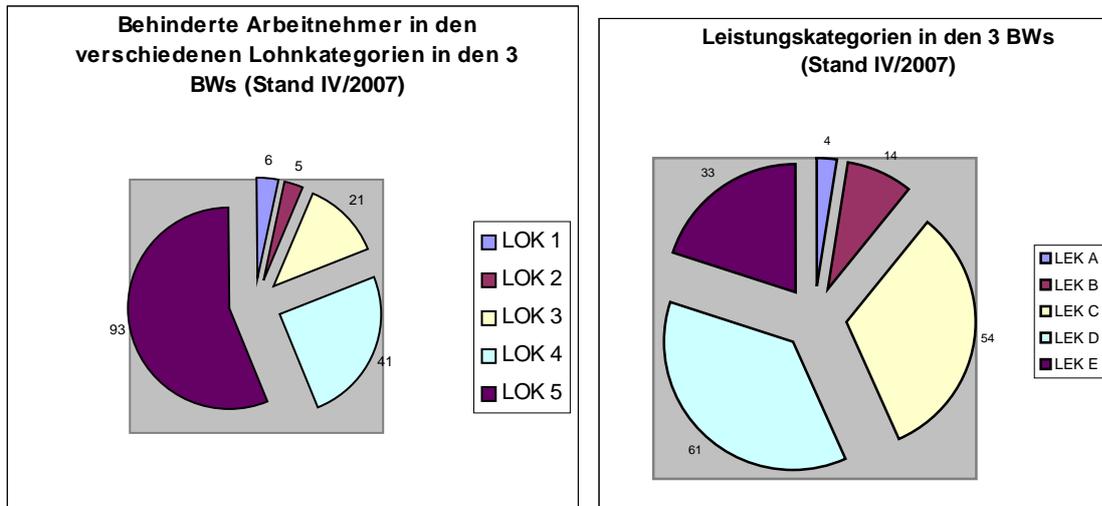




Löhne

2007 galten für die Arbeitnehmer der Beschützenden Werkstätten folgende Lohnkategorien (mit Vergleich zu den Vorjahren):

| LOHN-KATEGORIE | 2005 | 2006 | 2007 | 2007 | BERUFS-KATEGORIE (in 2007 wurden die Lohn- in Berufskategorien umgewandelt) |
|----------------|-------------------------------|-------------------------------|--|--|--|
| | Index 140,06 am 01.09.2005 | Index 142,86 am 01.10.2006 | Index 142,86 am 01.01.2007 LOK 2 - 4 + 0,8% | Index 142,86 am 01.04.2007 GDMME + 25 € | |
| 1 | 1,0200 | 9,3772 | 7,9495 | 8,1014 | 5 |
| 2 | 8,2754 | 8,4408 | 8,0131 | 8,1014 | 4 |
| 3 | 8,0923 | 8,2541 | 8,3201 | 8,3201 | 3 |
| 4 | 7,7936 | 7,9495 | 8,5083 | 8,5083 | 2 |
| 5 | 7,7936 | 7,9495 | 9,3772 | 9,3772 | 1 |



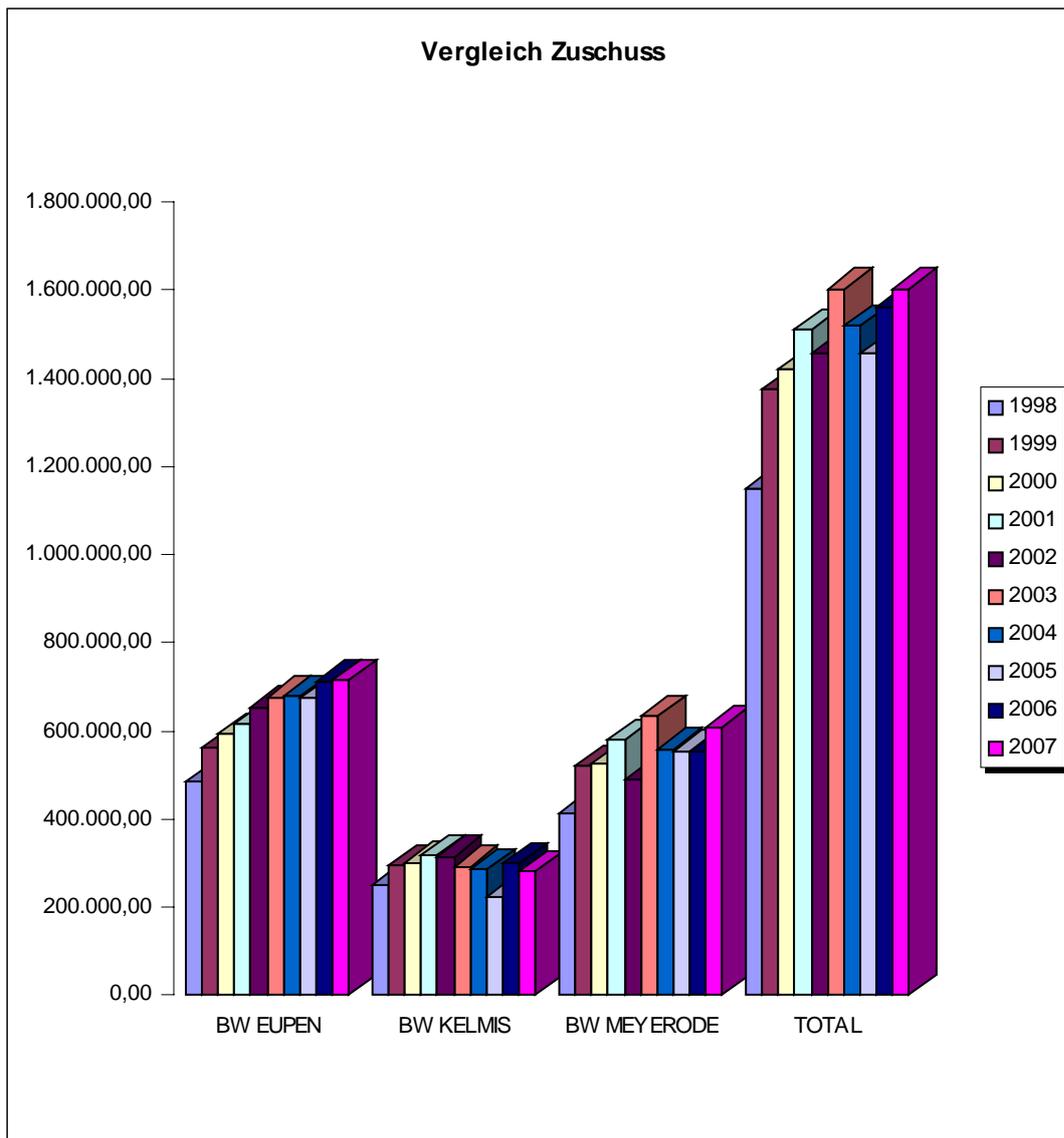
Die Leistungskategorie entspricht jeweils der Leistungsfähigkeit eines jeden Arbeitnehmers, wobei A für die Personen mit stärkerer Leistungsfähigkeit und E für diejenigen mit der geringsten Leistungsfähigkeit steht. Laut Erlass vom 18.07.2002 werden den Leistungskategorien A, B, C, D und E folgende Prozentsätze für Zuschussabzüge zugeordnet: 20 %, 35 %, 50 %, 70 % und 90 %.

Entsprechend der Höhe dieser Prozentsätze werden die Lohnzuschüsse anderer Herkunft, (so z.B. Sine, Aktiva, ...) von den Pauschalsätzen der DPB abgezogen, um eine doppelte Bezuschussung zu vermeiden.

Mit dem Pauschalzuschuss werden geleistete Arbeitsstunden und gleichgestellte Stunden für 100 % garantiertes Gehalt bei Krankheit berücksichtigt. Von diesem Pauschalzuschuss werden Lohnzuschüsse anderer Behörden abgehalten.

Der Erlass bestimmt die Zusammensetzung des Kaderpersonals anhand der Anzahl Beschäftigten in der Beschützenden Werkstätte. Die Bruttogehälter des Kaderpersonals werden zu 57 % bezuschusst. Der 13. Monat wird zu 50 % berücksichtigt, ebenfalls für eine 57-prozentige Bezuschussung.





Sozialbetrieb „Hof Peters“ in Emmels

Bereits 1999 ist eine VoG gegründet worden, die die materiellen Voraussetzungen bzw. die Infrastruktur und Ausstattung schaffen will, damit behinderte, aber auch sozial benachteiligte bzw. schwer vermittelbare Menschen dort Arbeit finden können. Ein integriertes Beschäftigungsprojekt also. Die beteiligten Partner haben sich dazu verpflichtet, sozial, ökologisch und finanziell ausgeglichen vor Ort aktiv zu sein.

Der „Hof Peters“ ist bis Mitte 2007 als „Pilot-Projekt-Sozialbetrieb“ vom Ministerium für Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme der DG anerkannt. Über die DG und den Europäischen Sozialfonds (ESF) wird die Beschäftigung von arbeitslosen, benachteiligten bzw. schwer vermittelbaren Menschen gefördert.



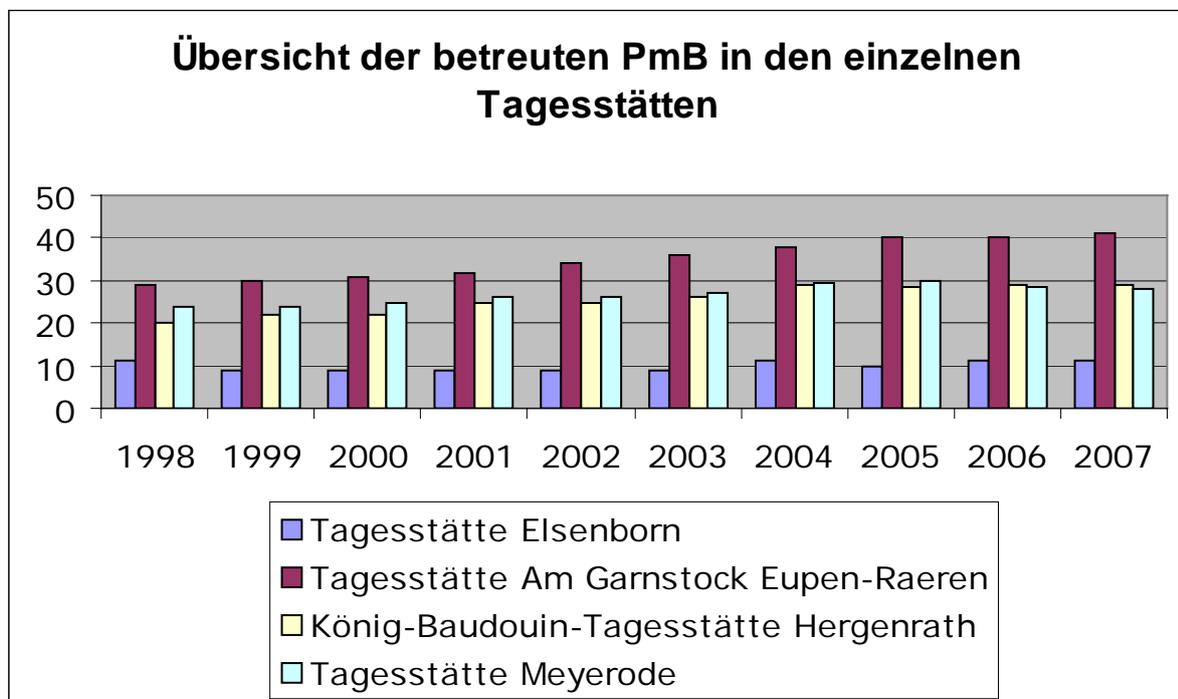
Nach einer Überarbeitung des Konzeptes soll der Hof Peters im Jahr 2008 mit einem neuen Angebot an den Markt gehen: ein Sandwich-Service.

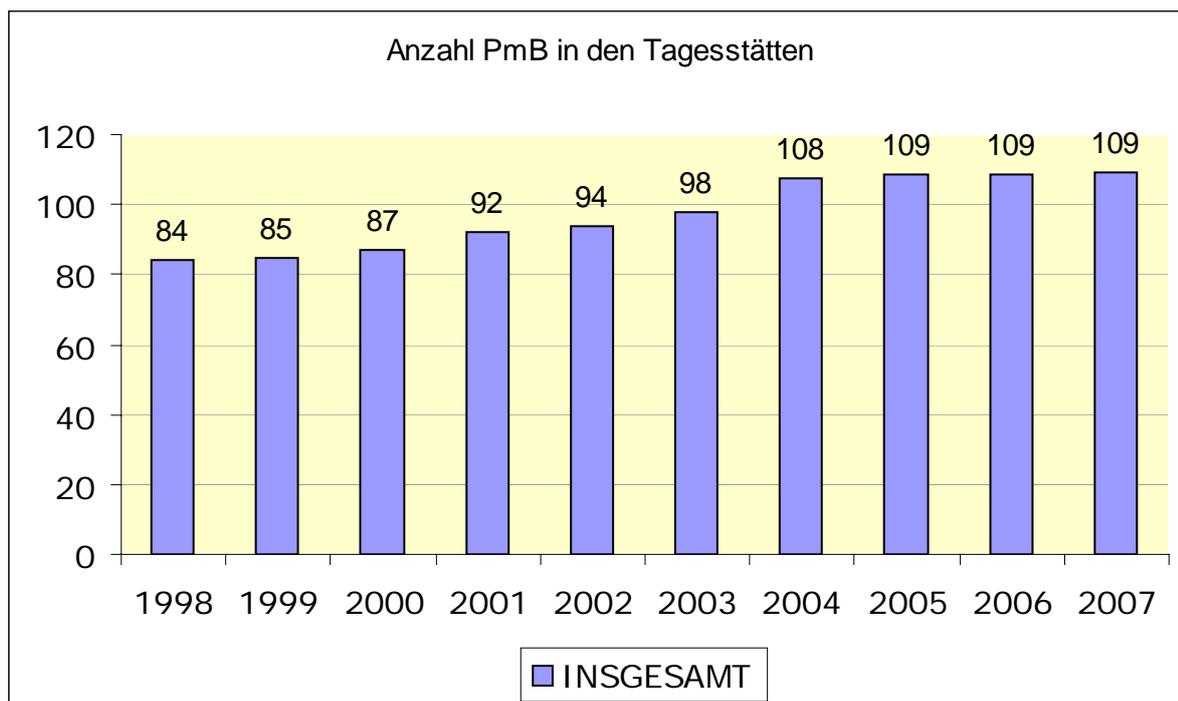
3.4.11. Beschäftigung in Tagesstätten

Mitarbeiter

Die vier Tagesstätten der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hergenrath, Eupen/Raeren, Elsenborn, Meyerode) beschäftigen Personen, die den Anforderungen einer Vertragsarbeit nicht gewachsen sind, aber aufgrund ihrer Fähigkeiten eine gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung ausüben können und möchten. Zum Angebot zählen Pizzaherstellung, Klein-Restaurations, „Catering“, Recycling, Naturschutz- und Landschaftspflege, landwirtschaftliche Arbeiten, Schneiderei, kreative Arbeiten, ...

| Einrichtung | Betreute Personen | | | | | | | | | |
|---------------------------------------|-------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------|------------|------------|------------|
| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
| Tagesstätte Elsenborn | 11 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 11 | 10 | 11,3 | 11 |
| Tagesstätte Am Garnstock Eupen-Raeren | 29 | 30 | 31 | 32 | 34 | 36 | 38 | 40,3 | 40 | 41 |
| König-Baudouin-Tagesstätte Hergenrath | 20 | 22 | 22 | 25 | 25 | 26 | 29 | 28,5 | 29 | 29 |
| Tagesstätte Meyerode | 24 | 24 | 25 | 26 | 26 | 27 | 30 | 30 | 29 | 28 |
| INSGESAMT | 84 | 85 | 87 | 92 | 94 | 98 | 108 | 109 | 109 | 109 |





Bezuschussung

Seit dem 1. Januar 1998 sind die Betreuungsmöglichkeiten flexibilisiert worden: der Betroffene hat nun die Möglichkeit, die Angebote der Tagesstätte stundenweise in Anspruch zu nehmen und während der Restzeit andere Dienste und Angebote zu nutzen. Aufgrund des effektiven Beschäftigungs- und Begleitbedarfs wird überprüft, welches Betreuungspersonal benötigt wird. Hierzu wird das Personal weiter spezialisiert (qualitative Verbesserung) und übergreifend eingesetzt (rationelle Nutzung).

Seit dem 1. Januar 1998 werden Aufenthaltskosten der Nutznießer (Nahrung, Arzneimittelkosten, Versicherungen, Aktivitäten usw.), Personenbeförderungskosten (zwischen Wohnsitz und Tagesstätte), Personalkosten sowie Immobiliennutzungs- und Abschreibungskosten - auf Basis von einem Tagessatz bezuschusst. Dieser Tagessatz wird im Jahresrhythmus den effektiven Kosten angepasst.

Die Sparmaßnahmen der Jahre 2005 und 2006 sehen vor[⊕], das Personal in den Tagesstätten und Diensten auf den Stand des Jahres 2004 einzufrieren. Die auf dieser Basis berechnete Zuschuss ist für Personalkosten um ein Prozent reduziert worden. Die Indexierung der pauschalen Elemente des Tagessatzes ist eingestellt worden. Die Tagesstätten haben erhebliche Anstrengungen unternommen, um trotz dieser Einschränkungen eine professionelle Begleitung auch bei zusätzlichen Aufnahmen zu gewähren.

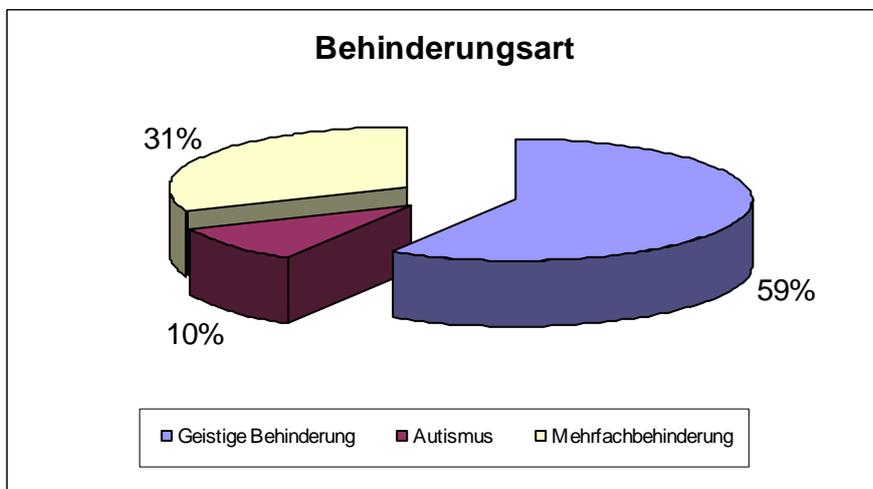
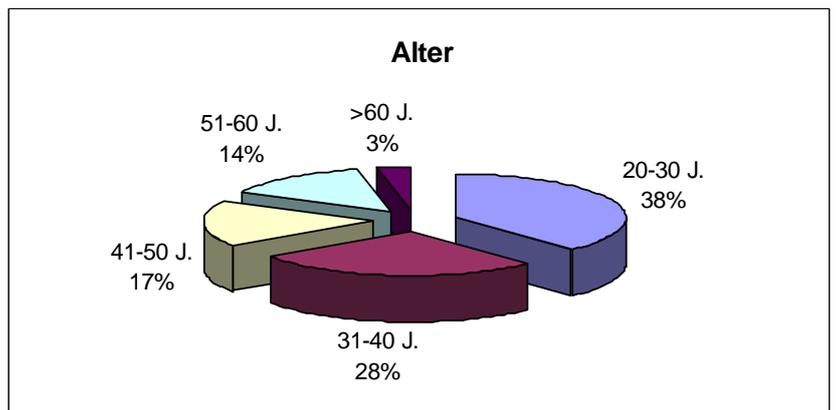
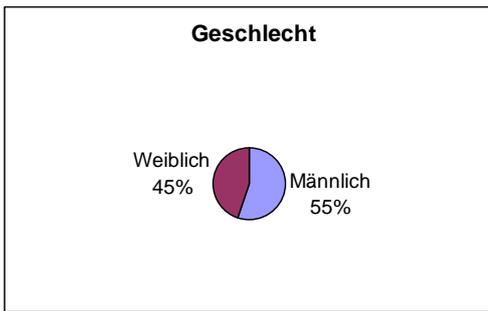
[⊕] Erlass der Regierung vom 24. Februar 2005 zur Umsetzung der Sparmaßnahmen in den Tagesstätten und Wohnheimen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Belegung Tagesstätten 2007

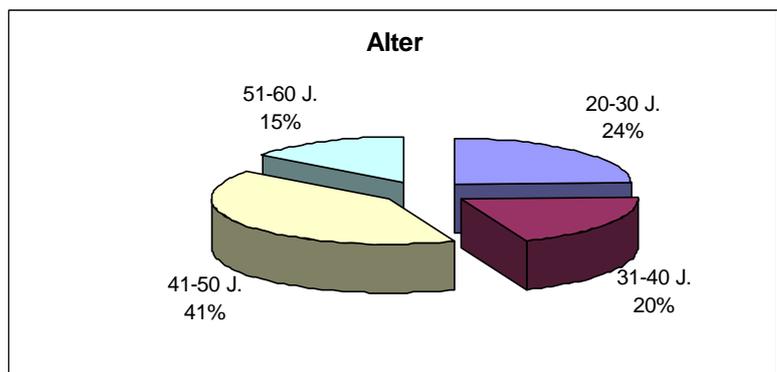
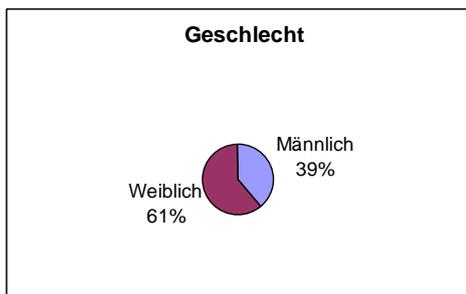
| | | Tagesstätte Kelmis | Tagesstätte Eupen | Tagesstätte Meyerode | Tagesstätte Eisenborn |
|------------------------|--------------------------|-----------------------|----------------------|-------------------------|--------------------------|
| Anzahl Personen | | 29 | 41 | 28 | 11 |
| | davon in KA neue 2007 | 2 | 2 | 1 | 0 |
| | beendete 2007 | 1 | 0 | 1 | 1 |
| Geschlecht | Männlich | 16 | 16 | 14 | 3 |
| | Weiblich | 13 | 25 | 14 | 8 |
| Alter | <20 J. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | 20-30 J. | 11 | 10 | 7 | 4 |
| | 31-40 J. | 8 | 8 | 6 | 6 |
| | 41-50 J. | 5 | 17 | 8 | 2 |
| | 51-60 J. | 4 | 6 | 8 | 0 |
| | >60 J. | 1 | 0 | 0 | 0 |
| | ohne Angabe | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gemeinde Süden | Amel | 0 | 1 | 5 | 2 |
| | Büllingen | 0 | 0 | 5 | 0 |
| | Burg-Reuland | 0 | 0 | 3 | 1 |
| | Bütgenbach | 0 | 0 | 1 | 4 |
| | St. Vith | 0 | 0 | 13 | 3 |
| | Total Süden | 0 | 1 | 27 | 10 |
| Norden | Eupen | 1 | 24 | 0 | 0 |
| | Kelmis | 8 | 6 | 0 | 0 |
| | Lontzen | 6 | 1 | 0 | 0 |
| | Raeren | 7 | 7 | 0 | 1 |
| | Total Norden | 22 | 38 | 0 | 1 |
| | Franz. Gem. | 7 | 2 | 1 | 0 |
| | ohne Angabe | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Behinderungsart | Geistige Behinderung | 17 | 31 | 24 | 4 |
| | Autismus | 3 | 2 | 0 | 4 |
| | Körperliche Behind. | 0 | 1 | 1 | 1 |
| | Lernbehinderung | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Mehrfachbehinderung | 9 | 3 | 1 | 1 |
| | Psychische Behind. | 0 | 1 | 1 | 1 |
| | Neurol. Behinderung | 0 | 3 | 1 | 0 |
| | Verhaltensauffälligk. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | ohne Angabe | 0 | 0 | 0 | 0 |

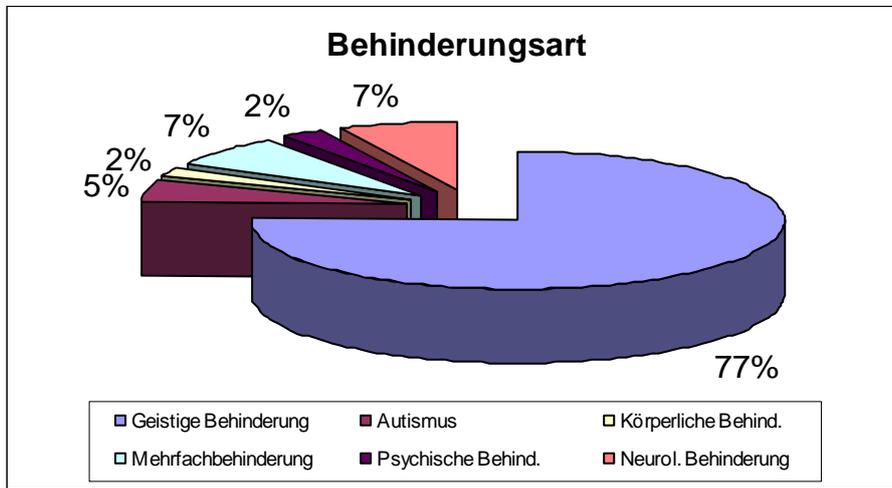


Detaillierte Grafiken für die Tagesstätte Kelmis

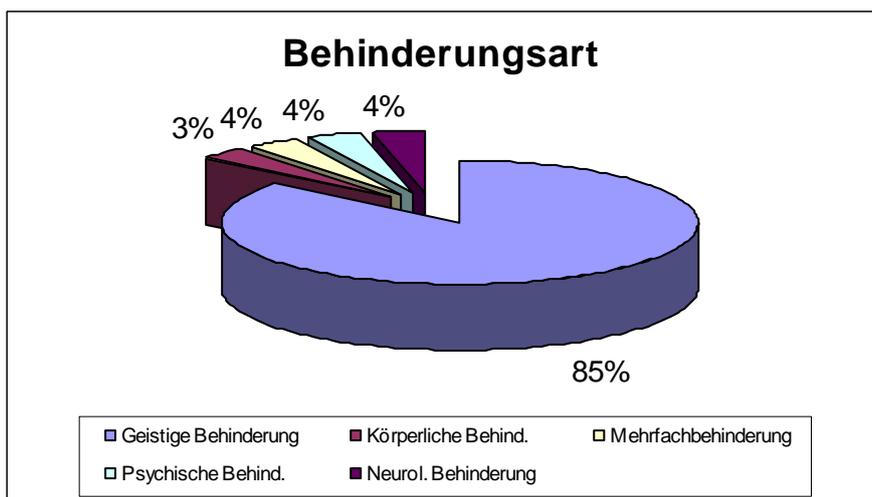
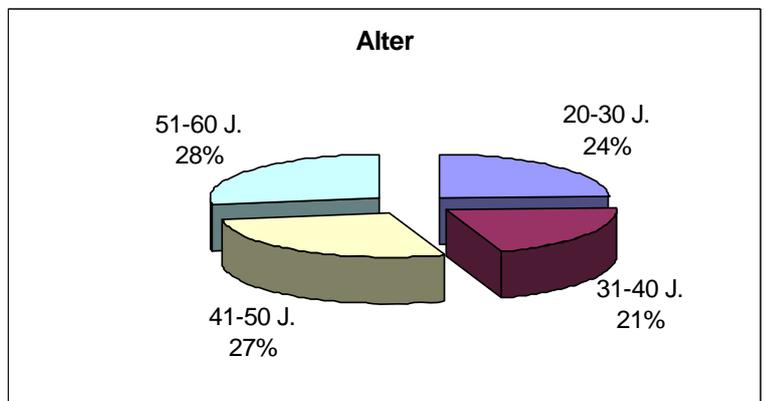
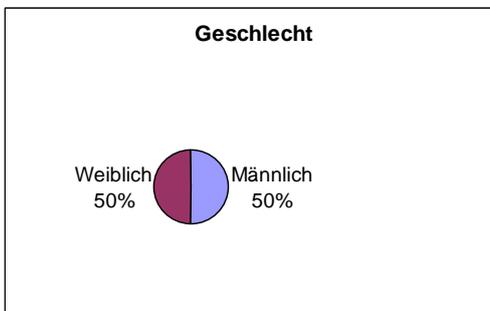


Detaillierte Grafiken für die Tagesstätte Eupen

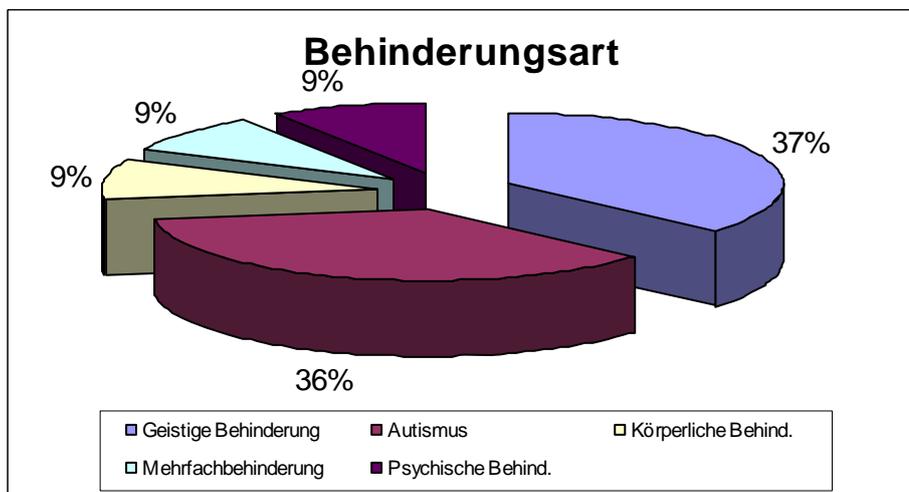
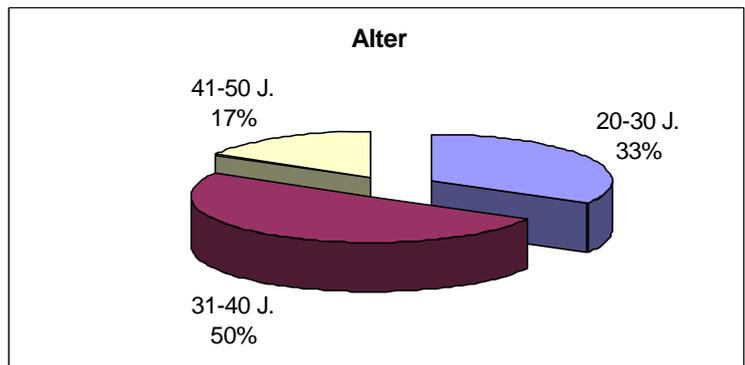
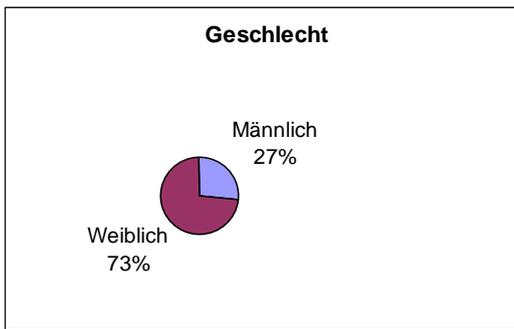




Detaillierte Grafiken für die Tagesstätte Meyerode



Detaillierte Grafiken für die Tagesstätte Eisenborn



Nebenstandort Tierhof „Alte Kirche“ in Hergenrath

Die DPB kofinanziert seit August 2004 das Integrationsprojekt zur Ausbildung und Beschäftigung **psychisch behinderter Menschen** am Tierhof „Alte Kirche“ in Hergenrath. Im Jahre 2007 wurden 9 Personen mit psychischer Behinderung ausgebildet bzw. beschäftigt (7 mit AP-Vertrag und 2 in AIB-Verträgen).

Personalstand pro Arbeitsbereich in 2007

| Arbeitsbereich | Psych. Beh. Teilnehmer | Dienstleiter | Mitarbeiter | Hilfspersonal |
|----------------------------------|--|------------------------------------|-----------------------|----------------------------|
| Leitung/Koordination | | 1 = 0,5 VZE Kader (Cheferzieherin) | | |
| Betreuung | | 1 = 0,5 VZE BVA | | 0,3 VZE Praktikum Erzieher |
| Gastronomie, Verkauf, Restaurant | 2 = 1 VZE | 1 VZ BVA | 1 VZ SINE über adapta | 1 VZ Art 60 |
| Tierpflege | 6 = 2,2 VZE | 1 VZ Kader (Landwirt) | | 1 VZE Art 60 |
| Technischer Dienst | 1 = 0,4 VZE | 0,5 VZE SINE | | |
| Verwaltung | | | 1 PmB 0, 4 VZE adapta | |
| Animation | 4 (1,8 VZE) = Teilnehmer gleichzeitig auch in Tierpflege | | | |

Weiterentwicklung von Projekten in Tagesstätten

Die Ausbildung in **Naturschutz und Landschaftspflege** ist für die Beschäftigung **schwerbehinderter Menschen** ein wichtiges Projekt. Die Projektkosten werden zur Hälfte über einen Beschäftigungshaushalt des Ministeriums der DG (BVA-Maßnahmen) und zur Hälfte von der Dienststelle (Personal- und Betriebskosten) getragen. **2006** verlängerte der Verwaltungsrat das in der **Eupener Tagesstätte „Am Garnstock“** angesiedelte Projekt um ein weiteres Jahr, d.h. bis zum 31.12.2006.



Zum Konzept der **Tagesstätte Meyerode** gehören auch so genannte „kreative Ateliers“. Hier können Menschen mit Behinderung ihrer Kreativität freien Lauf lassen. Die Produkte wie zum Beispiel Malereien oder Adventskränze werden in den beiden **TS-Lädchen** verkauft. Das im November 2007 eröffnete TS-Lädchen im Zentrum von St.Vith passt ins Konzept eines Ortes der Begegnung von behinderten und nicht-behinderten Menschen: Eine offene Anlaufstelle für Menschen mit und ohne Behinderung.



3.5. MATERIELLE UND SOZIALE HILFEN

3.5.1. Angepasste und andere neue Regelungen

Anträge von Menschen mit Behinderung über 65 Jahre

Bezuschussungen für Wohnungsanpassungen und Hilfsmittel zur Mobilität und Selbstständigkeit sind seit dem 1.1.2005 ausgesetzt – es sei denn, die erste genehmigte Anschaffung erfolgte vor Erreichen des Alters von 65 Jahren.

Beratung und Gutachten bleiben weiterhin kostenfrei. Die Ausleihe von Hilfsmitteln wurde indessen verstärkt.

* * *

Vereinfachung zur Anschaffung von Rollstühlen - Neue Nomenklatur



Im Jahr 2005 ist eine neue Nomenklatur des LIKIV in Kraft getreten, die zu einer Harmonisierung der Kooperation zwischen dem Föderalstaat in den Regionen und Gemeinschaften (Fonds zur Integration von Personen mit Behinderung wie die DPB) führt: Krankenkassen sind nun ausschließlich für die so genannte Erstversorgung mit einem Rollstuhl zuständig. Die Aufgabe der Fonds besteht darin, die so genannte Zweitversorgung sowie eine Beteiligung an den Reparaturkosten von beiden Rollstühlen zu gewähren.

In 2006 wurde eine erste Evaluation der neuen Prozeduren und der neuen Nomenklatur gestartet. Diese wird in 2007 im Rahmen der entsprechenden Kommission des LIKIV, in der die Dienststelle einen Vertreter entsendet, fortgeführt.

Im Rahmen dieser Neuregelung verfügt die DPB über ein eigenes pluridisziplinäres Team in Kooperation mit dem „**Revalidatiecentrum Hoensbroek**“ und dem „**Kinderrevalidatiecentrum Valkenburg**“. Im Jahre 2007 wurden neun Expertisen erstellt (2 Kinder, 7 Erwachsene).

Überarbeitung der Regelungen für die materiellen und sozialen Hilfen

Zwei Mal jährlich nimmt der Verwaltungsrat eine Aktualisierung der Regelungen vor (Anpassung der Beteiligungsbeträge sowie Einführung von neuen Hilfsmitteln im „**Buch der Regelungen**“).

Centre d'Adaptation à la Route pour Automobilistes Handicapés (CARA)

Die Dienststelle greift im Rahmen der Beratung und Zuschussung bei Wagenanpassungen (11 im Jahre 2007, 10 im Jahre 2006, 5 im Jahre

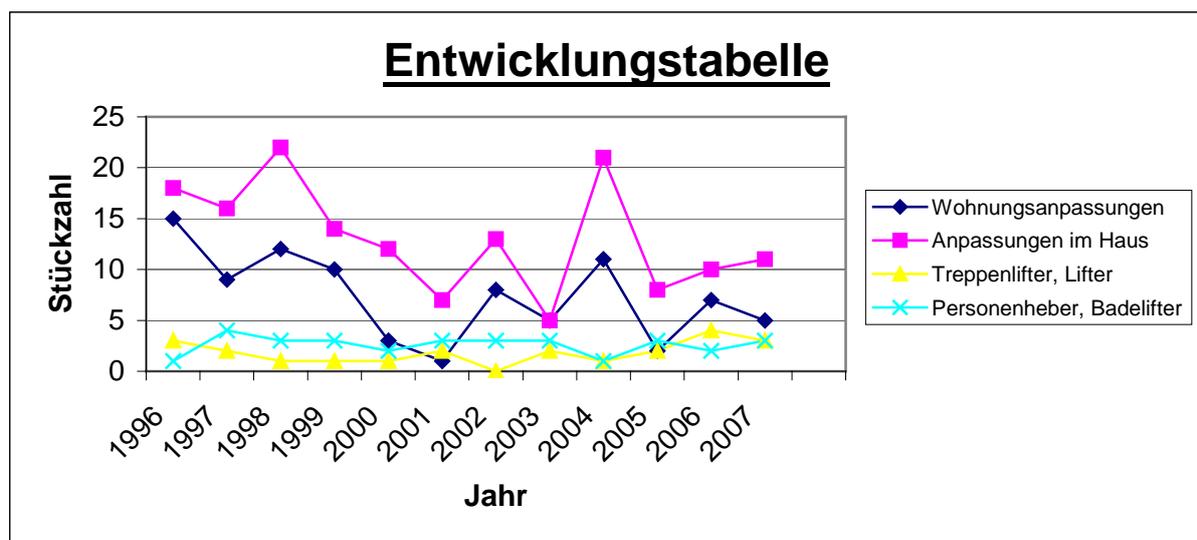


2005) grundsätzlich auf das Zentrum zur Anpassung an den Straßenverkehr zurück (eine Abteilung des Belgischen Instituts für Verkehrssicherheit). Der Facharzt des CARA erstellt ein Gutachten, das der betroffenen Person Auskunft darüber gibt, ob und mit welchen technischen Anpassungen sie in der Lage sein wird, einen Wagen zu fahren. Das CARA ist die offizielle belgische Instanz zur Genehmigung von Wagenanpassungen und stellt darüber hinaus angepasste Fahrzeuge für die Fahrschulen zur Verfügung.

3.5.2. Leistungen

| <i>Materielle Hilfen für Personen unter 65 Jahren</i> | | | | | | | | | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------|-----------|-----------|------------|
| <i>Art des Materials:</i> | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
| Wohnungsanpassungen | 15 | 9 | 12 | 10 | 3 | 1 | 8 | 5 | 11 | 2 | 7 | 5 |
| Anpassungen im Haus | 18 | 16 | 22 | 14 | 12 | 7 | 13 | 5 | 21 | 8 | 10 | 11 |
| Wagenanpassungen | 6 | 6 | 1 | 4 | 4 | 4 | 3 | 13 | 7 | 8 | 12 | 10 |
| Rollstühle, Dreiräder | 5 | 10 | 11 | 5 | 6 | 6 | 10 | 9 | 13 | 11 | 3 | 6 |
| Treppenlifter, Lifter | 3 | 2 | 1 | 1 | 1 | 2 | 0 | 2 | 1 | 2 | 4 | 3 |
| Personenheber, Badelifter | 1 | 4 | 3 | 3 | 2 | 3 | 3 | 3 | 1 | 3 | 2 | 3 |
| Sitz-, Steh-, Aufrichthilfe | 6 | 4 | 10 | 10 | 1 | 7 | 2 | 2 | 4 | 9 | 16 | 9 |
| Arbeitsplatzanpassungen | 3 | 2 | 1 | 6 | 5 | | 2 | 0 | 0 | 1 | 0 | 2 |
| Hilfen für Hörgeschädigte | 2 | 3 | 8 | 2 | 6 | 10 | 2 | 10 | 9 | 1 | 6 | 17 |
| Hilfen für Sehgeschädigte | 2 | 2 | 2 | 6 | 2 | 3 | 5 | 4 | 12 | 17 | 15 | 4 |
| Pflegebetten | 2 | 5 | 6 | 1 | 2 | 6 | 1 | 4 | 6 | 2 | 2 | 4 |
| Pädagog. Hilfen (Computer u.ä.) | 0 | 3 | 7 | 9 | 5 | 6 | 8 | 3 | 7 | 5 | 3 | 7 |
| Tragbare Telefone | 0 | 3 | 3 | 3 | 6 | 2 | 1 | 0 | 1 | 3 | 1 | 4 |
| Kleine Hilfen | 2 | 5 | 3 | 8 | 11 | 3 | 12 | 4 | 4 | 2 | 3 | 9 |
| Antidekubitus | | | | | | | | | 3 | 4 | 1 | 4 |
| Sonstiges | | | | | | | | | | 11 | 14 | 15 |
| Total | 65 | 74 | 90 | 82 | 66 | 60 | 70 | 64 | 100 | 89 | 99 | 113 |

*Bemerkung: Bei den Anfragen „Sonstiges“ handelt es sich überwiegend um Unterhaltskosten für von der Dienststelle bezuschusstes Material.



Soziale Hilfen (unter 65 Jahre)

| Beschreibung der Hilfe: | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Inkontinenzmaterial, besondere Salben, Nahrungssonden, Kompressionskleidung usw. | 41 | 58 | 54 | 68 | 54 | 44 | 7 | 5 | 9 | 9 | 3 | 2 |
| Hilfen und Begleitung zur Bewältigung des Alltags (Förderung konduktive Pädagogik, Erlernen der Braille-Schrift, etc.) | - | 1 | 3 | 3 | 4 | 6 | 9 | 8 | 13 | 20 | 23 | 29 |
| Fahrtkosten | 5 | 2 | 3 | 6 | 2 | 3 | 7 | 6 | 13 | 17 | 14 | 14 |
| Sonstiges | 2 | 1 | 1 | 2 | 3 | 4 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 |
| Total | 48 | 62 | 61 | 79 | 63 | 57 | 24 | 19 | 35 | 47 | 41 | 46 |

Ab 2002 handelt es sich lediglich um besondere Salben, Nahrungssonden, Perücken und Antidekubitusmaterialien.

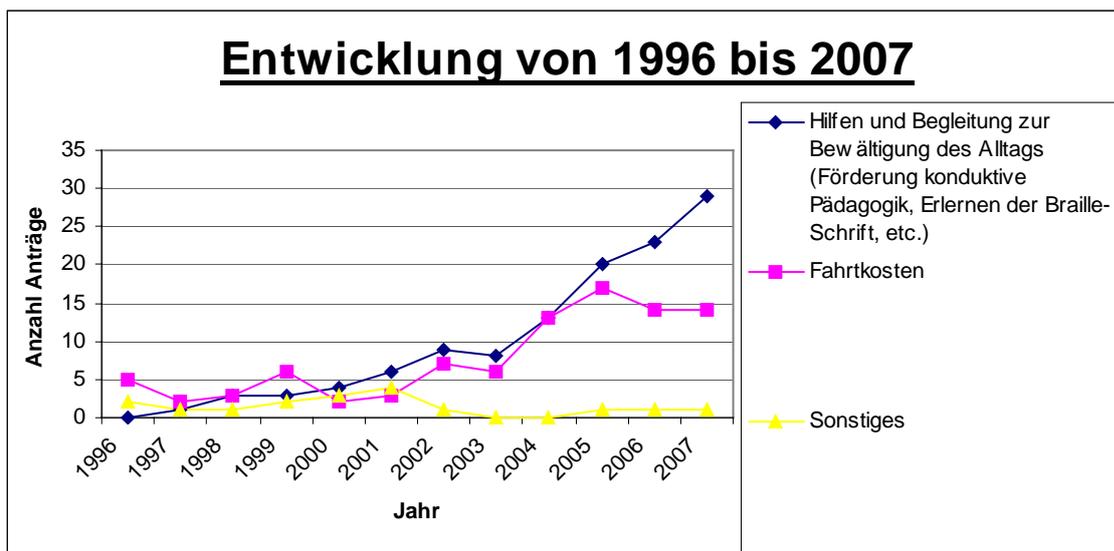
+ 14 Begleitungen l'Epée

+ 8 Begleitungen l'Epée

+ 7 Begleitungen l'Epée

+ 7 Begleitungen l'Epée

Entwicklung von 1996 bis 2007



Braille-Liga

Die Dienststelle bezuschusst gewisse Dienstleistungen der **Braille-Liga**, die für sehbehinderte Menschen verrichtet werden (z.B. Erlernen der Eigenständigkeit in den Belangen des Alltags, der Führung eines Blindenhundes, des Weges zu einem neuen Arbeitsplatz, der Braille-Schrift usw.). Ebenfalls beauftragt die Dienststelle Experten der Braille-Liga, wenn sehbehinderte Personen einen Antrag auf ein angepasstes Hilfsmittel stellen. Im Jahre 2007 wurde kein Gutachten erstellt (2005: 10 Personen - 2004: 20 Personen). Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Braille-Liga über keinen deutschsprachigen Mitarbeiter mehr verfügt, die Dienststelle diese Beratungen nun aber größtenteils in Eigenregie durchführt. Die Ergotherapeutin der Dienststelle wurde entsprechend durch die Mitarbeiter der Braille-Liga geschult. Bei Bedarf greift die Dienststelle zusätzlich auf die Dienstleistungen anderer spezialisierter Dienstleistungsanbieter zurück (Sehbehindertenzentren in Deutschland, La Lumière in Lütlich).

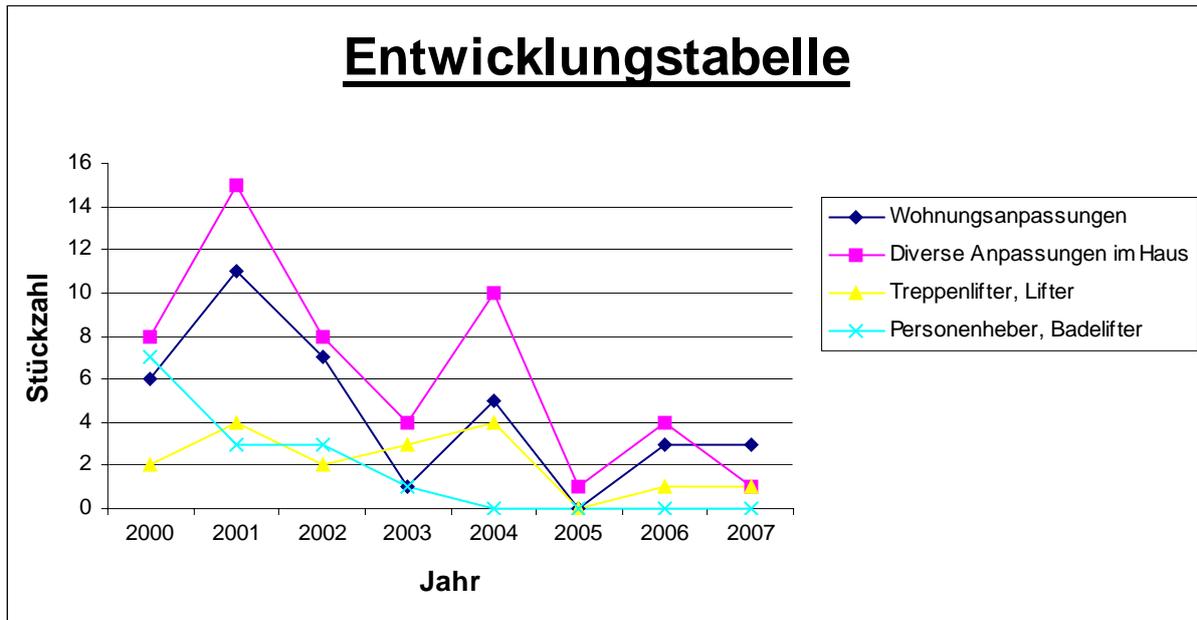
Im Jahr 2007 sind 85 Menschen, die älter als 65 Jahre sind (2006: 64), in der Dienststelle eingeschrieben worden (s. hierzu Tabelle „Neuanträge“ auf Seite 5). Für diese Altersgruppe sind folgende materielle

| Materielle Hilfen für Personen über 65 Jahren | | | | | | | | |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Art des Materials: | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
| Wohnungsanpassungen | 6 | 11 | 7 | 1 | 5 | 0 | 3 | 3 |
| Diverse Anpassungen im Haus | 8 | 15 | 8 | 4 | 10 | 1 | 4 | 1 |
| Wagenanpassungen | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 2 | 1 |
| Rollstühle, Dreiräder | 1 | 2 | 3 | 0 | 2 | 0 | 0 | 2 |
| Treppenlifter, Lifter | 2 | 4 | 2 | 3 | 4 | 0 | 1 | 1 |
| Personenheber, Badelifter | 7 | 3 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sitz-, Stehhilfen, Aufrichthilfe | 7 | 4 | 3 | 0 | 3 | 0 | 4 | 1 |
| Arbeitsplatzanpassungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Hilfen für Hörgeschädigte | 2 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Hilfen für Sehgeschädigte | 4 | 1 | 4 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Pflegebetten | 6 | 0 | 2 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Computer u.ä. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Tragbare Telefone | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Kleine Hilfen | 1 | 2 | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 0 |
| Antidekubitus | | | | | 3 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstiges | 1 | 0 | 0 | 0 | 3 | 1 | 1 | 1 |
| Total | 46 | 42 | 35 | 11 | 35 | 3 | 18 | 12 |

Hilfen geleistet worden:

* Bemerkung: Seit 1.1.2005 gibt es keine Bezuschussung mehr für Personen über 65 Jahren – es sei denn, die erste genehmigte Anschaffung erfolgte vor Erreichen des Alters von 65 Jahren.





3.5.3. Ausleihmaterial

Seit dem Jahre 2004 existiert zwischen der **Dienststelle und der Lokalsektion Amel des Roten Kreuzes** ein **Kooperationsabkommen**: Die Dienststelle garantiert die Beratung von betroffenen Menschen und verleiht nur noch kleinere Hilfsmittel wie Leselupen und Badelifte. Das Rote Kreuz lagert die Hilfsmittel und bringt sie zu den betroffenen Personen hin und holt sie wieder ab, wenn sie nicht mehr benötigt werden.

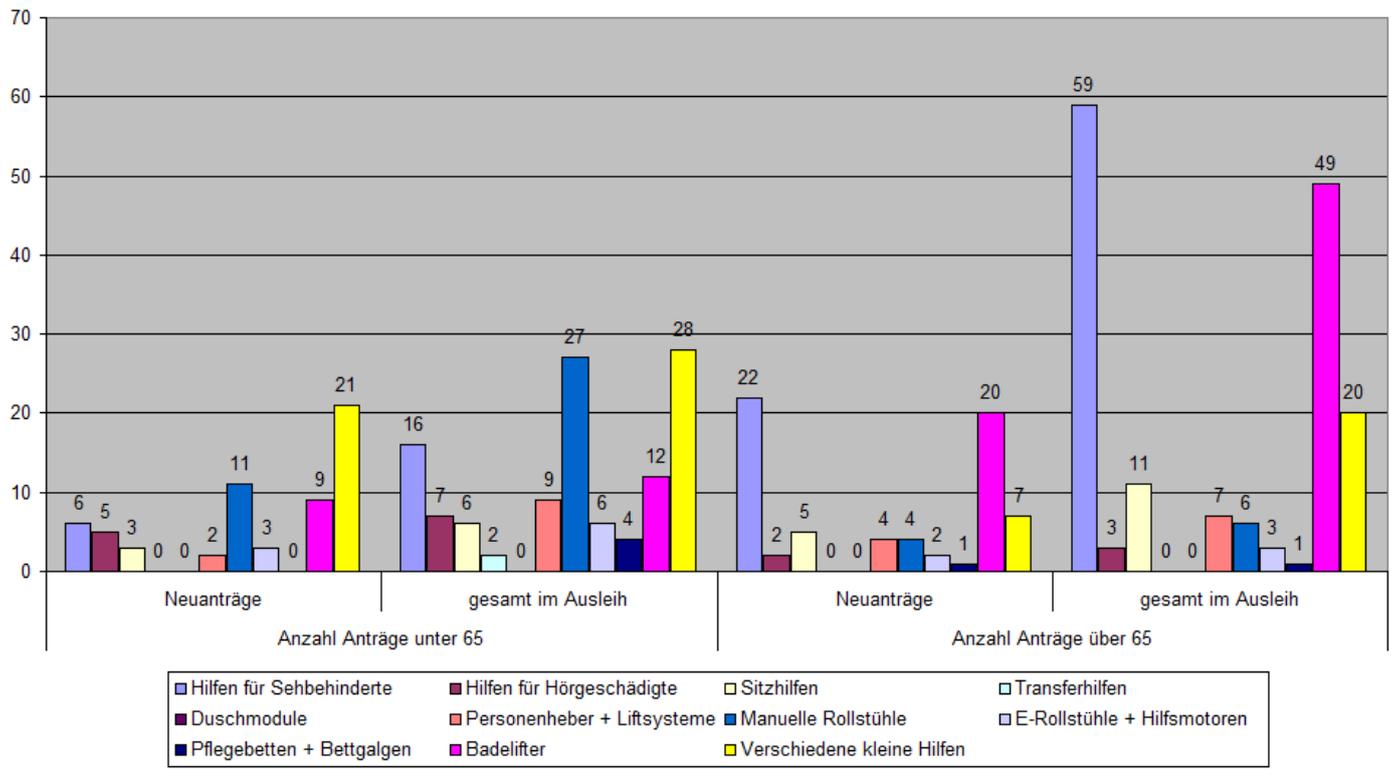
Ausleihmaterial wird entweder ausgeliehen, weil es nur für einen bestimmten Zeitraum erforderlich ist oder weil die Lieferfrist für Neumaterial überbrückt werden muss.

Im Zusammenhang mit dem Ausleihmaterial wird auch auf die Angebote der **Ludothek Büllingen** hingewiesen, die angepasste Spiele und Musikinstrumente verleiht.

Folgende Grafik verdeutlicht, welche Art von Hilfsmitteln im vergangenen Jahr ausgeliehen worden sind:



2007



3.6. MOBILITÄT UND ZUGÄNGLICHKEIT



Für 3 bis 4% der Bevölkerung stellen z.B. Treppen und Bordsteine ein großes Hindernis dar. 2,5‰ sind auf einen Rollstuhl angewiesen. Auch viele ältere Menschen, Eltern mit Kinderwagen, sehbehinderte und hörgeschädigte Menschen, Menschen mit Herz-, Atem- oder Rheumabeschwerden, vorübergehend Unfallgeschädigte usw. sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Somit bietet eine gute Zugänglichkeit auch eine Verbesserung der Lebensqualität für ALLE Menschen.

3.6.1. Beratung und Überprüfung der Zugänglichkeit

Die Dienststelle bietet Information und konkrete professionelle Beratung und Überprüfung zu behindertengerechtem Planen, Bauen und Umbauen an: 2007 hat die Architektin Elisabeth Heck 32 Anfragen bearbeitet.

3.6.2. Seminarangebote im Bereich Zugänglichkeit

Die Dienststelle unterbreitet den betreffenden Berufsgruppen (Architekten, Bauherren, Handwerker, usw.) wie auch den Behörden (Deutschsprachige Gemeinschaft und Behörden) regelmäßig gezielte Seminarangebote zum Thema Zugänglichkeit an. Ziel dieser Seminare soll auch sein, dass die Seminarteilnehmer als Multiplikatoren fungieren. 2007 hat die DPB keine Seminare angeboten. Allerdings hat von „Euregio for all“ am 01.06.2007 eine Konferenz zum Thema „Vivre sans barrières“ in Verviers stattgefunden. Hier hat Herr Helmut Heinen, Geschäftsführender Direktor der DPB, einen Vortrag gehalten.

3.6.3. Überarbeitung der gesetzlichen Bestimmungen zur Zugänglichkeit

Der „Code wallon de l'aménagement du territoire de l'urbanisme et du patrimoine“ (CWATUP) ist anwendbar bei Bau- oder Umbauprojekten, die eine Baugenehmigung benötigen. Die Dienststelle hat die Bestimmungen des CWATUP ergänzt und verbessert, damit alle von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschussten Projekte diese Bestimmungen berücksichtigen (die Normen der Dienststelle werden auch von den anderen Regionen als Maßstab eingesetzt).

Diese Normen wurden im Rahmen einer Arbeitsgruppe (mit außenstehenden Experten und Vertretern des Infrastrukturdienstes des Ministerium und der Dienststelle) im Jahr 2006 überarbeitet.

Aus diesem Grund hat die DPB den so genannten Zugänglichkeitserlass („Erlass der Regierung vom 12. Juli 2007 zur Festlegung der Bestimmungen zur behindertengerechten Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen“) ausgearbeitet, der nur noch ein Subventionen mit öffentlichen Gel-



dern vorsieht, wenn Zugänglichkeitskriterien eingehalten worden sind. Geld wird erst gezahlt, wenn die Kriterien erfolgreich umgesetzt worden sind. Seit dem 2. Dezember 2007 ist der Erlass anwendbar.

3.6.4. Zugänglichkeit zu Produkten und Dienstleistungen

Die Dienststelle hat eine Checkliste erstellt, mit deren Hilfe Anbieter von Produkten und Dienstleistungen bei ihren Kunden im Vorfeld erfragen sollen, welche besonderen Bedürfnisse sie haben (z.B. Gebärdensprachdolmetscher, Dokumente in Brailleschrift, Bedarf an einer Begleitperson, etc.), um diese entsprechend erfüllen zu können.

Diese Checkliste soll von allen Behörden, Diensten und Dienstleistern der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Anbietern bei jedem Kundenkontakt mit behinderten Menschen systematisch mitgeliefert werden.

* * *

Grenzüberschreitendes Projekt „Eurecard/EureWelcome“ sowie „Euregio for all“



Das euregioweite Projekt „**Eurecard**“, bzw. „**EureWelcome**“ setzt sich für die Verbesserung der Mobilität und Zugänglichkeit von Menschen mit Behinderung ein – im kulturellen, touristischen und sportlichen Bereich. Die aus den beiden Projekten gewonnenen Synergien werden in dem Projekt „**Euregio for all**“ weiter genutzt: Die sieben Regionen und Länder möchten dem Ziel einer Partizipation behinderter Menschen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens grenzüberschreitend näher kommen. Die **Verbesserung der Zugänglichkeit, d.h. die Barrierefreiheit in den Städten und Gemeinden** ist das vorrangige Ziel von „Euregio for all“. Gemeinden und Städte sollten nicht nur über eine vorbildliche räumliche Zugänglichkeit zu Gebäuden und Anlagen verfügen: Auch die aktive Teilhabe an Aktivitäten im kulturellen, sportlichen und touristischen Bereich, ein gleichberechtigter Zugang zur Bildung, Beschäftigung, beruflichen Ausbildung und Qualifizierung sowie individuell angemessene integrierte Wohnformen sind wichtig, um behinderten Menschen einen echten Zugang zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen.

Die sieben Partner von „Euregio for all“ sind:

- das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mit seinem Partner, dem Versorgungsamt Aachen (D)
- das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (D)



- das Ministerium für Familie und Integration Luxemburg mit seinem Partner Info-Handicap (L)
- die Provinz Niederländisch Limburg mit ihrem Partner, dem iRv (NL)
- die Provinz Belgisch Limburg (B)
- die Wallonische Region mit ihrem Partner, die AIGS (B)
- die Deutschsprachige Gemeinschaft mit Ihrem Partner, die Dienststelle für Personen mit Behinderung (B)

Mitte Oktober 2005 wurde das Projekt „Euregio for all“ von der Euregio-Maas-Rhein (Belgisch und Niederländisch Limburg, Lüttich, Nordrhein-Westfalen und Deutschsprachige Gemeinschaft) und von DeLux (Rheinland-Pfalz und Luxemburg) als förderwürdiges Interreg III-Projekt anerkannt.

Euregional konzipierte Schulungen und Seminare wurden zwecks Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den 7 Partnerregionen durchgeführt. Zum Abschluss wird ein euregioweiter Wettbewerb positiver Beispiele stattfinden und zu Auszeichnungen führen: 64 Einschreibungen aus den 7 Partnerregionen des grenzüberschreitenden Projektes „**Euregio for all**“ gibt es zu vermelden. Davon sind 29 Beiträge aus Belgisch Limburg, der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Lüttich, Luxemburg, Nordrhein-Westfalen und Niederländisch Limburg nominiert und in die so genannte „Short List“ aufgenommen worden. Anfang 2008 nimmt die Jury Kontakt mit den 29 Bewerbern auf, um sich ihr eigenes Bild vor Ort zu machen (Rundgang und Interview). Die Preisverteilung wird am 12. Juni 2008 in Aachen stattfinden. Die 29 nominierten Projekte werden in einem Katalog mit mustergültigen Beispielen („Best Practice“) aufgenommen.



3.7. AUS- UND WEITERBILDUNG

3.7.1. MODULARE ZUSATZAUSBILDUNG 2006-2008

Die Modulare Zusatzausbildung (MZA) ist eine Ausbildung, die in regelmäßigen Abständen im Rahmen des Programms der Aus- und Weiterbildung von der Dienststelle angeboten wird.

Ziel ist, den Teilnehmern eine fachliche und persönliche Qualifikation zu vermitteln, damit sie ihrer speziellen Aufgabenstellung im Alltag mit behinderten Menschen gerecht werden können. Der 5. (und vorerst letzte) Zyklus der Modularen Zusatzausbildung hat im September 06 begonnen und wird im Mai 2008 enden.

In 2007 haben Kurse zu folgenden Themen stattgefunden: Psychische Behinderung, Umgang mit Suchtproblemen am Arbeitsplatz, Geistige Behinderung (Teil 2), die Beschützenden Werkstätten (Allgemeine Zielsetzung / Organisation und Struktur, Finanzierung), die Tagesstätten (Allgemeine Zielsetzung, Organisation und Struktur, Finanzierung), Kommunikation im Betrieb/ Teamarbeit, Besichtigung Betrieb („Beschutte Werkplaats Waak“ in Kuurne/ Flandern), Zivil- und sozialrechtliche Aspekte (Arbeits- und Sozialrechtsfragen; die verschiedenen Statute der Personen mit Behinderung: verlängerte Minderjährigkeit, Vormundschaft, ...; gesetzliche Vorteile und Ersatzeinkünfte für Personen mit Behinderung), Wohnen und Freizeit, Beobachtungstechniken und Beobachtungsinstrumente, Führen und Motivieren, Systemische Vorgehensweisen/ Allgemeine Pädagogik und Sonderpädagogik, Arbeitsvorbereitung und Arbeitsplatzgestaltung (5 Tage), Individuelle Qualifizierung in der BW (2 Tage), Kommunikationsförderung bei Personen mit Behinderung/ Unterstützte Kommunikation, Mitarbeiter in Kooperation mit Eltern und Angehörigen, Umgang mit Aggressionen, Stress im Arbeitsalltag.

3.7.2. SEMINARE FÜR DIE MITARBEITER DER DIENSTE UND EINRICHTUNGEN

„Snoezelen“ zur Verdeutlichung, dass der Snoezelraum viele Ansätze bietet die Person mit Behinderung zu beobachten. Hierauf aufbauend kann der Begleiter die Person mit Behinderung und ihr Verhalten besser verstehen und die Begleitung im Alltag an die Bedürfnisse und Interessen der Person anpassen.

Erwachsene Menschen mit autistischer Behinderung: Besonderheiten in ihrer Lebens- und Arbeitssituation; Konsequenzen für Mitarbeiter und Institutionen



Basiskurs für Begleiter behinderter Menschen (Konzept und Grundlagen der Behindertenpolitik in der DG, Definition von Behinderung, Selbstbestimmung und Kommunikation, Geistige Behinderung, Leitfaden zur Beratung)

Boardmaker: Einführung eines Einheitlichen Piktogrammsystems in der DG

3.7.3. SEMINARE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Selbstbestimmung und Selbstvertrauen (Auch ich habe Rechte und trage Verantwortung wie jeder andere Bürger auch!)

Natur erleben mit allen Sinnen (kofinanziert von Euregio For All)

3.7.4. SCHULUNGEN FÜR FREIZEITANIMATOREN

Ziel dieser Schulungen ist, die Gesellschaft für die Belange von Menschen mit einer Behinderung zu sensibilisieren und somit ihre Integration im Freizeitbereich zu unterstützen.

Folgende Schulungen fanden in 2007 statt:

Schulungen im Rahmen bestehender Animatorenausbildungen in der DG (Sportanimation, Jugend und Gesundheit, Rat der Deutschsprachigen Jugend)

Schulungen in eigener Regie (kofinanziert von Euregio For All)



3.8. Zusammenarbeit mit außenstehenden Einrichtungen und Dienstleistungsanbietern

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt einen wichtigen Faktor dar, damit die Mobilität von Menschen mit Behinderung erhöht und die sich ihnen eröffnenden Möglichkeiten zur Lebensbewältigung vergrößert werden. Dies gilt insbesondere für betroffene Menschen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die nicht alle angemessenen Dienstleistungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft finden können.

Kooperation mit dem europäischen Berufsbildungswerk EURO BBW in Bitburg

Das europäische Berufsbildungswerk (EURO BBW) in **Bitburg** beruht auf einer grenzüberschreitenden Initiative. Das Großherzogtum Luxemburg, die Wallonische Region, die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens sowie das Land Rheinland-Pfalz haben im September 1999 in Trier vereinbart, besondere Anstrengungen zur beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung behinderter und benachteiligter Jugendlicher zu unternehmen. Gerade in der Grenzregion zwischen Belgien, Deutschland und Luxemburg mit ihrer relativ geringen Bevölkerungsdichte haben junge Menschen mit geistigen, körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen Hindernisse zu überwinden, um überhaupt eine geeignete Berufsausbildung zu erlangen. Durch das Berufsbildungswerk soll mehr Chancengleichheit durch eine gute berufliche Ausbildung hergestellt werden.

Das EURO BBW steht unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und bietet Berufsfindungs- und Arbeitserprobungsmaßnahmen sowie qualifizierende Ausbildungen in den Bereichen Küche, Gärtnerei, Recycling, Wirtschaft (Handel), Ausbildung, ... an.

Das EURO BBW soll den Lehrgangsteilnehmern eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen, die in den Partnerländern anerkannt wird. Hiermit wird die Forderung nach Erfüllung des Prinzips der Mobilität von Arbeitnehmern in der Europäischen Union nachhaltig gestärkt und die grundlegende Voraussetzung dafür geschaffen, in einem Partnerland der Wahl nicht nur eine Ausbildung zu absolvieren, sondern auch arbeiten und wohnen zu können.

Aufgrund ihrer Nähe zu den westeuropäischen Nachbarstaaten eignet sich die Stadt Bitburg besonders als Standort für die Realisierung des Konzeptes grenzüberschreitender beruflicher Rehabilitation. Mit diesem Anspruch begeht das EURO BBW innovative Wege in Europa und stellt daher ein Modell dar.



Ein aus Fachleuten der verschiedenen Partnerregionen gebildeter **Beirat** begleitet die Ausbildungs- und Qualifizierungsprojekte. Er steht unter dem Vorsitz des Direktors der Dienststelle, die als offizieller Partner des EURO BBW bislang regelmäßig eine bis zwei Personen in eine Berufsfindungs- und Arbeitserprobungsmaßnahme dieses Zentrums orientieren konnte.

Kooperation mit der Beschützenden Werkstätte für psychisch Behinderte bzw. Erkrankte EUWECO in Weinsheim (bei Prüm)



Die EUWECO, Europäische-Werkstätten-Cooperation, ist eine gemeinnützige Einrichtung in Weinsheim bei **Prüm**. Die EUWECO ist eine anerkannte Werkstätte für behinderte Menschen und steht vornehmlich Menschen mit einer psychischen Erkrankung bzw. Behinderung zur Verfügung. Die EUWECO arbeitet sowohl nach wirtschaftlichen Grundsätzen als auch unter Berücksichtigung sozialer, d.h. pädagogischer, therapeutischer, medizinischer und psychologischer Faktoren. Die psychisch behinderten Menschen werden in ihrer Persönlichkeit gefördert, erhalten berufliche Bildungsmaßnahmen und sind zugleich sinnvoll tätig.

Angesichts der Unvereinbarkeiten in der Sozialgesetzgebung (insbesondere was die Arbeitsverträge anbelangt) konnte jedoch bisher kein Arbeitnehmer aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft dort beschäftigt werden. Selbst über AP-Vertrag haben wir bisher niemanden dorthin orientieren können.

Kooperation mit dem Seminar- und Begegnungszentrum EUVEA in Neuerburg

Die EUVEA ist eine gemeinnützige Bildungs-, Freizeit- und Begegnungsstätte in **Gerolstein** (mit Gesellschaftssitz in Neuerburg). Sie ist eine europäische Vereinigung für Menschen mit Behinderung aus deutschen Eifel- und Ardennenlanden sowie angrenzenden Regionen. Als GmbH zählt sie 10 Gesellschafter – allesamt Behindertenorganisationen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg.

Ziel ist die Förderung behinderter Menschen, deren Angehöriger und Freunde sowie aller in der Behindertenarbeit tätigen Gruppierungen auf europäischer Ebene. Umgesetzt wird dieses Ziel in den Bereichen Freizeit und Begegnung mit der Absicht, behinderte Menschen zu unterstützen und Mithilfe zu leisten auf dem Weg zur gesellschaftlichen Integration.

Die Euvea betreibt ein Freizeit- und Tagungshotel, in dem behinderte Menschen im Service mitarbeiten. Familien mit behinderten Kindern und Gruppen nutzen regelmäßig die Angebote der EUVEA.



Aktion48 (CAP48)

Die Dienststelle hat erneut die Koordination der Spendenaktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehzentrums RTBF für die DG übernommen.

Zum 50. Jubiläum der Aktion 48 / CAP 48 konnte landesweit ein Spendenrekord von 3.313.995 € erzielt werden. In der DG wurden zwischen dem 5. und 14. Oktober 30.860 Euro durch den Verkauf der CAP 48-Fotohalter gesammelt. Hinzu kommen noch 1.145 Euro aus der BRF-Spendenhotline und eine Spende der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft von 5.000 Euro. Die Zusammenarbeit zwischen DPB und BRF (u.a. Spendenhotline, Radiospots, Beiträge in BRF 1, BRF 2 und BRF-TV) wurde in erster Linie genutzt, um über das Thema „Behinderung“ zu informieren – dies in Form verschiedener Beiträge, Live-Interviews (auch mit Menschen mit Behinderung) oder Kurz-Reportagen in Sendungen wie „Radiofrühstück“, „Gut Aufgelegt“, „Brasserie“, „Hitclub“ oder „Treffpunkt“.

Folgende Projekte aus der DG wurden in diesem Jahr zur Bezuschussung eingereicht: Die Behindertenstätten Eupen setzen auf eine Fortführung des Theaterprojektes »Das Leben in Bewegung«. Die Tagesstätte Hergenrath braucht einen neuen Minibus, die Frühhilfe Ostbelgien ist auf Geld zum Kauf neuer Räumlichkeiten im Zentrum Eupens angewiesen. Die Beschützende Werkstätte Meyerode möchte Baumaßnahmen durchführen.



3.9. Internationale Zusammenarbeit

3.9. Arbeit in europäischen Gremien

Die Dienststelle legt Wert darauf, zur Vertretung der Interessen der Menschen mit Behinderung aus unserer Gemeinschaft ihre Verantwortung neben den anderen belgischen Diensten für Menschen mit Behinderung (AWIPH, Vlaams Agentschap, Service Bruxellois) in bundesstaatlichen, europäischen und internationalen Gremien und Einrichtungen zu übernehmen. Da aus Personalgründen eine Teilnahme an allen daraus entstehenden Versammlungen, Seminaren und Arbeitsgruppen nicht möglich ist, wägt die Dienststelle jeweils Aufwand und Nutzen ab und sucht gegebenenfalls eine Zusammenarbeit zur gegenseitigen Vertretung mit den anderen Dienststellen Belgiens.

3.9.1. Europäische Kommission

Seit 1998 besteht auf EU-Ebene die so genannte „High Level Group on Disability“, ein Forum der für den Behindertenbereich zuständigen leitenden Beamten der 27 EU-Staaten. Die Vertretung Belgiens in diesem Gremium, dessen Ziel es ist, die Prioritäten und Politik der Regierungen auszutauschen und die EU-Kommission in behindertenspezifischen Themen zu beraten, erfolgt turnusmäßig durch die verschiedenen zuständigen föderalen, regionalen bzw. gemeinschaftlichen Behörden im Behindertenbereich – für die Deutschsprachige Gemeinschaft ist dies die Dienststelle für Personen mit Behinderung.

3.9.2. Europarat: Vom CD-P-RR zum CAHPAH

Der Geschäftsführende Direktor der Dienststelle für Personen mit Behinderung hat die Deutschsprachige Gemeinschaft im Ausschuss des Europarates für Rehabilitation und Integration von Personen mit Behinderung (CD-P-RR) vertreten und ist 2007 zu dessen letztem Vorsitzenden gewählt worden.

Das Ministerkomitee des Europarates hat am 05.07.2007 beschlossen, die Aufgaben des CD-P-RR ab 01.01.2008 an das neugeschaffene Forum zur Evaluation der Umsetzung des Aktionsplans des Europarates für Menschen mit Behinderung (CAHPAH) zu übertragen. Aufgabe des Forums ist die Evaluation der Umsetzung des Aktionsplans des Europarates vom 05.04.2006 für Menschen mit Behinderung in den Mitgliedsstaaten des Europarates.

In diesem Forum sind erstmals alle 47 Mitgliedsstaaten des Europarates vertreten, um behindertenspezifische Themen zu behandeln. Der Geschäftsführende Direktor der Dienststelle vertritt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch in diesem Forum.



3.9.3. Die Vereinten Nationen: Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Am 13. Dezember 2006 hat die UNO- Generalversammlung die „UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderungen“ gutgeheißen, die in den vergangenen Jahren ausgearbeitet worden war und zu der die zuständigen belgischen Körperschaften regelmäßig konsultiert wurden.

Der Eröffnungstermin für das Ratifizierungsverfahren war der 30. März 2007. Die Regierung der DG hat am 6.3.2007 die Vollmacht an den Außenminister erteilt, so dass Belgien die Konvention am Eröffnungstag unterzeichnen konnte. Unser Land zählte damit zu den ersten Unterzeichnerstaaten.

Am 03.04.2008 unterzeichnete Ecuador als 20. Land diese Konvention, wodurch sie am 03.05.2008 automatisch rechtskräftig wird.

Auf belgischer Ebene steht nun noch die Ratifizierung durch die Parlamente an.

Umsetzung des Aktionsplans des Europarates für Menschen mit Behinderung und der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Mit dem Aktionsplan des Europarates vom 5. April 2006 für Menschen mit Behinderung und der UN-Konvention vom 13. Dezember 2007 für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind zwei wichtige Dokumente für die Gestaltung einer auf den Menschenrechten basierenden und auf die Lebensqualität ausgerichteten Behindertenpolitik im kommenden Jahrzehnt und darüber hinaus verabschiedet worden.

Im Jahr 2008 wird ein Schwerpunkt sein, zu überprüfen, inwieweit die Bestimmungen dieser beiden Dokumente in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits umgesetzt werden bzw. aufzuzeigen, was noch zu tun ist, um ihre Umsetzung zu gewährleisten.

Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt.



4. FINANZEN

4.1. EINNAHMEN

Die vom Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft genehmigte Grunddotierung an die Dienststelle für Personen mit Behinderung belief sich 2007 auf 7.284.000,00 Euro. Diese sind aus verschiedenen Gründen erhöht worden: zur Bewältigung der Initiativen zur sozialen Integration und der Mehrausgaben des Rahmenabkommens im nicht-kommerziellen Sektor, zum Ausgleich der Rückgriffe auf die Reserven vergangener Jahre und um 2,25 % um den jährlichen Steigerungen der Löhne und Gehälter Rechnung zu tragen. Des Weiteren hat die Deutschsprachige Gemeinschaft einen Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro für Ausstattung gewährt.

Weitere Einnahmen waren Gelder aus dem Europäischen Programmen (430.718,06 Euro), aus Zinserträgen (17.540,17 Euro), aus BVA-Rückerstattungen (65.636,90 Euro), aus Abkommen mit dem Föderalen Öffentlichen Dienst Soziale Sicherheit (44.912,09 Euro), Eigenbeteiligungen von Nutznießern (214.854,69 Euro) und verschiedene andere Einnahmen (53.277,37 Euro).

Hieraus ergeben sich Gesamteinnahmen von 8.310.339,28 Euro.

4.2. AUSGABEN

Die Gesamtausgaben der Dienststelle beliefen sich 2007 ohne die Stiftung „Miteinander unterwegs“ auf 8.000.254,79 Euro.

| | AUSGABEN 2007 | Beträge in Euro |
|-----------|--|------------------------|
| 1 | Unterhalts- u. Funktionszuschüsse in Einrichtungen u. Diensten | 3.910.575,65 |
| 2 | Qualifizierung und Beschäftigung von Personen mit Behinderung | 2.124.064,97 |
| 3 | Berufsberatung/Ausbildung für Personen mit Behinderung | 320.482,87 |
| 4 | Materielle und soziale Hilfen zur Selbständigkeit | 228.601,52 |
| 5 | Zugänglichkeit, Veranstaltungen, Eu-Programme, Experten | 65.438,00 |
| 6 | Wohnungsanpassungen | 179.857,12 |
| 7 | Ausrüstungszuschüsse an Einrichtungen | 35.281,33 |
| 8 | Einrichtung und Ausrüstung der Dienststelle | 68.005,89 |
| 9 | Allgemeine Verwaltung, Gremien, Unterhalt, Energie, Gebäude | 234.542,49 |
| 10 | Personalkosten der Dienststelle | 833.404,95 |
| | TOTAL | 8.000.254,79 |



5. LEGISLATIVE GRUNDLAGEN

Legislatives wie das Dekret vom 19. Juni 1990 zu Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung finden Sie auf der Webseite www.dpb.be (-> Dossiers -> Grundlagen)



6. Verzeichnis der gebräuchlichen Abkürzungen*

| | |
|---------|---|
| ABEO | Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien |
| ABH | Aktion Behindertenhilfe |
| ADG | Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft |
| AIB | Ausbildung im Betrieb |
| AIDA | Anpassung und individuelle Dienstleistungsangebote |
| AP | Ausbildungspraktikum |
| ASBL | Association sans but lucratif |
| ASAH | Association des Services d'Accompagnement et d'Action en Milieu Ouvert pour Personnes Handicapées |
| AVK | Arbeitsgruppe zur Vernetzung von Kinderschutz |
| AWIPH | Agence Wallonne pour l'Integration des Personnes Handicapées |
| | |
| BDF | Belgian Disability Forum |
| BF | Belgischer Franken |
| BIB | Beschäftigung im Betrieb |
| BRF | Belgischer Rundfunk |
| BSC | Behindertensportclub |
| BSK | Bürgermeister- und Schöffenkollegium |
| BUB | Beihilfe zur Unterstützung von Betagten |
| BVA | Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer |
| BW | Beschützende Werkstätte |
| | |
| CARA | Centre d'Adaptation à la Route pour Automobilistes Handicapés |
| CVIB | Christliche Vereinigung der Invaliden und Behinderten |
| | |
| DG | Deutschsprachige Gemeinschaft |
| DLS | Dienstleistungsschecks |
| DPB | Dienststelle für Personen mit Behinderung |
| DUMA | Arbeitsgruppe: Dienststelle-Unterricht-Mittelstand-Arbeitsamt |
| | |
| EDF | European Disability Forum |
| ESF | Europäischer Sozialfonds |
| EU | Europäische Union |
| EUROBBW | Europäisches Berufsbildungswerk in Bittburg |
| EUVEA | Europäische Vereinigung Eifel- und Ardennenlanden |
| EUWECO | Europäische Werkstätten Cooperation |



| | |
|-------|---|
| GABB | Gemeinschaftliches Ausbildungs- und Beschäftigungs- bündnis |
| GDMME | garantiertes durchschnittliches monatliches Mindest- einkommen |
| GDU | Gemeinschaftsschule für differenzierten Unterricht |
| GoE | Gesellschaft ohne Erwerbszweck |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| IAWM | Institut für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes |
| IDA | Instrumentarium zur Diagnostik von Arbeitsfähigkeiten |
| IDGS | Institut der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Son- derunterricht |
| IDP | Individuelles Hilfs- und Dienstleistungsprogramm |
| IHK | Industrie- und Handelskammer |
| KFH | Königin-Fabiola-Haus |
| KITZ | Kindertherapiezentrum |
| LBA | Lokale Beschäftigungsagentur |
| LEKO | Leiterkonferenz |
| LIKIV | Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung (franz. INAMI) |
| LSS | Landesamt für Soziale Sicherheit (franz. ONSS) |
| MWST | Mehrwertsteuer (frz. TVA) |
| MZA | Modulare Zusatzausbildung |
| OIB | Orientierungspraktikum im Betreib |
| OBIT | Offizielle belgische Invaliditätstabelle (franz. BOBI) |
| ONEM | Office National de l`Emploi |
| ÖSHZ | Öffentliches Sozialhilfezentrum |
| PA | Prüfungsausschuss |
| PDG | Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft |
| PMS | Psycho-medico-soziales Zentrum |
| PRT | Patienten Rat & Treff |
| RDJ | Rat der deutschsprachigen Jugend |
| RVE | Rat für Volks- und Erwachsenenbildung |
| RW | Région Wallonne |
| SHG | Selbsthilfegruppe |
| SPZ | Sozialpsychologisches Zentrum |
| SUSA | Service Universitaire Spécialisé pour personnes avec Autisme |
| TEC | Transport en commun |



| | |
|-------|--|
| TS | Tagesstätte |
| UVIB | Unabhängige Vereinigung der Invaliden und Behinderten |
| VABIP | Vereinigung aller Behinderten, Invaliden und Pensionierten |
| VAO | Verkehrsamt der Ostkantone |
| VHS | Volkshochschule der Ostkantone |
| VoE | Vereinigung ohne Erwerbszweck |
| VoG | Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht |
| VR | Verwaltungsrat |
| WFG | Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens |
| WG | Wohngemeinschaft |
| WH | Wohnheim |
| WR | Wohnressource |
| ZAWM | Zentrum für Ausbildung und Weiterbildung des Mittelstandes |

(*) nach einer Vorlage von Herrn Willy Timmermann, ehemaliges Verwaltungsratsmitglied der Dienststelle für Personen mit Behinderung

